

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Die
Geschichte
Großbritanniens und der USA
von
1866 bis 1913**

Sonderheft Nr. 25



**Die
Geschichte
Großbritanniens und der USA
von
1866 bis 1913**

Sonderheft Nr. 25

Großbritannien und USA

Inhaltsverzeichnis	Seite
Chronik der Geschichte Großbritanniens und der USA von 1866 bis 1913	2-92
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	93-95

Chronik der Geschichte Großbritanniens und der USA von 1866 bis 1913

Das Komitee ist eine Sackgasse, in die Ideen hineingelockt und dann in Ruhe erdrosselt werden.

Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)

1866

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1866-1869 (x807/825-827): >>(Großbritannien) ... Auch zu Cork fanden Verurteilungen statt. Die Erregtheit der Stimmung dauerte indes fort, und so wurden im Januar 1866 für Stadt und Grafschaft Dublin Ausnahmegesetze publiziert, wodurch es den Behörden möglich wurde, ohne weiteres Haussuchungen anzustellen.

In der am 6. Februar 1866 eröffneten Parlamentssitzung traten die Angelegenheiten von Irland sowie die Reformfrage in den Vordergrund. Hinsichtlich Irlands blieben zwar die Versuche der irischen Parlamentsmitglieder, die protestantische Kirche in Irland ihres Charakters als Staatskirche zu entkleiden, für jetzt noch erfolglos; dagegen wurde ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Pachtverhältnisse eingebracht, welcher von vielen Seiten als eine äußerst wohltätige Maßregel mit Freude begrüßt wurde. Gegen die fenischen Unruhen blieben indes immer noch Ausnahmemäßigungen erforderlich, und die im Februar ausgesprochene Suspension der Habeaskorpusakte für Irland wurde im August erneuert.

Anfang Juni schlug ein in Kanada versuchter Fenierputsch gänzlich fehl: es wurden dabei mehrere der Verschworenen verhaftet und einige von diesen zum Tod verurteilt. Im Dezember regten sich die Fenier dann in Irland selbst wieder, so daß neue Verhaftungen stattfanden, mehrere Bezirke in Belagerungszustand versetzt, die Küsten durch Schiffe bewacht und in England selbst Milizen für gewisse Fälle bereit gehalten wurden.

In Amerika war ... unter den Feniern eine Spaltung ausgebrochen, indem Stephens von einem anderen Führer der Partei ... als Betrüger bezeichnet und infolgedessen von der Führerschaft abgesetzt wurde (Januar 1867). In Europa aber hörte die Bewegung darum nicht auf, sie wurde vielmehr noch drohender.

Das Anzeichen der neuen Erhebung der Fenier war ein Angriff auf das Schloß zu Chester (11. Februar), um die darin befindlichen Waffen und Munitionsvorräte nach Irland zu bringen;

wiederholte Insurrektionen in Irland bei Killarney (12. Februar), Drogheda (5. März), der Versuch einer Landung bei Waterford (Anfang Juni), die Verbreitung von Proklamationen der "provisorischen Regierung der irischen Republik" folgten. Alle diese Versuche der Fenier scheiterten zwar, aber sie hielten doch die Bevölkerung in fortwährender Unruhe.

Im September gelang dann den Feniern zu Manchester durch Meuchelmord die Befreiung (von) zwei angesehenen Gefangenen ihrer Partei, doch wurden etwa 20 der Beteiligten verhaftet und drei der Mörder (23. November) hingerichtet. Die letzte Schandtat der Fenier in diesem Jahr war endlich der Versuch, zwei Gefangene aus dem Gefängnis Clerkenwell zu London durch eine Pulverexplosion zu befreien (13. Dezember), welche etwa 40 Personen der Nachbarschaft, meistens aus dem Volk, das Leben kostete. Hatte der Fenianismus wirklich noch Sympathien bei den Arbeiterklassen Englands gehabt, so ging er derselben durch solche Mordtaten gänzlich verlustig.

Im Herbst 1867 unternahm die Regierung eine Expedition gegen den Kaiser Theodor von Abessinien zur Züchtigung für Gewalttätigkeiten, die sich derselbe gegen Untertanen der englischen Krone erlaubt hatte; man verwendete dazu mit Rücksicht auf das Klima indische Truppen unter dem Oberbefehl Sir Robert Napiers. Dieser unternahm am 14. April 1868 einen Sturm auf die Festung Magdala, welcher rasch und ohne viele Verluste zum Ziel führte; 14.000 Abessinier streckten die Waffen. ...

Im Februar 1868 kam das Parlament aufs neue zusammen und ließ sich von der Regierung leicht dazu bewegen, eine Verlängerung der Ausnahmemassregeln gegen Irland zu beschließen. Damit aber war die irische Frage selbst nicht zu erledigen, mit der sich unaufhörlich alle Kreise der Bewohner Großbritanniens beschäftigten, indem die hervorragendsten Politiker, Männer der verschiedensten Richtung, in öffentlichen Reden oder Flugschriften die Lage Irlands besprachen. Im großen und ganzen waren die Liberalen darüber einig, daß in den kirchlichen und agrarischen Verhältnissen die Wurzel des Übels zu suchen sei.

Während Russell meinte, mit einem Landgesetz auszureichen, welches den von den Grundbesitzern ausgewiesenen Pächtern eine billige Vergütung für die auf die Verbesserung des Gutes verwandte Kapitals- und Arbeitskraft sichere, forderte Stuart Mill, daß den irischen Bauern sofort ohne Ausnahme die von ihnen bebauten Landstellen als Eigentum überlassen werden sollten. Bright stand für die Organisation des ländlichen Besitzes die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung als Muster vor Augen. Mill und Bright beehrten mit gleicher Entschiedenheit die Aufhebung der irischen Staatskirche, während auch hier Russell weniger radikale Anschauungen vertrat. ...

Am 31. Juli wurde das Parlament geschlossen, und am 11. November erfolgte seine Auflösung, worauf sofort die Neuwahlen stattfanden.

Die Wahlkämpfe waren äußerst lebhaft, die Wirkungen des neuen Wahlgesetzes zeigten sich in überraschender Weise. Die Wählerzahl hatte um 1.200.000 Mann oder 82 Prozent zugenommen. Eigentliche Arbeiterkandidaten errangen zwar nirgends den Sieg; überhaupt war das Wahlergebnis den Radikalen wenig günstig, ... die Liberalen erlangten eine Mehrheit von 116 Stimmen. Das Ministerium Disraeli nahm daher ... am 3. Dezember seine Demission (Verabschiedung), und Gladstone bildete die neue Regierung ...

Am 16. Februar 1869 wurde das Parlament eröffnet. Schon am 1. März legte Gladstone die Bill über die Aufhebung der irischen Staatskirche im Unterhaus vor, welches dieselbe nach harten Kämpfen drei Monate darauf annahm. ... Sie enthielt im wesentlichen folgende Bestimmungen: Alles Eigentum der irischen Kirche (Gotteshäuser, Pfarrhäuser, Pfarrländereien und Zehntengefälle) ging in die Hände einer königlichen Kommission über, welche die Einkünfte den vorhandenen Pfründeninhabern auf deren Lebensdauer auszuzahlen hatte. ...

Die Wirkungen, welche man sich von dem neuen Gesetz versprochen hatte, gingen nur zum Teil in Erfüllung. Die extremen Parteien in Irland sahen das ihnen gemachte Zugeständnis nur

als eine Abschlagszahlung an; die Tumulte und agrarischen Mordtaten der Fenier hörten nicht auf, und die Leiter der Revolutionspartei fuhren fort, das Land in Aufregung zu erhalten. ...<<
USA: US-General William Sherman schreibt am 28. Dezember 1866 an das Oberkommando der nordamerikanischen Armee (x068/68): >>Wir müssen mit äußerster Strenge gegen die Sioux vorgehen, bis zu ihrer Ausrottung – Männer, Frauen und Kinder. Nichts anderes wird das Übel an der Wurzel treffen. ...

Alle Indianer, die sich an ihren alten Jagdgebieten festklammern, sind feindlich und werden es bleiben, bis sie abgeschossen sind. ...

Je mehr wir in diesem Jahr töten, desto weniger brauchen im nächsten Jahr getötet werden. ...<<

1867

Großbritannien: Karl Marx arbeitet unbeirrt in England weiter und vollendet dort mit Engels tatkräftiger Hilfe im Jahre 1867 sein Lebenswerk "Das Kapital", Band I.

"Das Kapital" (die "Bibel des Marxismus-Leninismus", 2.671 Seiten) verspricht den Proletariern (besitzlose Bevölkerung bzw. Träger des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) die Errichtung eines kommunistischen Idealstaates (persönliche Freiheit und größere Gerechtigkeit, keine Ausbeutung des einen durch den anderen sowie soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Menschen).

Karl Marx berichtet im Jahre 1867 über die Maschinen und das Fabrikwesen (x056/203): >>...

In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeuges, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. ... In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von (den Arbeitern), und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt. ...

Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und beansprucht alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der (Qual), indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. Aller kapitalistischen Produktion ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet. ...

Die ungeheure stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauffolgende Füllung der Märkte, mit deren ... (Schrumpfung) ... Lähmung eintritt. Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität (Aufschwung), Überproduktion, Krise und Stagnation (Stillstand). Die Unsicherheit und Stetigkeit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage des Arbeiters unterwirft, werden normal mit diesem Periodenwechsel des industriellen Zyklus.<<

Marx und Engels prophezeien nicht nur den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern sie fallen auch durch nationalistische Äußerungen und Rassismus bzw. Rassenhetze auf.

Karl Marx und Friedrich Engels schreiben damals über sog. "reaktionäre Nationen" oder "Völkerabfälle" (x025/108): >>Die Schweizer - ... ein grenzenlos aufgeblasenes Volk von vorsintflutlichen Alpenhirten, vernagelten Bauern und schmutzigen Spießbürgern, - arm, aber rein von Sitten, dumm, aber fromm und wohlgefällig vor dem Herrn, brutal, breit von Schultern, wenig Gehirn, aber viel Wade.

Die Norweger - ... eine brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität – in der sich die christlich-germanische Barbarei in ihrer ursprünglichen Gestalt beinahe bis aufs Eichelfressen erhalten hat.

Die Polen - die nie etwas anderes in der Geschichte getan (haben) als tapfere krakeelsüchtige Dummheiten gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur

gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentiert oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat.

Alle Balkanvölker – (die unfähig zum Aufbau einer eigenen staatlichen Ordnung und zu ihrer Verteidigung seien). Was wäre aus diesen zersplitterten kleinen Natiönchen, die eine so erbärmliche Rolle in der Geschichte gespielt haben, was wäre aus ihnen geworden, wenn sie nicht von Magyaren und Deutschen zusammengehalten und gegen die (türkischen) Heere Solimans geführt worden wären, wenn nicht ihre sogenannten "Unterdrücker" die Schlachten entschieden hätten, die zur Verteidigung dieser schwachen Völkerschaften geschlagen wurden!<<

USA: Im Jahre 1867 erwirbt die US-Regierung Alaska von Rußland.

US-Truppen besetzen die Midway-Inseln im Pazifik.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts (x068/152): >>... Schon im Sommer 1867 aber hatten die USA die Midway-Inseln im Pazifik besetzt.

Ein Jahrzehnt später greift man vorsichtig nach Samoa aus, wo man vor allem den deutschen Einfluß zurückzudrängen sucht. Man schließt 1878 mit Samoa einen sogenannten Freundschafts- und Handelsvertrag und richtet Pago Pago Harbor als Kohlestation für die US-Marine ein.

Bald gibt es Spannungen zwischen Deutschland, England und den USA. Kriegsschiffe laufen nach Apia Harbor aus.

Doch wird die sich zuspitzende Samoa-Krise 1889 durch einen schönen, leider viel zu seltenen Zufall bereinigt: am 16. März zerstört die sich gegenseitig belauernden Kriegsschiffe der drei Nationen ein Hurrikan.

Allmählich dringen amerikanische Farmer nach Hawaii vor. 1887 erhalten die USA das ausschließliche Recht auf einen Marinestützpunkt in Pearl Harbor. 1894 erkennen sie die Republik von Hawaii an. 1898 annektieren sie Hawaii: der Kongreß akzeptiert die Annexion in einer gemeinsamen Resolution.

Und kaum hatten die Yankees damals den Indianern in Oklahoma ihre letzten Domänen weggenommen, hielt es sie schon nicht mehr innerhalb der Grenzen des bisher Geraubten.

Sie konnten sich nun auf Raub und Krieg außerhalb des Geraubten konzentrieren und so drängten sie darüber hinaus, griffen sie überall dort ein, wo die eigenen wirtschaftlichen Interessen bedroht beziehungsweise ausbaufähig schienen. Und die strategischen Interessen kamen hinzu.

Der Krieg, den sie noch im selben Jahr begannen - ein "herrlicher kleiner Krieg", so Außenminister John Hay -, war ihr erster Schritt zur Weltmacht, zur größten Weltmacht der Geschichte. Für den doch recht geringen Preis von 2.446 Menschenleben, wobei die meisten durch Krankheit umkamen, raubten sie den Spaniern, was freilich diese schon geraubt:

Kuba, Puerto Rico und die Philippinen.<<

Am 2. März 1867 beschließt die US-Regierung das erste Wiederaufbaugesetz für die von Besatzungstruppen verwalteten Südstaaten (x058/189): >>Da in den Rebellenstaaten ... zur Zeit keine rechtmäßige Staatsregierung oder ein entsprechender Schutz für Leben und Eigentum besteht und da es notwendig ist, daß Frieden und Ordnung in den genannten Staaten durchgesetzt werden müssen, bis loyale und republikanische Staatsregierungen rechtens eingesetzt worden sind, wird verordnet: daß die genannten Rebellenstaaten in Militärbezirke eingeteilt und der militärischen Oberhoheit der Vereinigten Staaten unterworfen werden. ...

Abschnitt 2. daß es die Pflicht des Präsidenten sein soll, das Kommando über jeden dieser Bezirke einem Armeeeoffizier nicht unterhalb des Ranges eines Brigadegenerals zu übertragen und eine ausreichende Militärmacht abzukommandieren, um jenen Offizier instand zu setzen, seine Pflichten zu erfüllen und seine Autorität innerhalb des ihm zugewiesenen Bezirkes

durchzusetzen.

Abschnitt 3. daß es die Aufgabe jedes dieser Offiziere sein soll, alle Personen in ihren persönlichen Rechten und ihrem Eigentum zu schützen, Aufstände, Unordnung und Gewalt zu unterdrücken und alle Friedensstörer und Verbrecher zu bestrafen oder bestrafen zu lassen ...

Todesurteile müssen in jedem Fall vom Präsidenten bestätigt werden. ...<<

Die US-Regierung verspricht den Häuptlingen der Komantschen und Kiowa im Jahre 1867, daß Weiße keine Büffel mehr jagen dürfen (x180/61).

Lame Deer (um 1900-1974, Mediziner vom nordamerikanischen Stamm der Sioux) berichtet später über die für die nordamerikanischen Ureinwohner lebenswichtigen Büffel (x181/2.14): >>Wir Sioux fühlen uns mit dem Büffel verwandt. Er ist unser Bruder. Du wirst niemals die Natur verstehen und was sie für uns bedeutet, bevor du nicht begreifst, wie eng wir mit dem Büffel verbunden waren. Dieses Tier war beinahe ein Teil von uns selber, ein Teil unserer Seele.

Der Büffel gab uns alles, was wir brauchten. Ohne ihn hätten wir nicht überleben können. Unsere Tipis waren aus seiner Haut gemacht. Sein Fell war unser Bett, unsere Decke, unsere Winterkleidung. Seine Haut war unsere Trommel, ihre Schläge durchpulsten die Nacht, lebendig und heilig. Aus seiner Haut fertigten wir unsere Wassergefäße an. Sein Fleisch gab uns Kraft, wurde Fleisch von unserem Fleisch.

Nicht das kleinste Stück wurde verschwendet. Sein Magen, in den wir einen glühendheißen Stein warfen, war unser Suppenkessel. Seine Hörner waren unsere Löffel, seine Knochen unsere Messer und für unsere Frauen Ahle und Nadel. Aus seinen Sehnen drehten wir unsere Bogenstränge, und wir benutzten sie als Faden zum Nähen. Aus seinen Rippen bauten wir Schlitten für unsere Kinder, seine Hufe wurden Rasseln. Sein mächtiger Schädel, an den wir die Pfeife lehnten, war unser Altar.

Der Name des größten aller Sioux war Tatanka Iyotake – Sitting Bull. Als ihr den Büffel ausgerottet habt, habt ihr auch den Indianer getötet – den wirklichen, echten, "wilden" Indianer. ...<<

In Denver (US-Staat Colorado) zahlt man im Jahre 1867 für die Skalps (abgezogene Kopfhaut der einheimischen Ureinwohner) weiterhin hohe Geldprämien!

Der angesehene Nordstaaten-General William Sherman erklärt im Jahre 1867 (x122/387): >>... Je mehr ich von diesen Indianern sehe, um so mehr bin ich davon überzeugt, daß sie alle getötet oder als Almosenempfänger unterhalten werden müssen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1867-1877 (x816/125): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ... Das Mißtrauen jedoch, welches die herrschende republikanische Partei gegen (Präsident) Johnson hegte, trat ihm hindernd entgegen, und der Präsident steigerte es durch ungeschickte Schroffheit gegen den Kongreß. Als derselbe beschloß, daß die Teilnehmer an der Rebellion von dem Stimmrecht ausgeschlossen werden sollten, legte er sein Veto ein und widersetzte sich auch dem weiteren Beschluß, daß alle in den Vereinigten Staaten Geborenen oder Naturalisierten, also auch die früheren Sklaven, das politische Stimmrecht erhalten sollten.

Auch gegen die Rekonstruktionsbill von 1867, welche den Süden in fünf Militärbezirke teilte und die Wiederaufnahme eines Staates von der Anerkennung voller Gleichberechtigung der Neger abhängig machte, legte Johnson sein Veto ein, und als das Gesetz dennoch rechtskräftig wurde, suchte er seine Ausführung auf alle Weise zu hindern.

Er unternahm Agitationsreisen, um das Volk gegen den Kongreß aufzureizen, setzte den Kriegsminister Stanton zweimal ab und führte einen so leidenschaftlichen, hartnäckigen Krieg gegen den Kongreß, daß das Repräsentantenhaus 1868 gegen ihn die Anklage des Hochverrates und Verfassungsbruches erhob. Der Senat verurteilte Johnson am 16. Mai, aber nur mit 35

gegen 19 Stimmen; da die Zweidrittelmehrheit für eine Verurteilung erforderlich war, mußte die Anklage fallen gelassen werden. Doch war Johnsons Rolle ausgespielt, und mit Hohn und Spott bedeckt verließ er am 4. März 1869 das Weiße Haus in Washington.

Inzwischen hatten die meisten Südstaaten (außer Mississippi, Virginia und Texas) ihre Verfassung den Beschlüssen des Kongresses gemäß umgestaltet und den Negern politische Gleichberechtigung eingeräumt, mit deren Hilfe sodann die Wahlen meist republikanisch ausfielen. Auch bei der Präsidentenwahl 1868 siegte die republikanische Partei glänzend, und der neue Präsident, Grant, der, 1872 wieder gewählt (wurde), 1869-1877 die Regierung leitete, begann seine Amtsführung unter günstigen Auspizien.

Handel und Gewerbe hatten einen mächtigen Aufschwung genommen; das Gebiet der Union vergrößerte sich durch die Staaten Nevada und Colorado und das Territorium Alaska, das von Rußland gekauft wurde. England mußte 1872 zur Entschädigung für die Verluste, welche die in seinen Häfen ausgerüsteten Kreuzer der amerikanischen Schifffahrt zugefügt hatten, 15 Millionen Dollar bezahlen (Alabamafrage).

Indes im Süden ließ sich die herrschende Partei manche Ungerechtigkeiten zu schulden kommen. Die Ausführung des 15. Amendements zur Bundesverfassung vom 30. März 1870, welches den 4 Millionen Negern das volle Stimmrecht gewährte, erregte im Süden große Unzufriedenheit.

Die Behörden und Volksvertretungen der Südstaaten, aus bestechlichen Beamten und habgierigen Abenteurern aus dem Norden (den sogenannten Carpet-baggers) und aus Farbigen zusammengesetzt, schalteten rücksichtslos mit den Staatseinkünften und unterdrückten jeden Widerstand. Als sich eine geheime Verschwörung unter den Weißen in Südcarolina bildete, der sog. Ku-Klux-Klan, wurde sie 1871 von den Bundesbehörden gewaltsam erstickt.

Grant ließ die republikanische Partei ruhig gewähren und duldete es, daß die Mitglieder derselben ihre Herrschaft über die Union in immer frecherer Weise ausbeuteten und die Ämter nach Willkür an die strammen Anhänger der Partei vergaben, die sich dann straflos Pflichtver säumnis, Bestechlichkeit und Unterschlagung erlauben durften.

Alle Klagen und Anträge auf Untersuchung der Mißbräuche im Beamtenwesen wurden im Kongreß begraben, und alle Versuche einer neuen Partei, der Liberal-Republikaner oder der Reformpartei unter Schurz, Trumbull, Sherman und anderen, der Korruption ein Ende zu machen, blieben fruchtlos.

Im Volk aber wuchs die Erbitterung gegen den "Grantismus" mehr und mehr, die Wahlen für den Kongreß fielen schon 1874 zu ungunsten der Republikaner aus, und Grant durfte zwar noch die große Weltausstellung in Philadelphia eröffnen und die Centennialfeier der Union am 4. Juli 1876 leiten, mußte aber auf eine zweite Wiederwahl verzichten.

Bei der Elektorenwahl im November 1876 erhielt der Republikaner Hayes in 18 Staaten 166, der Demokrat Tilden in 17 Staaten 184 Stimmen; in Süd-Carolina, Louisiana und Texas war das Wahlergebnis streitig. Der Wahlprüfungsausschuß des Kongresses erklärte jedoch am 26. Januar 1877 unberechtigterweise, daß die Wahlen in diesen drei Staaten für Hayes ausgefallen seien, und am 2. März wurde dieser vom Kongreß als Präsident proklamiert.

Hayes trat am 5. März sein Amt an mit einer Botschaft, in welcher er eine versöhnliche Politik und Abstellung der Mißbräuche versprach, bildete sein Ministerium aus gemäßigten Republikanern und Demokraten und bemühte sich eifrig, die Parteileidenschaften besonders in den Südstaaten zu beschwichtigen. Die Regierung hatte jedoch im Kongreß keine rechte Stütze, und Hayes mußte wiederholt von seinem Veto Gebrauch machen, um unzweckmäßige Gesetze zu verhindern. ...<<

1868

USA: Die US-Regierung erweitert im Jahre 1868 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 14. Zusatzartikel (x243/101): >>... Alle Personen, die in den Vereinigten

Staaten geboren oder eingebürgert und ihrer Hoheitsgewalt unterworfen sind, sind Bürger der Vereinigten Staaten und des Einzelstaates, in dem sie ihren Wohnsitz haben. ...

Kein Einzelstaat darf irgendeiner Person Leben, Freiheit oder Eigentum entziehen ohne ordentliches gesetzliches Verfahren, oder irgendeiner Person innerhalb seines Hoheitsgebietes den gleichen Schutz der Gesetze versagen.<<

Im Vertrag von Fort Laramie garantiert die US-Regierung im Jahre 1868 den Dakota (Stamm der Sioux) das gesamte Land westlich des Missouri (x180/61): >>... Es ist keiner weißen Person gestattet, sich in irgendeinem Teil des Territoriums anzusiedeln oder niederzulassen oder dasselbe ohne Einwilligung der Indianer zu passieren.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vernichtung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/53-55): >>... Zu Gewalteinsetzungen und Meuchelmord kamen Vertragsbrüche am laufenden Band, überhaupt alle möglichen Gaunereien. Kaum ein schmutziger Trick, mit dem man sie nicht zu hintergehen, kaputtzumachen suchte, nicht zuletzt durch die verheerende Wirkung des Alkohols, von dem sie so viel weniger vertrugen als die trinkfesten Weißen. Sie erfroren dann, ertranken oder brachten einander im Rausch um.

Schon 1698 klagten die Delaware: "Durch Branntwein trinken sind sieben Stämme unseres Volkes umgekommen". Man betrog sie mit ihren Frauen, ihren Töchtern oder erkaufte diese zu Schleuderpreisen. Man prellte sie um ihre Felle. Händler lieferten minderwertige Nahrungsmittel zu Wucherpreisen. Regierungsbeamte unterschlugen Unterhaltsgelder. Häuptlinge wurden bestochen oder für Kaufverträge "Häuptlinge" einfach eingesetzt; auch Unterschriften schlankweg gefälscht oder betrunken gemachten Indianern für Vertragsabschlüsse die Hand geführt.

General Sheridan bedrohte unter Bruch des Gastrechts die gefangen-gesetzten Führer der Kiowa mit dem schimpflichen Tod des Erhängens und erpreßte dadurch ihre Stämme. Man erwarb riesige Gebiete von ihnen für Geld, das man nachher als Zahlungsmittel nicht mehr entgegennahm. Man schickte die Indianer auf Deportationen, ohne daß irgend jemand wußte wohin.

Bei alledem aber sollten die Indianer, wenigstens nebenbei, auch noch die wahre Religion kennen lernen und sie lernten sie ja auch kennen! -, sollten sie bekehrt werden, jedenfalls so lange sie noch überlebten. Das war Christenpflicht. Auch hatte König Jakob (James) I., der Sohn der Maria Stuart, die Kolonisierung erlaubt, "um die Eingeborenen des Landes zu gewinnen und anzuleiten zur Kenntnis und zum Gehorsam gegenüber Gott, dem Heiland und dem Christenglauben". So gab es in Natick (Massachusetts), einem Vorort der indianischen Kolonie, 1673 sechs Indianer-Kirchen.

Bereits ein Vierteljahrhundert später, 1698, gab es dort nur eine einzige kleine Kirche mit sieben Männern und drei Frauen. 1763 lebten dort insgesamt nur noch 37 Indianer, 1792 nur noch fünf. Und 1846 war da nur noch ein Indianerabkömmling, ein sechzehnjähriges Mädchen - und die Bibel ...

Die Bibel - in die Naticksprache übersetzt. Nur Naticks gab es keine mehr.

... Gewiß gab es, um dies zu wiederholen, auch Weiße, Christen, Missionare, die sympathisierten mit den Indianern, die ihnen zu helfen suchten - vergeblich. Ein Stamm nach dem andern kam um. Die Seminolen in Florida, die sich lange und verzweifelt wehrten, begann man besonders seit 1819, unter der Präsidentschaft von James Monroe auszulöschen, in der "era of good feelings".

Nicht viel anders erging es den Creek, den Choctow, den Mohikanern oder dem einst an der atlantischen Küste zwischen den Hudson- und Susquehanna-Rivers sesshaften hochstehenden Stamm der Delaware, wenn auch heute noch einige ihrer Nachkommen leben, in Kansas, in Oklahoma. Doch noch zwischen 1838 und 1951 sank beispielsweise die Zahl der Pawnees

von 10.000 auf 650. Ein Stamm nach dem andern ging unter, fast alle verschwanden in der Nacht der Geschichte. Von vielen sind selbst die Namen verschollen.

Und nur allzu oft waren die Strafaktionen, die Säuberungskampagnen, die Massaker organisiert, wurden sie gebilligt oder gar geleitet "von Regierenden, Geistlichen, militärischen Kommandanten", wurden sie geschürt und verteidigt "von der Kanzel" (von Nostitz) - "eine planmäßig angelegte Menschenjagd" (Paul Radin).

Nun ging man aber brutal nicht nur gegen Menschen vor, sondern auch gegen die Natur, die diesen Eindringlingen erst recht nichts galt, die sie rücksichtslos verdarben, rücksichtsloser als es bis dahin in Europa je geschehen, die sie vergewaltigten und vergewaltigen bis heute. Ein gigantisches ökologisches Debakel.

Anscheinend fehlte ihnen jeder Sinn für die Wunder der Landschaft, für die Schönheit etwa der ungeheuren, bei ihrer Ankunft mehr als die Hälfte der Landfläche Nordamerikas bedeckenden Wälder, die sie überhaupt erst wahrzunehmen schienen, so Alexis de Tocqueville, wenn sie unter den Schlägen ihrer Äxte stürzten, die riesigen Wälder des Ostens, zum Beispiel, von Maine bis zum Mississippi.

Nirgends vor dem 20. Jahrhundert erfolgte ein größerer Kahlschlag auf Erden. Sie wollten nicht wie die Indianer, die sie beraubten, töteten, mit diesen Wäldern leben, mit den Weiden. Nein, sie waren nicht nur Mörder, auch Räuber, Raffkes, ein besitzgeiles Gesindel, das eines nur erstrebte: Profit, Profit, Profit, und zwar sofortigen Profit. Er ging, er geht da über alles - ihr eigentlicher Gott.

Das Wasser, die Erde, die Tiere, jedwedes wurde versilbert, in Münze umgesetzt. Allem voran aber der Wald. Ihn ruinierten sie zuerst, dann den Boden, das Büffelgras, und "nach einem Jahrhundert", schreibt der Historiker Carter, "war ein Drittel des reichen Mutterbodens ins Meer gespült ..."

In den Great Plains, jenem über zehn Bundesstaaten sich erstreckenden Gebiet, kannten die Indianer einst 70 verschiedene Grasarten, nun wachsen dort noch drei. Der "grüne Gott" also wurde gefällt, der Boden krank geplündert, erschöpft. Und die Tiere, ganze Gattungen von Tieren, wurden vernichtet, im Nordosten allein 60 Millionen Biber schon in kurzer Zeit. Und zweihundert Jahre hatten die Indianer sich von Büffelherden, riesigen Büffelherden ernährt, ihrer Hauptnahrung.

Doch schon 1883 lebten von einst 13 Millionen Büffeln nur wenige Hundert. Und noch Jahre bevor das 19. Säkulum zu Ende ging, 1885, war der letzte Büffel getötet, war alles restlos zusammengeknallt - ein Triumph des Repetiergewehres - Weidmannsheil! Ein Jäger sah die toten Tiere so dicht die Prärie bedecken, daß er kaum den Boden erblickte. "Ein Mann hätte 20 Meilen auf ihren Kadavern wandeln können!"

Mit der stetig steigenden Zahl der Invasoren aber, mit ihrer immer weiteren Expansion, nimmt auch die Auseinandersetzung immer schärfere Formen an.

Die Indianer wehren sich verzweifelt, werden aber im Laufe des 18., des 19. Jahrhunderts fort und fort dezimiert, zurückgedrängt und sind an der Schwelle des 20. Jahrhunderts so gut wie verschwunden.<<

US-General Philip Sheridan erklärt im Jahre 1868 während eines Gespräches über die amerikanischen Ureinwohner (x056/127, x068/65): >>... Die einzigen guten Indianer, die ich je sah, waren tote Indianer. ...<<

>>... Ihr Eigentum muß zerstört werden, so daß sie sehr arm werden. ... Die Bandenchefs im jetzigen Kriege muß man hängen, ihre Pferde töten ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über Philip Sheridan (x814/-920): >>Sheridan, Philip Henry, nordamerikanischer General, geboren am 6. März 1831 zu Somerset (Ohio), wurde auf der Militärschule in West Point erzogen, 1853 Infanterieleutnant, 1861 Quartiermeister der Armee in Südwestmissouri, 1862 General der Freiwilligen und

Kommandeur der 11. Division der Armee von Ohio, zeichnete sich 1863 bei Chattanooga und Chickamauga aus, wurde 1864 Befehlshaber der Kavallerie der Potomacarmee, dann der Shenandoaharmee und im November Generalmajor der regulären Armee.

Er siegte über General Early am Opequan (19. September) sowie bei Fisher's Hill (22. September), vernichtete am 19. Oktober die feindliche Armee bei Cedar Creek, siegte von neuem über Early am 2. Februar 1865 bei Fishersville und vereinigte sich am 26. März mit der Belagerungsarmee Grants vor Petersburg, an dessen Einnahme er durch seine Erstürmung der Position von Five Forks (1. April) wesentlichen Anteil hatte. Hierauf warf er den abziehenden Lee über den Appomatox zurück und verhinderte ihn, die Eisenbahn zu gewinnen, was zu dessen Kapitulation mit Grant führte.

Nach dem Krieg wurde Sheridan Kommandeur des Golfdepartements, dann des 5. Distrikts (Texas und Louisiana). Johnson, mit seiner Verwaltung unzufrieden, versetzte ihn nach Missouri. 1869 wurde Sheridan an Shermans Stelle Befehlshaber der Militärdivision des Missouri und Generalleutnant und 1883 Oberbefehlshaber der Armee der Union.

Er starb am 5. August 1888 in Nonquitt (Massachusetts).<<

1869

USA: Im Jahre 1869 wird der Bau der ersten Pazifik-Eisenbahn zwischen New York und San Francisco (Länge: rund 5.200 km) vollendet.

US-General Ord erteilt im Jahre 1869 Befehle, die Apachen (Indianerstämme im Südwesten der USA) gnadenlos zu bekämpfen (x068/65): >>Ich ermutige die Truppen, die Apachen mit allen Mitteln zu fangen und auszurotten und sie wie wilde Tiere zu jagen. ...<<

Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtet später über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Ureinwohner im 19. Jahrhundert (x193/18): >>Als neue Staaten wie die USA die Kolonialmächte ablösten, änderte sich nur wenig an der Überzeugung des weißen Mannes, daß die Indianer ein minderwertiger Menschenschlag wären, und daß es deren Bestimmung sei, entweder ihr indianisches Wesen abzulegen und sich den Weißen anzupassen oder unterzugehen.

Wo Verständigung und Verstehen angesagt schienen, tat sich im ganzen 19. Jahrhundert ein immer tiefer werdender Riß auf, und an ständig wechselnden Grenzen wurden Indianer von Weißen ihres Landes beraubt, wurde versucht, sie durch "Umsiedlung" oder Zwangsanpassung an die weiße Lebensweise zu gewöhnen oder durch Mord aus der Welt zu schaffen. Andrew Jackson verglich die Indianer mit Wölfen. und General Philip Sheridan witzelte, daß der einzige gute Indianer ein toter Indianer sei – eine Ansicht die die meisten weißen Amerikaner teilten. ...<<

1870

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1870-1871 (x807/827): >>(Großbritannien) ... Die Regierung erklärte (nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges) alsbald die Neutralität Großbritanniens, was sie aber nicht abhielt, die Ankäufe von Pferden, Kohlen, ja auch Waffen, welche Frankreich in Großbritannien vollzog, trotz der lebhaftesten Reklamationen seitens der deutschen Gesandtschaft zu gestatten; Granville berief sich darauf, daß die Gesetze des Landes ihm nicht erlaubten, gegen diese Ankäufe einzuschreiten.

Die öffentliche Meinung in Großbritannien stand zu Anfang des Krieges im großen und ganzen auf seiten Deutschlands; aber seit der Gefangennahme Napoleons bei Sedan (2. September) neigte sich die Sympathie der französischen Republik zu, und vielfach verübelte man es Deutschland sehr, daß dasselbe nicht nach dem Sturz des Kaisertums den Krieg beendete, ohne für seine Verluste Entschädigung und für die Zukunft Garantien erlangt zu haben.

Freilich schadeten diese Antipathien Deutschland sehr wenig, da die Regierung wohl oder übel an ihrer Neutralität festhielt. Überhaupt verhinderten die militärische Schwäche und die

diplomatische Isoliertheit Großbritanniens, die in den letzten Jahren immer deutlicher hervortraten, jeden Einfluß desselben auf die Friedensverhandlungen.

Die gesunkene Autorität Großbritanniens in Europa gab sich noch bei einer anderen Gelegenheit in demselben Jahr kund: als nämlich Rußland die Niederwerfung Frankreichs benutzte, um die Beseitigung der durch die Verträge von 1856 ausgesprochenen Neutralität des Schwarzen Meeres zu fordern, welche Großbritannien als eine besonders bedeutende Errungenschaft des Krimkrieges ansah.

Granville beantwortete die russischen Noten über diese Angelegenheit zuerst in ziemlich schroffem Ton, sah sich aber bald genötigt, da er auf die Unterstützung keiner anderen europäischen Macht rechnen konnte, nach dem Vorschlag des deutschen Reichskanzlers in London Konferenzen zur Beschlußnahme über die Pontusfrage abzuhalten. Dieselben wurden am 17. Januar 1871 eröffnet und endeten im wesentlichen mit einer Bewilligung der russischen Forderung, womit die englische Politik eine offenbare Niederlage erlitt. ...<<

Afrika: Der britische Forscher David Livingston (1813-1873, unternimmt ab 1849 Entdeckungsreisen in Süd- und Mittelafrrika) berichtet im Jahre 1870 über eine arabische Sklavenkarawane, die nach Sansibar unterwegs ist (x190/196): >>... Die ältesten unter ihnen waren Frauen im Alter von 22 bis 24 Jahren und es gab Jugendliche zwischen 18 und 19, doch zum überwiegenden Teil waren es Mädchen und Jungen, die zwischen 7 und vielleicht 14 oder 15 Jahren alt waren.

Ich glaube nicht, daß ich jemals einen fürchterlicheren Anblick gesehen habe, als diese Männer, Frauen und Kinder. Wenn ich sagen würde, sie wären ausgezehrt gewesen, würde es Ihnen keine Vorstellung davon geben, was menschliche Wesen hier durchmachen müssen. ...

Jeder hatte einen langen gegabelten Stock um den Hals, der 30 bis 40 Pfund wog und bis 7 Fuß lang war. Die Frauen waren auf brutalste Art gefesselt und aneinandergebunden und die kleinen Kinder ... (hatte man) mit Riemen an ihre Mütter gebunden.

Als wir den Pfad passierten, den die Sklaven gekommen waren, ... zeigte man mir eine Stelle in den Büschen, wo tags zuvor eine arme Frau, die zu erschöpft war, den Weg fortzusetzen und ihn wahrscheinlich verzögert hätte, von einem der Sklaventreiber mit der Axt erschlagen wurde. ...<<

Ein Angehöriger des Bapende-Stammes, der 1870 im Kongo lebt, berichtet über die ersten Begegnungen mit den europäischen Kolonisten (x239/178): >>Unsere Väter lebten behaglich in der Lualaba-Ebene. Sie hatten Vieh und Ackerfrüchte; sie hatten Salzbecken und Bananenbäume.

Plötzlich erblickten sie ein großes Schiff auf der See. Es hatte weiße Segel, die wie Messer blitzten. Weiße Männer kamen aus dem Wasser, die sprachen in einer Weise, die niemand verstand.

Unsere Ahnen fürchteten sich. Sie sagten, das seien Vumbi (Geister), die zur Erde zurückkämen. Sie trieben sie mit Pfeilschauern in die See zurück. Aber die Vumbi spien mit Donnergetöse Feuer. Sehr viele Menschen wurden getötet. Unsere Ahnen flohen.

Die Häuptlinge und Seher sagten, daß diese Vumbi früher die Besitzer des Landes waren. Unsere Väter verließen die Lualaba-Ebene, weil sie eine Rückkehr des Schiffs ... fürchteten. ...

Das große Schiff kam zurück, und wieder erschienen weiße Männer. Sie fragten nach Hühnern und Eiern; sie gaben Kleider und Perlen. Wieder kamen die Weißen zurück. Sie brachten Mais und Maniok, Messer und Beile, Erdnüsse und Tabak.

Von dieser Zeit bis heute haben die Weißen uns nichts als Krieg und Elend gebracht. Nach Luanda brachten sie Erdnüsse, Mais und Maniok und zeigten uns, wie sie angebaut werden. ...<<

USA: Die US-Regierung erweitert im Jahre 1870 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 15. Zusatzartikel (243/101): >>Die Vereinigten Staaten oder ein Einzelstaat

dürfen das Wahlrecht von Bürgern nicht wegen deren Rasse, Hautfarbe oder wegen früheren Sklavenstandes vorenthalten oder einschränken.<<

Die Einwohnerzahl der USA beträgt im Jahre 1870 rund 38 Millionen Menschen (x262/223).

1871

Großbritannien: Die Gründung des Deutschen Reiches wird von Großbritannien zuerst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten bleibt. Durch das "neue" Deutsche Reich wird Mitteleuropa damals erheblich gestärkt, denn Rußland erhält erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkt, entspricht zunächst den britischen Vorstellungen.

Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelt und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versucht, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, wird sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

USA: Als die europäischen Siedler und Jäger von 1871-1885 in den großen Ebenen Nordamerikas die riesigen Büffelherden abschlachten, wird das Schicksal der nordamerikanischen Präriestämme endgültig besiegelt, denn die Stämme der Arapaho, Cheyenne, Dakota, Kiowa, Komantschen, Sioux, und andere Jagdnomaden ("beste Reitertruppen der Welt") leben fast nur von der Büffeljagd. Nach der Ausrottung der lebenswichtigen Büffelherden brechen zwangsläufig große Hungerkatastrophen aus. Die einst stolzen, unabhängigen Präriestämme werden schon bald zu würdelosen Almosenempfängern.

Hehaka Sapa (1863-1950, Mediziner des nordamerikanischen Stammes der Oglala-Lakota) berichtet später über die Ausrottung der für die Ureinwohner lebenswichtigen Büffelherden (x181/1.86): >>Einst waren wir glücklich in unserem Land, und wir waren nur selten hungrig. Zweibeiner und Vierbeiner lebten friedlich nebeneinander wie Brüder, und alle hatten mehr als genug. Aber dann kamen die Wasichu ("die das Fett abschöpfen"), die weißen Menschen und sie machten kleine Inseln im Land für uns und andere kleine Inseln für die Vierbeiner, und diese Inseln werden kleiner und kleiner, denn die brandende Flut der Wasichu nagt an ihnen, eine Flut, die schmutzig ist von Lüge und Gier.

Ich kann mich noch an jene Zeit erinnern, als es so viele Büffel gab, daß wir sie nicht zählen konnten. Aber mehr und mehr Wasichu kamen und töteten sie, bis nur noch Haufen gebleichter Gebeine dort lagen, wo die Büffelherden geweidet hatten. Die Wasichu töteten nicht um der Nahrung willen, sie töteten um des Metalles willen, daß sie verrückt macht. Sie nahmen nur die Häute, um sie zu verkaufen. Manchmal nahmen sie nicht einmal die Häute, sondern nur die Zungen der Büffel. Manchmal nahmen sie nicht einmal das, sie töteten aus Lust am Töten. Wenn wir auf die Büffeljagd gingen, erlegten wir nur so viel, wie wir zum Leben brauchten.<<

Albert Pike (1809-1891, amerikanischer Rechtsanwalt, Brigadegeneral, Journalist und Autor) erklärt in einem Brief an Giuseppe Mazzini (1805-1872, italienisch-republikanischer Freiheitskämpfer), wie man durch Kriege die Weltherrschaft erreichen könnte.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet später (am 5. Juli 2013) über

Albert Pike (x1.000/...): >>**Wie human ist die Freimaurerspitze?**

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Alleinweltherrschaft zu gelangen.

Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die

bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch- atheistische System und dann wollen wir einen Kataklysmus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet später (am 5. Dezember 2019) über die jahrhundertealten Pläne der Geheimorganisationen (x1.000/...): >>**Jahrhundertealte Geheimpläne**

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken -

ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike (von) 1871.<<

1872

Großbritannien: Der britische Staatsmann Benjamin Disraeli (1804-1881, tritt 1817 vom Judentum zur anglikanischen Kirche über, 1868 sowie 1874-80 Premierminister) fordert am 24. Juni 1872 während einer Veranstaltung der Konservativen Partei in London eine "neue Kolonialpolitik" (x239/172): >>Wenn Sie auf die Geschichte dieses Landes ... blicken, so werden Sie finden, daß keine Bemühung ... von so viel Energie unterstützt und mit so viel Fähigkeit und Scharfsinn vorangetrieben worden ist, wie die Versuche des Liberalismus, die Desintegration (Auflösung) des Englischen Empire zu erreichen. ...

Es ist uns allen bewiesen worden, daß wir durch unsere Kolonien Geld verloren haben. Es ist mit mathematischer Genauigkeit nachgewiesen worden, daß es noch nie ein Juwel in der Krone Englands gegeben hat, das so wahrhaft teuer gewesen ist, wie der Besitz Indiens. ...

Meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine Pflicht tun, der eine Gelegenheit versäumt, so weit wie möglich unser koloniales Weltreich wiederaufzubauen. ...<<

1873

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1873-1875 (x807/828-829): >>(Großbritannien) ... Im Herbst des Jahres 1873 wurde Großbritannien in einen Krieg in Afrika verwickelt.

Schon 1872 hatten die Niederlande ihre Niederlassung Elmina an der Goldküste an Großbritannien abgetreten, und diese war mit den britischen Besitzungen daselbst, deren Hauptort Cape Coast Castle war, vereinigt worden. Der Stamm der Aschanti, das mächtigste unter den Negervölkern daselbst, glaubte sich dadurch vom Meer abgeschnitten und eröffnete die Feindseligkeiten gegen die Briten.

Die Regierung rüstete eine Expedition unter Sir Garnet Wolseley aus, welcher, wenn auch unter bedeutenden durch das Klima verursachten Verlusten, am 7. November die Aschanti

schlug, dann einen Zug ins Innere unternahm, die Hauptstadt der Aschanti, Kumassi, zerstörte und den König Koffie am 13. Februar 1874 zum Frieden und zur Zahlung einer Entschädigung von 200.000 Pfund Sterling nötigte.

So stolz man auch in Großbritannien auf diese Erfolge war (der Sieger erhielt eine Nationalbelohnung), so trugen dieselben doch zur Befestigung der Regierung nichts bei; ja, insofern die bedeutenden Kriegskosten ohne Bewilligung des Parlaments verausgabt waren, erschütterten sie dieselbe eher. ...

Nach Schluß der Session von 1874 erfolgte eine Erweiterung des britischen Kolonialgebietes, indem demselben am 26. September die Fidschiinseln auf den Wunsch ihrer Häuptlinge einverleibt wurden. ...

Die Fortschritte Rußlands im inneren Asien erregten trotz der beruhigenden Versicherungen der russischen Regierung in Großbritannien steigenden Argwohn. Der Aufstand der Herzogwina im Sommer 1875 und die schlechte Lage der türkischen Finanzen erweckten neue Zweifel an der Lebensfähigkeit der Türkei, dieses Schoßkindes der englischen Politik.

Da griff Disraeli im November 1875 zu und verstärkte durch den Ankauf eines großen Teiles der Suezkanalaktien die Stellung Englands in Ägypten; er sicherte dadurch demselben die nächste Verbindung mit Indien, nachdem Derby Frankreich an jenem Ankauf durch Drohungen gehindert hatte. Auch die 1871 begonnene Reform des Landheeres wurde wieder in Angriff genommen, um die Wehrhaftigkeit des Reiches zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang gewann auch die Reise nach Indien, welche der Prinz von Wales am 11. Oktober 1875 angetreten hatte, erhöhte Bedeutung. Der großartige Empfang, der ihm auch von den eingeborenen Fürsten bereitet wurde, zeigte der Welt, wie fest gewurzelt hier die britische Herrschaft sei. ...<<

USA: Die Zeitung "Denver Tribune" berichtet im Jahre 1873 über die Utes-Indianer, die man in Reservate abschieben will (x122/389): >>Die Utes sind praktisch Kommunisten, und die Regierung sollte sich schämen, sie in ihrem Müßiggang und ihrer liederlichen Vergeudungssucht zu fördern und zu ermutigen.

Sie leben von den Gaben eines fürsorglichen, doch idiotischen Indian Bureau und sind sogar zu faul, sich auf ordnungsgemäße Weise ihre Rationen abzuholen, sondern bestehen darauf, sich zu nehmen, was sie wollen, ganz gleich, wo sie es finden. ...<<

1875

USA: Als die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) bricht, ruft der Sioux-Häuptling Sitting Bull im Jahre 1875 zum Kampf gegen die europäischen Eindringlinge auf (x181/2.32): >>Brüder seht, es ist Frühling geworden. Die Sonne hat die Erde umarmt. Alle Samen sind erwacht, alle Tiere haben neu zu leben begonnen. Von dieser großen, geheimnisvollen Kraft stammt auch unser Leben. Daher gewähren wir all unseren Nachbarn, selbst den Tieren, das gleiche Recht, das auch wir beanspruchen: das Recht, in diesem Land zu leben.

Klein und schwach waren sie, als unsere Väter sie kennenlernten, aber nun sind sie groß und anmaßend geworden. Die Liebe zum Besitz ist eine Krankheit, an der sie alle leiden. Sie haben viele Gesetze gemacht, die die Reichen brechen dürfen, die Armen aber nicht. Sie nehmen Steuern von den Armen und Schwachen und unterstützen damit die Reichen, die über die anderen herrschen.

Sie beanspruchen unsere Mutter, die Erde, als ihr Eigentum und bauen Zäune, um die Nachbarn fernzuhalten. Sie schänden die Erde mit ihren Bauwerken und ihrem Abfall. Das Volk der Weißen gleicht einem Fluß, der im Frühling über die Ufer tritt und alles in seinem Umkreis zerstört.

Wir können nicht Seite an Seite mit ihnen leben. Vor 7 Jahren erst schlossen wir ein Vertrag, der uns das Büffelland für immer zusprach. Nun wollen sie es uns wegnehmen. Brüder, sollen wir uns ihnen unterwerfen? Oder sollen wir zu ihnen sagen: "Bevor ihr das Land meiner Väter

in Besitz nehmt, müßt ihr mich zuerst töten." ...<<

1876

Großbritannien: Im Jahre 1876 wird in Großbritannien die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1876-1879 (x807/829-832): >>(Großbritannien) ... Am Beginn der am 8. Februar 1876 eröffneten Parlamentssession wurde weder der Anschluß der Regierung an die ... Reformen in der Türkei noch der Ankauf der Suezkanalaktien energisch bekämpft ...

Um so heftigere Debatten rief die von Disraeli am 17. Februar eingebrachte Bill hervor, durch welche die Königin ermächtigt wurde, mit Bezug auf die seit 1858 in die Herrschaft der Krone übergegangenen Besitzungen der Ostindischen Kompanie eine ihr passend erscheinende Erweiterung ihres Titels anzuordnen.

Jedermann wußte, obgleich dies erst am 9. März offiziell zugegeben wurde, daß der in Aussicht genommene neue Titel der einer Kaiserin von Indien sei. Im Land war der neue Titel wenig populär; in der Presse wie im Parlament wurde betont, daß England unter dem historischen Königtum groß geworden sei und keine Veränderung desselben wolle.

Nachdem Disraeli diesen Einwendungen gegenüber versprochen hatte, die Königin werde den Kaisertitel unter keinen Umständen in England selbst oder in englischen Angelegenheiten führen, wurde das Gesetz am 23. März in dritter Lesung mit 209 gegen 134 Stimmen angenommen, und am 1. Mai erfolgte in England die Proklamation des neuen Titels. In Indien wurde der neue Titel unter glänzenden Feierlichkeiten erst am 1. Januar 1877 verkündet.

Die wichtigste Maßregel auf dem Gebiet der inneren Gesetzgebung war die von Lord Sandon am 18. Mai eingebrachte Erziehungsbill, welche den Schulzwang in einer den Ansprüchen der liberalen Partei freilich nicht genügenden Weise erweiterte.

Erst in der zweiten Hälfte der Session traten die orientalischen Angelegenheiten in den Vordergrund. Im Mai hatten die Kanzler der drei Kaisermächte in Berlin ein Memorandum entworfen, welches die Pforte zwingen wollte, bestimmte Garantien für die Erfüllung ihrer den Christen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu geben. Frankreich und Italien willigten ein, diese Vorschläge zu unterstützen; Großbritannien aber lehnte aufs entschiedenste jede Mitwirkung zu dieser Maßregel ab.

Damit trat die orientalische Politik Englands zu der der Kaisermächte in den entschiedensten Gegensatz; sie schien einen Triumph zu feiern, als am 30. Mai durch einen aller Wahrscheinlichkeit nach von dem englischen Botschafter Sir H. Elliot in Konstantinopel unterstützten Aufstand der russischen Einflüssen zugängliche Sultan Abd ul Asis gestürzt und Murad V. auf den Thron erhoben wurde, unter welchem Midhat Pascha und der englische Botschafter zu maßgebendem Einfluß gelangten, während die englische Flotte in der Besikabai zu Gunsten der Pforte gegen die Kaisermächte demonstrierte.

Weder durch die Aufregung, welche in Großbritannien durch die Berichte über die von den Türken bei der Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes verübten Greuel entstand, noch durch den am 1. Juli erfolgten Ausbruch des Krieges, den Serbien und Montenegro mit Beihilfe Rußlands gegen die Türkei führten, ließ sich Disraeli in seiner orientalischen Politik irre machen, die trotz ... Leugnens doch einer wenigstens moralischen Unterstützung der Türkei gleichkam. ...

Die Parlamentssession von 1877 wurde am 8. Februar eröffnet. Abgesehen von den mit der Orientfrage zusammenhängenden Debatten, war sie trotz ihrer langen Dauer außerordentlich unfruchtbar. Teilweise waren daran die ungemein zeitraubenden Bemühungen mehrerer irischer Abgeordneten, der sogenannten Obstruktionisten, schuld, welche ... anstrebten, die Debatten in die Länge zu ziehen und die Erledigung der Geschäfte systematisch zu hintertreiben. Nur ein wichtiges Gesetz für Irland, durch welches die irische Gerichtsverfassung mit der eng-

lischen in Übereinstimmung gebracht wurde, kam zustande; der jährlich wiederkehrende Homerule-Antrag wurde mit 417 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Was England betrifft, so gingen ein Universitätsgesetz, welches Reformen in der veralteten Verfassung der Universitäten Oxford und Cambridge einführte, und ein Gesetz über die Reorganisation des Gefängniswesens durch.

Für die koloniale Politik Englands waren die auch das Parlament lebhaft beschäftigenden Vorgänge in Südafrika von großer Bedeutung. Hier wurde im April 1877 durch einen Akt von höchst zweifelhafter Rechtmäßigkeit, nämlich die Annexion der Transvaal-Republik, das britische Kolonialgebiet in Afrika bedeutend erweitert.

Vergebens bekämpften einige radikale Mitglieder des Unterhauses das Vorgehen der Regierung des Kaplandes, das Ministerium erklärte im Sommer 1877 die Annexion für unwiderruflich. So bemächtigte sich Großbritannien ohne einen Schatten von Recht und gegen den Willen der Bevölkerung eines Gebietes von etwa 300.000 qkm mit ca. 275.000 Einwohnern - in demselben Augenblick, in welchem seine Regierung und seine Presse aufs heftigste gegen den "eigennütigen" und "räuberischen" Angriff Rußlands auf die Türkei deklamierten.

Denn die russisch-türkischen Angelegenheiten nahmen doch vorzugsweise die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Nach dem Scheitern der Konferenzen von Konstantinopel (im Winter 1876/77) waren die Verhandlungen der Großmächte noch eine Zeitlang fortgesetzt worden, bis nach Ablehnung des am 31. März von den sechs Großmächten unterzeichneten Londoner Protokolls seitens der Türkei am 24. April die russische Kriegserklärung erfolgte.

England erklärte zwar seine Neutralität, aber Lord Derby bezeichnete das Vorgehen Rußlands in einer Note vom 1. Mai als eine Verletzung der Verträge von 1871 und gab seiner formellen Mißbilligung der russischen Aktion Ausdruck. ...

Als im Spätjahr 1877 die russischen Waffen nach dem Fall von Kars und Plewna das entschiedene Übergewicht erlangten und die Pforte die Vermittlung der Großmächte nachsuchte, entschloß sich das englische Kabinett, das Parlament schon zu dem ungewöhnlich frühen Termin des 17. Januar 1878 einzuberufen.

Die Thronrede kündigte an, daß die Regierung so lange neutral bleiben werde, als die britischen Interessen nicht gefährdet seien, bereitete aber schon auf außerordentliche Geldforderungen vor. In der Tat verlangte die Regierung noch im Lauf des Januars einen Kredit von 6 Millionen Pfund Sterling für außerordentliche Rüstungen ...

Die Kreditforderung wurde im Unterhaus nach lebhaften, langwierigen Debatten am 8. Februar mit 328 gegen 124 Stimmen genehmigt, und am 13. Februar segelte die englische Flotte unter Admiral Hornby aus der Besikabai durch die Dardanellen und legte sich bei den Prinzeninseln vor Anker. So waren die Streitkräfte der beiden gegnerischen Mächte fast in unmittelbare Nähe gekommen; der kleinste Zwischenfall konnte den Krieg entzünden.

In den nächsten Wochen gingen zwei Strömungen nebeneinander her. Die Friedenshoffnungen knüpften sich an die von Österreich am 4. Februar erlassenen Einladungen zu einer Konferenz der Großmächte, die Kriegsbefürchtungen an die immer fieberhafter betriebenen Rüstungen Rußlands und Englands.

Hier waren schon die Kommandos für die zu entsendende Feldarmee bestimmt, und nachdem die exorbitanten Bedingungen des am 3. März geschlossenen Friedens von San Stefano bekannt geworden waren, schien die Kriegspartei die Oberhand behalten zu sollen, was sich deutlich aussprach, als Ende März Lord Derby sein Entlassungsgesuch wiederholte, diesmal, um daran festzuhalten. ...

Zu Anfang April wurden die englischen Reserven einberufen; die darüber erlassene königliche Botschaft gab die Veranlassung zu der zweiten großen Orientdebatte dieser Session, welche wiederum mit einem entschiedenen Sieg der Regierung endigte, und während der Osterferien des Parlaments beorderte die Regierung 6.000 Mann (der) indischen Truppen nach Europa,

die vorläufig auf Malta ein Lager bezogen. ...

Gerade in diesen Tagen aber vollzog sich durch die Bemühungen des Fürsten Bismarck und des Grafen Schuwalow, des russischen Gesandten in London, ein Umschwung im friedlichen Sinn. Am 30. Mai wurde von Salisbury und Schuwalow ein Protokoll unterzeichnet, durch welches Rußland namentlich in Bezug auf die Ausdehnung des durch den Frieden von San Stefano geschaffenen Fürstentums Bulgarien sowie in Bezug auf seine eigenen Erwerbungen in Asien den Engländern wesentliche Konzessionen machte.

Auf Grund dessen trat am 13. Juni der Berliner Kongreß zusammen; ... der hier vereinbarte Berliner Friede vom 13. Juli reduzierte die von Rußland im Vertrag von San Stefano erhobenen Ansprüche in sehr beträchtlicher Weise.

Während des Kongresses erfuhr die Welt noch eine andere Überraschung: am 4. Juni schon hatten England und die Türkei zu Konstantinopel einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Insel Cypern an Großbritannien abgetreten wurde, wogegen dieses die Garantie der dem Sultan verbleibenden Besitzungen in Asien übernahm, über deren Verwaltung es eine Art von Kontrollrecht zugesprochen erhielt.

So ernste Bedenken die dadurch übernommenen Verpflichtungen bei weiter sehenden Politikern hervorrufen mochten, in England reichte die Erwerbung Cyperns, welches alsbald von britischen Truppen unter Sir G. Wolseley besetzt wurde, aus, um einen allgemeinen Enthusiasmus über Beaconsfields Politik hervorzurufen, deren Erfolge, verglichen mit den geringfügigen Ergebnissen der auswärtigen Politik seiner liberalen Vorgänger, in der Tat glänzend genannt werden konnten. ...

Die Spannung mit Rußland hatte noch ein Nachspiel in dem Konflikt mit dem Emir von Afghanistan, der, durch eine russische Gesandtschaft im Juli 1878 aufgereizt, eine große englische Gesandtschaft unter Sir Neville Chamberlain im September an seiner Grenze zurückweisen ließ.

In England wie in Indien empfand man, daß es zur Aufrechterhaltung des britischen Ansehens in Ostasien erforderlich sei, diese Beleidigung zu bestrafen. In Indien wurden sofort umfassende Rüstungen und Vorbereitungen getroffen; eine Armee von etwa 35.000 Mann, darunter 12.000 Europäer, wurde an der afghanischen Grenze zusammengezogen; am 21. November begannen, nachdem der Emir ein englisches Ultimatum abgelehnt hatte, die militärischen Operationen, deren erste Erfolge überraschend günstig waren.

Die Peschawar-Armee unter Sir S. Browne nahm Ali Masdschid, marschierte ohne große Verluste durch den Chaiberpaß auf Dschelalabad, und auch General Roberts, welcher an der Spitze der Khuram-Armee auf den Peiwarpaß zu operierte, hatte ähnliche Siege zu verzeichnen. Am 20. Dezember zog General Browne ohne Widerstand in Dschelalabad ein; am 2. Januar 1879 begann die Khuram-Armee ihren Vormarsch auf Khost; am 10. Januar zog eine dritte Kolonne unter den Generalen Stewart und Biddulph in Kandahar ein.

Schir Ali war inzwischen, da die erwartete russische Hilfe ausblieb, von Kabul nach der russischen Grenze geflohen. Vor seiner Flucht hatte er seinen seit 1874 gefangen gehaltenen Sohn Jakub Chan der Haft entledigt, und dieser übernahm vorläufig die Zügel der Regierung in Kabul.

Dieser glückliche Fortgang des Krieges war um so erfreulicher für die Regierung, als schon gegen Ende 1878 neue Verwickelungen in Südafrika entstanden waren. Sir Bartle Frere, den die Regierung nach der Annexion von Transvaal zum Gouverneur aller afrikanischen Besitzungen ernannt hatte, hatte zunächst im Sommer 1878 einige Transvaal benachbarte Kaffernstämme unterworfen. Gegen Ende des Jahres geriet er aber in einen Konflikt mit Cetewayo, dem König der Zulu, dessen 50-60.000 Mann starkes, militärisch gedrilltes und nicht schlecht bewaffnetes Heer allerdings eine beständige Drohung für die Provinzen Natal und Transvaal war.

Frere verlangte im Dezember 1878 eigenmächtigerweise von Cetewayo eine Reduktion seines Heeres und die Aufnahme eines ständigen britischen Residenten, und als dieses Verlangen abgelehnt wurde, begannen am 12. Januar 1879 die Feindseligkeiten. Der militärische Verlauf dieses Krieges kontrastierte gewaltig gegen den mit Afghanistan, woran allerdings die Unfähigkeit des Oberfeldherrn Lord Chelmsford die Hauptschuld trug.

Am 21. Januar erlitt die Kolonne des Obersten Glynn bei Isandula am Tugela-Fluß eine entsetzliche Niederlage, bei der mehr als 60 Offiziere und 700 europäische Soldaten von den Zulu niedergemacht wurden; eine andere Kolonne, die des Obersten Pearson, sah ihre Rückzugslinie abgeschnitten und wurde in Ekowe von den Zulu eingeschlossen.

Die Nachricht von diesen Unglücksfällen bot in dem am 13. Februar 1879 wieder eröffneten Parlament der Opposition günstige Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die Regierung. Die Lage derselben war aber auch sonst eine schwierige. Unter den Folgen der allgemeinen Geschäftskrise begann mehr und mehr auch Großbritannien zu leiden; die ländliche Bevölkerung und die der Zentren der Industrie litten in gleicher Weise Not; die Zahl der Almosenempfänger mehrte sich in erschreckender Weise.

Durch Arbeitseinstellungen gewaltigsten Umfanges (so z.B. einen Streik von mehr als 10.000 Arbeitern in Liverpool im Februar 1879) suchten die bedrängten Klassen ihre Lage zu verbessern, während sie in Wahrheit nur ihren Notstand mehrten.

Die Finanzlage des Staates war keine gute. Mit genauer Not hatte die Regierung im Vorjahr die Kosten der außerordentlichen Rüstungen gegen Rußland durch Aufnahme einer schwebenden Schuld aufgebracht, und jetzt standen durch den Zulukrieg neue Ausgaben in ungeahnter Höhe bevor, die von dem Mutterland getragen werden mußten.

Zu dem allen kam weiter eine neue Verwicklung nach außen in Ägypten, dessen Khedive (Herrscher) zwei europäische Minister, die er 1878 auf das Drängen der Großmächte angestellt hatte, den Engländer Rivers Wilson und den Franzosen de Blignières, 7. April 1879 in brüsker Weise entließ.

Endlich war auch die orientalische Frage in Europa keineswegs völlig gelöst: noch war der Separatfriede zwischen Rußland und der Pforte abzuschließen, waren die Verhältnisse Ostrumeliens zu regeln, Grenzstreitigkeiten zwischen Rußland und Rumänien zu schlichten, mußten endlich die Bestimmungen des Berliner Vertrages über eine Verschiebung der griechischen Grenze ihrer Ausführung entgegengebracht werden.

Ein Teil dieser Fragen erledigte sich nun schon während der ersten Woche der Session in günstiger Weise. Hinsichtlich der europäischen Orientangelegenheiten gelang es den Bemühungen des Grafen Schuwalow und des Lords Dufferin, des englischen Botschafters in Petersburg, ein ziemlich befriedigendes Einvernehmen zwischen Großbritannien und Rußland herzustellen, so daß der definitive Friede mit der Türkei geschlossen und die rumänische Grenzfrage erledigt werden konnte; auch über die Ernennung Aleko Paschas zum Gouverneur von Ostrumelien und die Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien einigten sich beide Mächte.

Aus Afghanistan kam Ende Februar die Kunde von dem Tod Schir Alis; infolgedessen wurde im Mai mit Jakub Chan der Friede geschlossen. Der Emir trat alle Gebirgsdistrikte an der indisch-afghanischen Grenze mit ihren Pässen an Großbritannien ab und verstand sich gegen eine jährliche Subsidienzahlung dazu, einen britischen Residenten in seine Hauptstadt aufzunehmen und diesem eine Kontrolle über seine auswärtige Politik einzuräumen.

In Ägypten erfolgte, nachdem Deutschland mit Intervention gedroht hatte, im Juli auf Antrag Englands und Frankreichs seitens des Sultans die Absetzung des Khedive, dem sein Sohn Tewfik folgte.

In Südafrika endlich brach am 28. März Lord Chelmsford zum Entsatz des Obersten Pearson auf, der am 2. April nach einem großen Sieg über die Zulu bewirkt wurde. Dann übernahm im

Juli Sir G. Wolseley an Chelmsfords Stelle den Oberbefehl. Der von ihm angeordnete Vormarsch hatte den besten Erfolg; am 3. Juli erfocht die Angriffskolonne, die Chelmsford zu kommandieren fortfuhr, einen vollständigen Sieg über Cetewayo.

Währenddessen hatte die treue Torymajorität auch im Parlament alle Angriffe gegen das Ministerium abgeschlagen. Die Tadelsvoten, welche die Opposition wegen des afrikanischen Krieges beantragte, wurden im Oberhaus mit 156 gegen 61, im Unterhaus am 31. März mit 306 gegen 246 Stimmen abgelehnt, und auch die Finanzmaßregeln der Regierung wurden am 28. April gebilligt.

Im übrigen beschäftigte sich das Parlament hauptsächlich mit einer von den Katholiken eingebrachten irischen Universitätsbill, welche aus den Mitteln der abgeschafften Staatskirche von Irland eine neue Universität in Dublin errichten wollte, und mit der Revision des Militärstrafgesetzbuches.

Das letztere ... gab diesmal zu besonders lebhaften Debatten Veranlassung, weil die Regierung darin eine Kodifikation des in etwa 200 zum Teil ganz veralteten Statuten enthaltenen Militärstrafrechts vorzunehmen wünschte. Die liberale Opposition wünschte bei dieser Gelegenheit die in der englischen Armee und Marine noch in Übung stehende Strafe der körperlichen Züchtigung zu beseitigen oder doch wenigstens zu beschränken.

Allein die Regierung wollte auf die neunschwänzige Katze nicht verzichten, und in demselben Parlament, wo man so oft über russische und türkische Barbarei deklamiert hatte, wurde der Antrag Lord Hartingtons auf Abschaffung der Prügelstrafe in Heer und Flotte mit einer Majorität von 106 Stimmen verworfen (17. Juli). Am 15. August wurde die Parlamentssession geschlossen.

Der Zulukrieg wurde bald nachher völlig beendet. Cetewayo wurde am 30. August gefangen genommen und nach der Kapstadt abgeführt. Das Zululand, in mehrere Bezirke unter selbständigen Häuptlingen geteilt, kam unter britische Botmäßigkeit.

Um so ungünstiger entwickelten sich die Dinge in Afghanistan. ... Am 3. September kam es hier zu einem furchtbaren Aufstand gegen die britische Gesandtschaft, Cavagnari und seine Begleiter wurden nach tapferstem Widerstand ermordet. So hatte sich die Katastrophe von 1841 wiederholt. Ein neuer Zug gegen Afghanistan war notwendig. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es dem General Roberts, die völlig desorganisierten Rebellen vor sich herzutreiben; am 11. Oktober hielt er seinen Einzug in Kabul. Jakub Chan, dessen Verhalten während der Empörung zweideutig war, hatte sich zur englischen Armee geflüchtet und verzichtete auf den Thron.

Inzwischen traten im Inneren des Landes Symptome einer stärker werdenden Opposition hervor, die, (in) ihrer Zeit unterschätzt, erst im Zusammenhang der folgenden Ereignisse die richtige Würdigung fanden. In Irland, wo die Kartoffelernte ... mißraten war, bereitete sich ein gefährlicher Notstand aus, der durch die Agitation der Homerule-Partei ausgebeutet wurde. Die Bewegung zielte auf eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse des irischen Grundbesitzes ab, in zahlreichen Volksversammlungen wurde die "Landfrage" in stärkster Sprache erörtert. Bald wurde eine irische Landliga gegründet, und hier und da ließ sich die aufgeregte Menge zu agrarischen Morden hinreißen.

Die Regierung meinte einschreiten zu müssen, sie ließ am 19. November drei der tätigsten Agitatoren verhaften; aber die Agitation, an deren Spitze das Parlamentsmitglied Parnell getreten war, dauerte nichtsdestoweniger fort.

Gleichzeitig hatten die Führer der Opposition in England und Schottland einen Feldzug gegen die auswärtige Politik der Regierung begonnen. Zunächst freilich gab die Lage der auswärtigen Angelegenheiten der Opposition keineswegs recht. ... In Südafrika wurde der letzte feindliche Häuptling, Sekokoeni, der mit den Zulu in Verbindung gestanden hatte, von Sir Garnet Wolseley am 2. Dezember gefangen genommen. In Afghanistan war zwar Anfang Dezember

ein neuer Aufstand verschiedener Stämme ausgebrochen; aber am 23. errangen die Engländer bei Sherpur einen entscheidenden Sieg über die Insurgenten und stellten ihre Autorität im Land wieder völlig her. ...<<

USA: Bei der Schlacht am Little Bighorn River in Südmontana erringen die nordamerikanischen Präriestämme, unter Führung der Häuptlinge Crazy Horse (um 1839-1877) und Sitting Bull (um 1831-1890), im Jahre 1876 ihren letzten großen Sieg.

Die 7. US-Kavallerie (260 Soldaten) wird von ca. 2.000 Kriegern der Sioux, Arapaho und Cheyenne umzingelt und bis zum letzten Mann niedergemetzelt. Bei diesem Kampf fällt auch der karrieresüchtige Oberst Georg A. Custer (1839-1876, ein berühmter "Indianerschlächter").

Nach dieser vernichtenden Niederlage erklärt die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) für ungültig und läßt die siegreichen Ureinwohner gnadenlos verfolgen.

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 werden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).

1877

Großbritannien: Cecil Rhodes (1853-1902, späterer Ministerpräsident der englischen Kapkolonie) erläutert im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da (Gott) offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den britischen Imperialismus und die Kolonialpolitik (x057/173-174): >>Alle Teile des Weltreiches sollten zusammengefaßt werden zu einem Reichsverein, der durch eine Kriegsflotte zu schützen sei, die mindestens so stark sein sollte, wie die Flotten der beiden nächstfolgenden Mächte zusammen (two power standard). ...

Der wichtigste Kolonialbesitz Englands war nach wie vor Indien. Im Jahr 1877 hatte die Königin Victoria den Titel einer Kaiserin von Indien angenommen. In den folgenden Jahren wurde der Besitz erheblich erweitert, so daß England schließlich ein indisches Reich von rund 5 Millionen Quadratkilometern beherrschte. Um seinen indischen Besitz zu sichern, faßte England den kühnen Plan, möglichst die gesamten Randländer des Indischen Ozeans in seine Hand zu bringen.

Der Bau des Suez-Kanals (1869) hatte den Weg nach Indien beträchtlich abgekürzt. England kaufte den ägyptischen Teil der Aktien und besetzte ganz Ägypten (1882). Zur weiteren Sicherung des Weges nach Indien wurde (nach Gibraltar, Malta und Aden) auch Zypern in Besitz genommen (1878).

Nun galt es, ein großes Nord-Südreich in Afrika ("Vom Kap bis zum Nil") zu errichten. An diesem Plan arbeitete unermüdlich Cecil Rhodes, der durch die Entdeckung reicher Diamantenfelder großen Reichtum erwarb und diesen in den Dienst der englischen Machtausdehnung

stellte. Er eroberte große Teile Südafrikas, die zur Kolonie Rhodesia zusammengefaßt wurden. Die Engländer vervollständigten die Arbeit Rhodes, der Premierminister in Kapland geworden war, durch den Burenkrieg (1899-1902).

Schließlich wurde ganz Südafrika englisch und zur südafrikanischen Union zusammengeschlossen. Das eigentliche Ziel eines britischen Afrikas und seiner Verbindung mit Indien zu einem gewaltigen afrikanisch-asiatischen Reich blieb eine Aufgabe der Zukunft. Der weiteren Ausdehnung in Afrika standen Frankreich und Deutschland im Wege.

Die australischen Kolonien hatten sich zu einem Commonwealth vereinigt (1900). In Amerika besaß England Kanada und Neufundland. Außerdem hatte es zahlreiche Stützpunkte im Atlantischen und Stillen Ozean.

Das englische Kolonialreich umfaßte bei einem Gesamtflächeninhalt von etwa 30 Millionen Quadratkilometern mit rund 375 Millionen Einwohnern ein Fünftel der gesamten Erdoberfläche.

Es war wichtig für Englands Ernährung (Fleisch aus Australien, Getreide aus Kanada, Tee von Ceylon), für den Rohstoffbedarf (Wolle aus Australien und Afrika, Baumwolle aus Asien und Afrika), als Absatzgebiet seines Handels, ferner für die Anlagen seiner Kapitalien und als Sicherung seiner Seeherrschaft (Flottenstützpunkte, Kohlenstationen, Kabelstationen).

Die Grundlage der Weltmachtpolitik des Britischen Weltreiches beruhte auf seiner Stellung als erste See- und Kolonialmacht, auf seiner Vorherrschaft in Industrie und Handel und auf der Missionsidee des Angelsachsentums.<<

USA: Im Jahre 1877 läßt die US-Regierung die letzten Besatzungstruppen aus den Südstaaten abziehen (x058/189).

Als der Nez Perce-Stamm 1877 gewaltsam in Reservationen "umgesiedelt" werden soll, verlassen die etwa 250 Krieger, 450 Frauen und Kinder heimlich ihre Heimat im Nordosten Oregons und flüchten mit ihrem gesamten Hab und Gut in Richtung Kanada. Mit Hunderten von Appaloosas (gefleckte, äußerst robuste, ausdauernde und wendige Pferde) und Rindern kann sich der gehetzte Stamm zunächst in fast unwegsamen Gebirgsgegenden verbergen.

Nachdem die Nez Perce in fast 4 Monaten über 1.300 Meilen zurückgelegt haben und nur noch etwa 50 km von der kanadischen Grenze entfernt sind, werden sie am 29. September 1877 völlig überraschend von mehreren US-Einheiten umzingelt und während eines Schneesturms angegriffen. Obwohl die Übermacht erdrückend ist, verteidigen sich die Nez Perce länger als 5 Tage. Erst als fast alle Krieger gefallen sind, kapituliert Häuptling Chief Joseph (1840-1904).

Der einst stolze und mächtige Häuptling Chief Joseph ("Ich beanspruche nur das Recht, auf meinem Land zu leben") ist danach ein gebrochener Mann (x056/127, x181/2.38): >>... Ich habe nie gesagt, daß das Land mir gehört und daß ich damit tun könne, was mir beliebt. Nur der kann über das Land verfügen, der das Land geschaffen hat. Ich beanspruche nur das Recht, auf meinem Land zu leben, und euch gestehe ich das Recht zu, auf euerm Land zu leben. ...

Ich habe einige der großen weißen Häuptlinge gefragt, woher sie das Recht haben, dem Indianer zu sagen, er müsse sich an einem bestimmten Platz aufhalten, während er die weißen Männer hingehen sieht, wo es ihnen gefällt. Sie können mir keine Antwort geben. ...<<

>>... Ich bin des Kämpfens müde. Unsere Häuptlinge sind gefallen. ... Keiner der alten Männer ist mehr am Leben. Jetzt sind es die jungen, die ja oder nein sagen müssen. ...

Es ist kalt und wir haben keine Decken. Die kleinen Kinder erfrieren. Ein paar von meinen Leuten sind in die Berge geflohen, sie haben keine Decken und nichts zu essen. Niemand weiß, wo sie sind, vielleicht erfrieren sie. Ich möchte meine Kinder suchen und sehen, wie viele von ihnen ich finden kann. Vielleicht werde ich sie unter den Toten finden.

Hört mich an, meine Häuptlinge. Ich bin müde, mein Herz ist krank und traurig. Seht, wo die Sonne jetzt steht - von nun an werde ich nie wieder kämpfen. ...<<

1878

Großbritannien: Der britische Kolonialpolitiker Cecil Rhodes erläutert im Jahre 1878 die Bedeutung des Imperialismus (x073/3-4): >>... Wenn wir die Blicke auf unser bei weitem größeres Reich in Übersee und seine Bewohner richten, ... erweitern sich die Grenzen und die Maßstäbe. Es entsteht ein weiteres und edles Bild; der Geist verliert sich im Nachsinnen über das, was unter der wohltätigen Herrschaft Großbritanniens steht. ...

Da sehen wir Völker; die um die Erreichung einer höheren Kulturstufe ringen, für die die Überwindung von Sklaverei nur der Vorgesmack auf die weit höheren Werte von Freiheit und Fortschritt ist, die sie vielleicht einmal gewinnen werden. Wir sehen große Völkerschaften wie diejenigen Indiens, die wie Kinder im Schatten von Unwissen, Armut und Leiden sitzen und von uns Führung und Hilfe erwarten.

Uns ist die Aufgabe zugefallen, ihnen weise Gesetze, gute Regierung und ein geordnetes Finanzwesen zu geben, die erst das Fundament eines gedeihlichen Zusammenlebens schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein politisches System zu geben, in dem der Geringste wie der Höchste auf der gesellschaftlichen Stufenleiter frei von Unterdrückung und Benachteiligung leben kann, in dem religiöse und moralische Erleuchtung bis in die dunkelsten Hütten dringen kann. Das ist die wahrhaftige Erfüllung unserer Pflichten; das – und ich wiederhole es – ist die wahre Stärke und Bedeutung des Imperialismus.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.

Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.

Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche (Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien) schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.

Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt (es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen), häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.

Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. Wenig später beanspruchte Deutschland in vier verschiedenen Gebieten (Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika) Territorien von über 2,5 Millionen qkm mit rund 14 Millionen Einwohnern, während Frankreich, das bereits 1830 in Algerien eingefallen war, um die Jahrhundertwende Madagaskar und den größeren Teil von West- und Nordafrika beherrschte – ein Gebiet von über 10 Millionen qkm mit einer Bevölkerung von 47 Millionen.

Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.

In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen – Überreste aus den Zeiten Dschingis Khans und Tamerlans. Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaya und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde.

Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege (im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten) und durch die "Verfallsdoktrin", nach der Staatswesen ohne eindeutigen Thronfolger direkter britischer Herrschaft unterstellt wurden, beständig ausweiten können. ...<<

Asien: Großbritannien führt von 1878-1880 Krieg gegen Afghanistan und erobert Kandahar und Kabul.

Afrika: Henry Morton Stanley (1841-1904, britischer Afrikareisender, findet 1871 den verschollenen Livingstone, mit dem er die Suche nach den Nilquellen fortsetzt, erforscht danach das zentralafrikanische Seengebiet und das Kongobecken) notiert 1878 in seinem Notizbuch (x233/116): >>Als erster erforschte ich den Kongo und sollte nun der Welt als erster seine Bedeutung erweisen, friedliche Niederlassungen an seinen Ufern anlegen und sie in nationale Staaten umwandeln, in denen Gerechtigkeit, Gesetz und Ordnung herrschen und der grausame Sklavenhandel für immer aufhören sollte. ...<<

Australien: Der Schotte Peter Dodds McCormick (1834-1916) verfaßt um 1878 den Text der Hymne "Advance Australia Fair", seit 1974 Nationalhymne Australiens (x230/18):

>>Froh laßt uns jubeln, all ihr Australier,
Denn wir sind jung und frei,
Goldner Boden und Überfluß sind unsre ganze Mühe,
Unsre Heimstatt umschließt das Meer,
Unser Land ist reich an Gaben der Natur,
Von kostbarer und erlesener Schönheit,
Möge im Buch der Geschichte mit jedem Abschnitt,
Das schöne, glückliche Australien weiter voranschreiten.
Dann wollen wir zu frohen Klängen singen:
Schreite voran, schönes, glückliches Australien.<<

USA: US-General Crooke klagt im Juni 1878 in der Zeitschrift "Army und Navy Journal" über die unzureichende Lebensmittelversorgung der umgesiedelten Ureinwohner (x068/66):

>>... Da ist nichts für sie in diesem Lande: Der Bison ist dahingegangen, und Kaninchen gibt es nicht genug zu fangen. Was sollen sie tun? Der Hungertod starrt ihnen ins Gesicht. Ich wundere mich nicht, daß diese Indianer zum Kriege schreiten, wenn sie ihre Frauen und Kinder hungern sehen und ihre letzten Hilfsquellen ihnen abgeschnitten sind. Und dann werden wir ausgeschickt, um sie zu töten; es ist eine Schande!<<

Der Cheyenne-Häuptling Dull Knife, der mit seinem Stamm nach einer Flucht von tausend Meilen ins Reservat zurückkehren soll, erklärt 1878 im Fort Robinson/Nebraska (x068/63):

>>Wir wollen dort nicht wieder hin, das ist kein gesundes Land, und wenn wir dort bleiben müssen, werden wir alle sterben. Wir wollen nicht zurück und wir gehen nicht zurück. Ihr könnt mich hier töten, aber ihr könnt mich nicht dazu bringen zurückzugehen!<<

1879

Afrika: Großbritannien führt im Jahre 1879 Krieg gegen das südafrikanische Bantuvolk der Zulus.

1880

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1880-1881 (x807/832-834): >>(Großbritannien) ... Am 5. Februar 1880

wurde die Session des Parlaments eröffnet. Die Verhandlungen nahmen durchweg einen der Regierung erwünschten Verlauf; die Anträge der Homerulers ... wurden mit 216 gegen 66 Stimmen abgelehnt; auch die irische Notstandsbill ging trotz der Verschleppungsversuche der Obstruktionisten nach den Vorschlägen des Ministeriums durch; das Budget wurde mit unerwarteter Schnelligkeit erledigt.

Diese Entwicklung der Dinge und der günstige Ausgang einiger Ergänzungswahlen brachten Lord Beaconsfield die Überzeugung bei, daß der geeignete Moment zur Auflösung des Parlaments, die er noch bis zum Februar 1881 hätte verzögern können, gekommen sei, und daß er auf einen günstigen Ausgang der Neuwahlen rechnen könne.

Am 8. März 1880 wurde beiden Häusern der überraschende Beschluß, das Parlament am 24. aufzulösen, mitgeteilt, und sofort begann die Wahlbewegung in Fluß zu kommen, die einen ungemein lebhaften Charakter annahm ...

Der Umschwung der Dinge bei den Neuwahlen war vollständig: die bisherige liberale Minderheit im Unterhaus wurde in eine Mehrheit verwandelt, größer, als sie in irgendeinem englischen Parlament seit der Reformbill von 1832 gewesen war; von den 652 Sitzen des Unterhauses erhielten die Liberalen mehr als 350, so daß sie auch ohne die Unterstützung der Homerulers über die Majorität verfügten. Die letzteren hatten etwa 60 Stimmen; die Konservativen waren auf über 230 Sitze reduziert. Nach diesem Ausgang war ein Regierungswechsel unvermeidlich, schon am 19. April kündigte Lord Beaconsfield der Königin seinen Rücktritt an. ...

Das neue Kabinett, in dem Gladstone außer dem Vorsitz noch das Amt des Kanzlers der Schatzkammer übernahm, begriff alle Richtungen der liberalen Partei in sich. ...

Daß die Regierung an der Annexion des Transvaal-Landes, die sie früher so lebhaft bekämpft hatte, festhielt, erregte bei den Radikalen vielfach Ärgernis, und auch mit der afghanischen Politik Gladstones waren sie nicht immer einverstanden.

Die Regierung trat hier mit Abd ur Rahman Chan, einem der Thronprätendenten, der bis dahin eine russische Pension bezogen hatte, in Verhandlungen; im Juli erkannte der neue Vizekönig von Indien, Lord Ripon, denselben als Emir von Afghanistan an, und die englischen Truppen bereiteten sich vor, das Land zu räumen; aber zu einer dauernden Ordnung der Verhältnisse war man noch nicht gelangt, und noch in den letzten Tagen des Juli traf die Engländer ein schweres Mißgeschick, indem die Truppen des Generals Burrow durch einen neuen Aufstand unter Ejub Chan fast gänzlich vernichtet und die Garnison von Kandahar gezwungen wurde, sich in die Citadelle zurückzuziehen. ...

Von den durch den Berliner Vertrag von 1878 berührten Fragen waren beim Amtsantritt Gladstones drei noch ungelöst.

In Armenien hatte die Pforte trotz des Cypren-Vertrages bisher die verheißenen Reformen nicht eingeführt.

Von den Montenegro zugesicherten Landabtretungen war nur ein Teil in die Gewalt des Fürsten Nikita gelangt, der Hauptteil aber von der "albanesischen Liga" in Besitz genommen.

Mit Griechenland endlich waren bisher alle Verhandlungen an dem Starrsinn der Pforte gescheitert. ...

Nun trat auf Englands Vorschlag am 16. Juni in Berlin eine Konferenz der Botschafter der sechs Mächte zusammen, um die griechische Frage zu lösen; in wenigen Tagen (bis zum 28. Juni) hatte sie ihre Aufgabe erledigt und die neue Grenze zwischen Griechenland und der Türkei ... (festgelegt); aber die Pforte lehnte diese Entscheidung ab und erklärte nach wie vor die Abtretung von Janina und Larissa als völlig untunlich, so daß ein Krieg zwischen ihr und den Griechen drohte.

In der montenegrinischen Angelegenheit kam es ebenfalls auf Englands Vorschlag zu einer Flottendemonstration der Mächte, allein dieselbe verlief in nahezu beschämender Weise: die

Auslieferung von Dulcigno an die Montenegriner wurde von den Albanesen hartnäckig verweigert und erfolgte erst Ende November auf direktes Einschreiten der Pforte.

Vor allem ... aber verschlimmerte sich in Irland in der zweiten Hälfte des Jahres die Lage der Dinge so, daß dieselbe alle Aufmerksamkeit des Ministeriums in Anspruch nahm. Die Agitationen der Landliga gewannen ungeachtet eines den Führern gemachten Prozesses ungeahnte Ausdehnung; die öffentliche Sicherheit war durch Zusammenrottungen, Straßentumulte, Raub- und Verheerungszüge und agrarische Morde in einzelnen Teilen des Landes völlig zerstört.

Die Autorität des Gesetzes und der Behörden wurde aufs keckste mißachtet; die Boten und Beamten der Gerichte wurden öffentlich verhöhnt; die Liga verbot den Pächtern, einen höheren Pachtzins zu zahlen, als sie für billig hielt, und zwang durch öffentliche Gewalttaten und durch das System des Boycotting (Boykott), das wie eine Verfemung wirkte, Engländer und Iren zum Gehorsam gegen ihre Anordnungen oder zum Verlassen des Landes.

In einzelnen Fällen, in denen eine derartige Verfemung ausgesprochen wurde, brachte die Regierung militärische Hilfe; aber derartige militärische Expeditionen ließen sich nicht immer wiederholen, und je wirksamer sich das System des Boycotting erwies, um so klarer wurde es, daß die eigentliche Herrschaft in Irland von der offiziellen Regierung des Landes auf die geheime Regierung der Landliga übergegangen sei.

Kam zu alledem nun noch ein im Dezember 1880 ausgebrochener und militärisch erfolgreicher Aufstand der Buren im südafrikanischen Transvaal-Land, so begreift man, daß die Lage des Ministeriums bei der am 6. Januar 1881 erfolgten Eröffnung des Parlaments keine besonders günstige war.

Die Thronrede stellte die irischen Angelegenheiten durchaus in den Vordergrund; sie verkündete auf der einen Seite den Entschluß der Regierung, den demagogischen Agitationen der Landliga mit Energie entgegenzutreten, während sie andererseits materielle Zugeständnisse an dieselbe in Aussicht stellte.

Dem ersteren Zweck sollten zwei Ausnahmegesetze für Irland dienen, deren eins den Besitz von Feuerwaffen in Irland verbot, während das andere dem Vizekönig der Insel erhöhte Vollmachten verleihen sollte, um den agrarischen Verbrechen ein Ende zu machen; er sollte befugt sein, über alle irischen Distrikte, in denen er es für nötig halte, eine Art von Belagerungszustand zu verhängen und während der Dauer desselben alle Personen, welche ihm verbrecherischer Handlungen schuldig erschienen, ohne gerichtliches Verfahren auf 18 Monate gefangen zu setzen.

Die irischen Mitglieder des Unterhauses, geführt von Parnell und Mac Carthy, setzten diesen Vorschlägen der Regierung den hartnäckigsten Widerstand entgegen und suchten durch eine selbst nach den Erfahrungen der letzten Jahre unerhörte "Obstruktion" das Durchgehen derselben zu verhindern. Nach mehreren Wochen fruchtloser Beratungen war es klar geworden, daß die bisherigen Mittel, welche die Geschäftsordnung an die Hand gab, nicht ausreichten, den Widerstand zu brechen, welchen die kleine, aber gut disziplinierte irische Minorität dem Willen der Mehrheit des Hauses entgegenstellte.

Erst ein in der Geschichte des englischen Parlamentarismus unerhörter Staatsstreich des Sprechers des Unterhauses (2. Februar), der nach einer ununterbrochenen Sitzung von 41 Stunden auf seine eigene Verantwortlichkeit die Debatte für geschlossen erklärte und die Anträge der Regierung zur Abstimmung brachte, sowie am folgenden Tag eine auf Gladstones Antrag nach den heftigsten Szenen angenommene Änderung der Geschäftsordnung ermöglichten eine schnellere Beratung der beiden Ausnahmegesetze, welche am 21. März Gesetzeskraft erlangten. Danach wurde am 7. April von Gladstone die irische Landbill eingebracht.

Der Kern dieses Gesetzentwurfes war die Einsetzung einer königlichen Kommission von drei Mitgliedern, welche nach ... Ermessen Streitigkeiten zwischen Landeigentümern und Pächtern

in Irland schlichten und in strittigen Fällen die Höhe des Pachtzinses auf je 15 Jahre festzustellen befugt sein sollte. Außerdem wurden der Kommission Mittel zur Verfügung gestellt, um Pächtern den Erwerb des Eigentums ihrer Pachtgüter durch Vorschüsse bis zur Höhe von drei Vierteln des Kaufpreises zu erleichtern, sowie um mittellosen Bauern die Anwanderung zu ermöglichen.

Die Zugeständnisse, welche die Bill den Iren machte, waren, wie man sieht, sehr groß; trotzdem wurde dieselbe nicht nur von der konservativen Partei, welche in jeder staatlichen Einmischung in die Beziehungen zwischen Landeigentümern und Pächtern einen Eingriff in das unbedingte Eigentumsrecht sah, sondern auch von der Mehrzahl der irischen Abgeordneten, welche von der Annahme dieses Gesetzes eine Abschwächung der Agitation in Irland und damit ihres eigenen politischen Einflusses fürchteten, aufs hartnäckigste bekämpft und erst am 29. Juli im Unterhaus sowie am 16. August nach heftigem Widerstand Lord Salisburys im Oberhaus angenommen. ...

Die auswärtigen Angelegenheiten waren im Parlament gleichfalls sehr in den Hintergrund getreten, obwohl die Lage der Dinge keineswegs überall eine für England günstige war. ...

In Asien entschloß dasselbe sich, die Errungenschaften des afghanischen Krieges im wesentlichen aufzugeben, und räumte im April Kandahar vollständig von britischen Truppen. Die Folge war, daß nun der mit englischer Hilfe eingesetzte Emir Abd ur Rahman von Kabul sich seinem Gegner durchaus nicht gewachsen zeigte.

Im Juli rückte Ejub Chan von Herat aus in Afghanistan ein; am 27. Juli errang er einen vollständigen Sieg über den Emir, dessen Truppen zum Teil zu ihm übergingen; am 30. zog er als Sieger in Kandahar ein. Obwohl somit der erbitterte Gegner Englands hier wieder zur Herrschaft gelangte, blieb doch die indische Regierung diesen Vorgängen gegenüber zunächst völlig neutral. In Südafrika erreichte der Widerstand, welchen die Buren des Transvaal-Landes den zu ihrer Unterwerfung abgesandten englischen Kolonnen entgegensetzten, eine unerwartete Ausdehnung, und die britische Regierung mußte sich nach zwei Niederlagen, welche ihre Truppen unter Sir George Collier am 28. Januar bei Laings Neck und am 27. Februar bei Majubahill erlitten hatten, und in deren zweiter der General selbst gefallen war, am 23. März zu einem von dem Präsidenten der Oranje-Republik, Brand, vermittelten Friedensschluß verstehen. ...

Sie gestand die Wiederherstellung der Transvaal-Republik zu, versprach den Buren vollständige Selbstregierung und behielt sich nur die nominelle Anerkennung der englischen Souveränität, die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten der Republik, die Aufnahme eines britischen Residenten in der Hauptstadt und einen gewissen Einfluß auf die Regelung der Beziehungen zwischen der Republik und den afrikanischen Eingeborenen vor.

Von den außerordentlichen Vollmachten, welche die Regierung durch die irischen Zwangs Gesetze erhalten hatte, begann sie erst in den letzten Monaten des Jahres energischeren Gebrauch zu machen. Auf der Nationalkonvention der irischen Landliga am 16. September 1881 wurden Beschlüsse gefaßt, welche die vom Parlament angenommene Landakte für durchaus ungenügend erklärten, da die Prinzipien der Liga nicht eine Ermäßigung oder Fixierung, sondern die gänzliche Abschaffung der Pachtzinsen erheischten.

Da somit eine Versöhnung mit der Liga unmöglich erschien, entschloß sich die Regierung, die Organisation derselben zu sprengen.

Am 14. Oktober und in den nächsten Tagen wurden die Führer derselben, darunter auch Parnell, auf Grund der Zwangsakte als "Verdächtige" verhaftet und ins Gefängnis gebracht; andere Leiter der Bewegung entgingen dem gleichen Schicksal nur durch eilige Flucht.

Die Liga selbst wurde am 21. Oktober durch Proklamation des Vizekönigs für ungesetzlich erklärt und ihre Versammlungen verboten. Andere Verhaftungen folgten, bald füllten sich die Gefängnisse mit Beamten und Mitgliedern der Liga. Trotzdem gelang die Aufrechthaltung der

Ordnung in Irland nicht. An die Stelle der zerstörten Organisation der Landliga traten geheime, nur um so gesetzlosere Verbindungen.

Der Widerstand gegen die Grundherren, die Terrorisierung der Pächter, die zu einem Ausgleich geneigt gewesen wären, dauerte fort: das von den verhafteten Führern der Liga ausgegebene No rent-Manifest, d.h. die Parole, bis zur Aufhebung der Zwangsmaßregeln überhaupt keinen Pachtzins mehr zu zahlen, fand entweder freiwilligen Gehorsam, oder die Schreckens-taten der "Mondscheinbande", die in ihren nächtlichen Expeditionen unfassbar erschien, verschafften ihm solchen.

Selten gelang die Verhaftung eines der Missetäter, fast nie seine Verurteilung, da keine irische Jury zu finden war, die ihn schuldig zu sprechen den Mut gehabt hätte. Und während so die Regierung den Zweck ihrer in der vorigen Session getroffenen Maßregeln, durch die Zwangs-akte die Verbrecher zu schrecken, durch die Landakte die gemäßigten Elemente zu versöhnen, verfehlte, wurde gleichzeitig die Opposition der Grundbesitzer gegen die letztere immer heftiger. Die Landgerichtshöfe hatten inzwischen ihre Tätigkeit begonnen; fast in allen Fällen hatten ihre Entscheidungen eine Herabsetzung der Pachtzinsen verfügt und dadurch die Interessen der Grundbesitzer geschädigt ...<<

USA: Alle Apachen-Stämme, die als Nomaden, Jäger und Sammler in New Mexico und Arizona leben, werden im Jahre 1880 endgültig niedergekämpft. Die Apachen, die vielerorts länger als 40 Jahre ausdauernd und mutig um ihre Heimat und Unabhängigkeit kämpfen, müssen sich schließlich der übermächtigen US-Armee beugen.

1882

Großbritannien: Die englische Zeitung "Morning Advertiser" berichtet im Jahre 1882 (x239/159, x237/187): >>Deutschland nimmt jetzt eine gebietende Stelle in Europa ein, welche Frankreich zu erlangen stets bemüht war und auch eine kurze Zeit innehatte.

Mit jedem Jahr ist unter Bismarcks wachsender Führung die Stellung Deutschlands fester und sicherer geworden, und sein definitives Übergewicht darf jetzt als gesichert betrachtet werden. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ... legt ... gegenwärtig in die Hände des Fürsten Bismarck eine Macht, die so groß ist, daß keine denkbare Kombination anderer europäischer Staaten dieselbe erschüttern kann.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Einfluß des Fürsten Bismarck und das Ansehen Deutschlands gegenwärtig die großen Faktoren in der Bestimmung der Politik Europas sind und daß dieser Einfluß und dieses Ansehen für die Aufrechterhaltung des Friedens ausgeübt worden sind und ferner ausgeübt werden. ...<<

>>... Es ist merkwürdig, ... wie, wenn immer irgendeine Schwierigkeit in Europa entsteht, die Augen aller Leute auf Bismarck gerichtet sind.

Wie denkt er über die Sache? Was wird er tun? Für wen wird er Partei ergreifen?

Das sind die allgemeinen Fragen. Und in sehr kurzer Zeit folgen diesen Fragen des Publikums Fragen ähnlicher Art seitens der auswärtigen Minister Europas, welche ihre Vertreter in Berlin anweisen, wenn möglich, Fürst Bismarcks Ansichten über die Sache zu ermitteln.

Berlin ist somit der Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs geworden. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1882-1886 (x807/835-838): >>(Großbritannien) ... In der am 7. Februar 1882 eröffneten Session des Parlaments wollte Gladstone vor allem eine Reform der Geschäftsordnung des Unterhauses durchsetzen, welche dem Unwesen des Obstruktionismus, durch das die irischen Abgeordneten ein fast vollständiges Stocken der englischen Gesetzgebung herbeigeführt hatten, ein Ende machen sollte. Zu diesem Zweck beabsichtigte er, den bisher in England unbekanntem Schluß der Debatte einzuführen, kam aber während der ganzen Sommersession nicht dazu, die Annahme der von ihm beantragten Resolutionen durchzusetzen. ...

Die Zustände Irlands nahmen die Aufmerksamkeit des Parlaments auch noch nach anderer

Richtung hin in Anspruch. Die Zwangsgesetze des vorigen Jahres, mit denen die radikalen Mitglieder der Regierung ohnehin niemals vollkommen einverstanden gewesen waren, erwiesen sich immer mehr als erfolglos, immer neue Verbrechen kamen vor und blieben unentdeckt, von Amerika flossen den Agitatoren reiche Mittel zu; Schreckenstaten, wie der Brand in den Albert Docks in England und die Dynamitexplosion zu Athlone in der Grafschaft Roscommon, zeigten, daß auch die Fenier sich wieder regten; offen kündeten ihre Führer, wie O'Donovan Rossa, der Regierung und allen Engländern den Vernichtungskrieg an.

Unter diesen Umständen wurden mit den verhafteten Führern der Iren von dem radikalen Handelsminister Chamberlain Unterhandlungen über eine Verständigung angeknüpft, von denen auch Gladstone wußte.

Die Führer der Iren stellten eine Zurückziehung des No rent-Manifestes und die Geltendmachung ihres Einflusses zur Herstellung der Gesetzlichkeit in Irland in Aussicht, wenn die Regierung die Entlassung der Gefangenen verfüge und neue agrarische Reformmaßnahmen ergreife. Daraufhin wurden im Lauf des Mai fast alle Verhafteten in Freiheit gesetzt; nur diejenigen, welche eines agrarischen Verbrechens verdächtig waren, blieben in Haft. ...

Die revolutionären Elemente der irischen Agitationspartei wollten von keinem Ausgleich mit der Regierung etwas wissen und suchten deshalb die Versöhnung der Führer der Homerulers mit Gladstone zu hintertreiben. Aus ihren Kreisen muß die Schreckenstat vom 7. Mai, die Ermordung des neuen Obersekretärs Lord Cavendish und seines Unterstaatssekretärs Burke in Dublin, hervorgegangen sein. Die Urheber des Attentates erreichten ihren Zweck. Vergebens sprachen Parnell und andere Führer der Landliga ihren Abscheu vor der Mordtat aus; die öffentliche Meinung erheischte gebieterisch die strengsten Maßregeln gegen die unheimlichen Verschwörer, welche Irland unsicher machten.

Am 11. Mai brachte der Minister des Inneren ... eine neue irische Zwangsbill im Unterhaus ein, welche der Polizei erhöhte Vollmachten für Verhaftungen und Haussuchungen gewährte, ein summarisches Verfahren zur Auflösung geheimer Verbindungen und Versammlungen sowie zur Unterdrückung verbotener Zeitschriften einführte, Ausnahmegerichte, die für gewisse Distrikte des Landes ohne Zuziehung von Geschworenen ein Urteil fällen konnten, einsetzte und in gewissen Bezirken des Landes die gesamte Bevölkerung für den Ersatz böswilliger Beschädigungen, deren Urheber nicht entdeckt werden konnten, haftbar machte.

Dieses Gesetz, das nach sehr in die Länge gezogenen Debatten im Juli angenommen wurde, vereitelte alle Verständigungsversuche mit den Anhängern Parnells. Nichtsdestoweniger hielt die Regierung ihr Versprechen und legte am 15. Mai eine Bill vor, welche die allmähliche Tilgung der Pachtrückstände, die den Hauptgegenstand des Haders zwischen Grundbesitzern und Pächtern in Irland bildeten, mit Hilfe von Beiträgen des Staates, und indem sie auch den Grundherren gewisse Opfer auferlegte, herbeiführen sollte. Diese Bill ging im Unterhaus am 22. Juli, bei den Lords, wo sie von Salisbury heftig bekämpft wurde, erst am 8. August durch.

...

In Ägypten war es schon 1881 zu einer Erhebung der Militärpartei unter Arabi Pascha gekommen, die am Anfang des Jahres 1882 den schwachen Khedive vollständig beherrschte und eine nationale, gegen die Einmischung der Fremden in Ägypten sich richtende Tendenz annahm.

So kam es am 11. Juni in Alexandria zu einem von den Behörden erst spät unterdrückten Aufstand, bei dem gegen 100 Europäer ermordet und der britische Konsul verwundet wurde.

Eine in Konstantinopel zusammengetretene Konferenz der Botschafter der Großmächte beschloß darauf am 7. Juli, die Pforte zu einer bewaffneten Intervention in Ägypten unter bestimmten Bedingungen einzuladen. Ehe aber der Sultan sich über diesen Beschluß erklärte, war England wegen der Befestigungsarbeiten, die Arabi in Alexandria vornehmen ließ, auf eigene Faust eingeschritten.

Am 11. Juli eröffnete Sir Beauchamp Seymour, der Admiral des englischen Geschwaders, das Bombardement auf die Forts von Alexandria, das von Arabi am 13. Juli geräumt und nach seinem Abzug von dem Pöbel in Brand gesteckt und geplündert wurde. Darauf landeten die Engländer, besetzten Alexandria und begannen gegen den sich zurückziehenden Arabi einen förmlichen Feldzug, für den das Parlament am 28. Juli einen Kredit bewilligte.

Unter Führung von Sir Garnet Wolseley und unter Mitwirkung indischer Truppen unter General Macpherson wurden am 13. September die Erdwerke Arabis bei Tel el Kebir erstürmt und sein Heer gänzlich zerstreut; der Pascha floh nach Kairo und wurde am 15. September gefangen genommen. Im Oktober kehrte die Hauptmasse der englischen Armee unter Wolseley in die Heimat zurück; nur ein Korps von 12.000 Mann blieb in Ägypten.

Es konnte nicht fehlen, daß der glänzende Erfolg einer so energischen auswärtigen Politik Gladstones, wie man sie ihm kaum zugetraut hätte, auch die Stellung der Regierung im Innern stärkte. ...

Die von Gladstone beantragten Resolutionen, welche den Debattenschluß einführten, strenge Maßregeln gegen die Obstruktionisten trafen und die Einsetzung ständiger Kommissionen des Hauses nach festländischem Muster ermöglichten, wurden trotz des Widerstandes der Konservativen und der Iren mit einigen Abänderungen angenommen, und am 2. Dezember konnte nach diesem großen Erfolg der Regierung die außerordentliche Session des Parlaments geschlossen werden. ...

Die irische Frage gestaltete sich im Jahre 1883 nicht günstiger. Dynamitattentate in London, Liverpool, Glasgow und anderen Orten zeigten der englischen Gesellschaft immer aufs neue die entsetzlichen Gefahren, die ihr von einer Bande gewissenloser, zu allem entschlossener Verschwörer bereitet wurden, und gegen die auch das am 10. April beschlossene strenge Gesetz über die Fabrikation und den Gebrauch von Sprengstoffen keine ausreichende Sicherheit gewährte.

Die Ermordung des Kronzeugen Carey, der in einem Prozeß gegen irische Verschwörer zu Gunsten der Regierung ausgesagt hatte, auf einem britischen Dampfer angesichts der Küste Afrikas (30. Juli), wohin man ihn hatte in Sicherheit bringen wollen, zeigte in erschreckender Weise, wie zuverlässig die Organisation dieser Verschwörer war und die fortdauernden, durch keine Strenge zu unterdrückenden Verbrechen in Irland wiesen die öffentliche Meinung wieder und wieder auf diese blutende Wunde im britischen Staatskörper hin.

Vor allem aber offenbarte sich die Schwäche der Regierung in ihrer auswärtigen Politik. Nach den energischen Anläufen des Vorjahres hatte Gladstone zwar begonnen, sich in Ägypten häuslich einzurichten, die französische Mitwirkung an der Finanzkontrolle beseitigt (Januar 1883), durch Lord Dufferin eine konstitutionelle Verfassung ausarbeiten lassen, englische Beamte und Offiziere dem Khedive zur Seite gestellt.

Aber an Klarheit und Energie ermangelte es der britischen Regierung hier durchaus. Indem sie weder von einer definitiven Einverleibung Ägyptens oder der Errichtung einer britischen Schutzherrschaft daselbst noch von der Zurückziehung ihrer Armee aus dem Nilland etwas wissen wollte, machte sie es keiner Partei im Land recht und fand bei keiner europäischen Regierung Unterstützung für ihr Verhalten.

Vor allem aber erwuchs ihr aus dem Sudan eine Gefahr, der sie sich nicht gewachsen zeigte. In dieser 1870 in Ägypten einverleibten Provinz Zentralafrikas war schon im Jahre 1882 eine zugleich religiöse und nationale Bewegung ausgebrochen, an deren Spitze sich der Mahdi (Prophet) Mohammed Achmed stellte.

Dieser Aufstand machte die größten Fortschritte; die ihm entgegengesandte, von englischen Offizieren begleitete und von dem Engländer Hicks Pascha befehligte Armee erlitt am 3. November 1883 eine vernichtende Niederlage, die den Verlust des ganzen Landes südlich vom ersten Katarakt (Wasserfall) des Nils herbeiführte.

Dem gegenüber beschloß die britische Regierung die Räumung des Sudan und die Preisgebung dieses ganzen weiten Gebietes an den religiösen Fanatismus des Mahdi. Als dieser Entschluß in Großbritannien die lebhafteste Entrüstung in weiten Kreisen des Volkes hervorrief, verstand sich Gladstone zwar dazu, im Januar 1884 den General Gordon nach Ägypten zu entsenden, welchen der Khedive zum Generalgouverneur des Sudan ernannte, unterstützte denselben aber mit Geld und Truppen nur in ganz unzulänglicher Weise.

So kam es, daß die Dinge sich hier immer ungünstiger entwickelten. Zwar wurde Suakin von den Engländern behauptet; aber ein ägyptisches Korps unter Baker Pascha wurde im Februar von den Arabern fast ganz vernichtet, und im April 1884 war Khartum, wo Gordon sich festgesetzt hatte, von den Truppen des Mahdi auf allen Seiten umschlossen.

Nun wurde zwar im Sommer Lord Wolseley abermals nach Ägypten geschickt; aber trotz der immer dringenden Hilferufe Gordons nahmen die ins Werk gesetzten überaus umständlichen Unternehmungen zu seinem Entsatz nur einen sehr langsamen Fortgang, und als endlich die englischen Truppen Ende Januar 1885 bis in die Nähe Khartums vorgedrungen waren, war es zu spät: die Stadt war von den Scharen des Mahdi am 26. Januar unter entsetzlichem Gemetzel eingenommen, Gordon durch Verrat ermordet.

Nun erhob sich zwar in England ein Schrei der Entrüstung, und Wolseley bereitete einen Rachezug nach Khartum vor, den zu ermöglichen sogar ein kostspieliger Eisenbahnbau von Suakin nach Berber begonnen wurde; aber inzwischen traten andere auswärtige Verwickelungen ein, welche sich der Verwirklichung dieser Absichten entgegenstellten.

Im Mai 1885 wurde der Angriff gegen den Mahdi, für dessen Vorbereitung Millionen ausgegeben waren, aufgegeben, und im Juli war die definitive Räumung des Sudan durchgeführt.

Inzwischen war Großbritannien anderen Konflikten mit Deutschland und Rußland kaum entgangen. Den deutschen Kolonialbestrebungen, wie sie in den Jahren 1884 und 1885 in Afrika und Australien hervortraten, hatte die Eifersucht Gladstones und Granvilles Schwierigkeiten mancherlei Art zu bereiten versucht und dadurch eine sehr gereizte Stimmung der deutschen Regierung hervorgerufen, die in den vom Fürsten Bismarck veröffentlichten Weißbüchern und in den Reichstagsreden desselben deutlich zu Tage trat.

Schließlich aber hatte dann England doch auf der ganzen Linie zurückweichen und schon 1884 die deutschen Erwerbungen an der afrikanischen West- und Ostküste anerkennen sowie im nächsten Jahr sich zum Abschluß einer Konvention verstehen müssen, durch welche die Osthälfte Neuguineas zwischen Deutschland und Großbritannien geteilt wurde.

Mit Rußland war man wegen der Frage der Regulierung der Grenzen zwischen Afghanistan und den letzten russischen Erwerbungen in Zentralasien zu Anfang des Jahres 1885 in die ernstesten Differenzen geraten, die einen Krieg zwischen beiden Mächten befürchten ließen. Schon hatte Großbritannien die Armeereserve einberufen (27. März) und einen Kredit von 11 Millionen Pfund Sterling beim Unterhaus beantragt, da kam es im Mai durch die Nachgiebigkeit Gladstones zu einem Abkommen, dessen definitiver Abschluß sich freilich noch monatelang hinzog.

Die diplomatische Isolierung Englands wirkte auf die Ordnung der Verhältnisse in Ägypten sehr ungünstig ein. Hier waren insbesondere die Finanzen durch die Kosten der englischen Okkupation und der Bekämpfung des Aufstandes vollkommen zerrüttete. Ein Versuch, durch eine Reduktion der Zinsen der ägyptischen Schuld Abhilfe zu schaffen, schlug fehl; Großbritannien bedurfte dazu der Zustimmung der Großmächte, aber eine Londoner Konferenz, welche dieselbe erteilen sollte, verlief ergebnislos und mußte am 2. August 1884 geschlossen werden.

Erst im März 1885 kam es zu einem Abkommen, in dem die Großmächte eine neue ägyptische Anleihe von 9 Millionen Pfund Sterling garantierten; aber auch dieses Ergebnis wurde nur durch die Nachgiebigkeit Gladstones erreicht, indem durch die Errichtung einer interna-

tionalen Schuldentilgungskasse die Finanzkontrolle der Großmächte in Ägypten, wenn auch nicht dem Namen, so doch der Sache nach wiederhergestellt wurde.

... Die liberale Regierung ... erlitt am 9. Juni 1885 bei der Beratung über das Einnahmehbudget eine Niederlage und reichte ihre Entlassung ein. Nach einer 14tägigen Ministerkrise bildete Lord Salisbury eine neue konservative Regierung ...

Diese neue Regierung gab der auswärtigen Politik eine andere Richtung. Sie näherte sich Deutschland, glich die Streitigkeiten mit Rußland durch den Abschluß einer Konvention vom 10. September 1885 aus und ging insbesondere energisch in Hinterindien vor, wo Frankreich durch die Erwerbung Tongkings seinen Einfluß beträchtlich erweitert hatte.

Infolge gewisser Rechtsverletzungen, welche sich der König Thibau von Birma gegen englische Gesellschaften in Indien erlaubt hatte, wurde ein Feldzug gegen denselben begonnen, der anfangs ebenso schnell wie glücklich verlief.

Am 18. November trat General Prendergast denselben an; am 28. November wurde Mandalai, die Hauptstadt Birmas, besetzt und der König gefangen genommen; am 1. Januar 1886 verkündete der Vizekönig von Indien die Einverleibung Birmas in das indobritische Reich. Freilich ergab sich dann, daß mit dem Sturz Thibaus Birma noch nicht völlig erobert war. Vielmehr mußten die Engländer noch lange mit dem Widerstand der Eingeborenen kämpfen. ...

In Irland war die Bildung der konservativen Regierung (im Juli 1886) das Signal zu neuen Unruhen gewesen. Den ganzen August und September hindurch währten in Belfast blutige Kämpfe zwischen den Katholiken und den protestantischen Orangisten, die nur durch das Aufgebot bedeutender polizeilicher und militärischer Machtmittel von der Regierung beschwichtigt werden konnten. In allen Teilen des Landes erneuerten sich die agrarischen Verbrechen, und die Führer der Nationalliga, Dillon und O'Brien, durchzogen im Spätherbst das Land, um in aufrührerischen Reden die Regierung zu bekämpfen.

Der "neue Feldzugsplan", den sie verkündeten, bestand darin, daß Vertrauensmänner der Landliga nach eigenem Ermessen die Reduktion der Pachtzinsen vornehmen sollten; verweigerten die Grundbesitzer ihre Zustimmung, so sollten die Pächter den Grundbesitzern überhaupt nichts zahlen, den ermäßigten Zins aber an jene Vertrauensmänner entrichten.

Indessen die Regierung ließ es dem gegenüber an Energie nicht fehlen ... Während sie einerseits durch zweckmäßige Polizeimaßregeln den agrarischen Verbrechen vorzubeugen suchte, schritt sie andererseits gegen Dillon und O'Brien auf Grund eines aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gesetzes wegen Verschwörung ein und erwirkte ihre Verurteilung durch den obersten Gerichtshof in Dublin. ...<<

USA: Ab 1882 verbietet die US-Regierung die Einwanderung von Chinesen. Später setzen die US-Einwanderungsbehörden Höchstzahlen für jedes Herkunftsland fest.

1883

Europa, Amerika: In den Jahren 1804-1883 wird der Sklavenhandel verboten und abgeschafft: Dänemark = 1804, England = 1807, Nordamerika = 1807/08 (danach herrscht bis 1865 ein reger Schmuggelhandel), Schweden = 1813, Frankreich und Spanien = 1817, Niederlande = 1818, Portugal = 1826, britische Kolonien = 1833-38, französische Kolonien = 1848, Brasilien = 1851, niederländische Kolonien = 1861-63, portugiesische Kolonien = 1878 und spanische Kolonien = 1883.

Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppen in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104).

Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkommen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).

Der britische Historiker Roger Anstey berichtet später über das Ausmaß des atlantischen Sklavenhandels (x190/6): >>Bis vor kurzem gab es über den Umfang dieser Aktivitäten allenfalls Schätzungen. Doch eine Studie von Professor Philip D. Curtins läßt unter Berücksichti-

gung der Ansicht anderer Historiker den Schluß zu, daß innerhalb von 350 Jahren zwischen 8 und 11,5 Millionen Sklaven nach Amerika verschleppt wurden.

Zudem muß man berücksichtigen, daß zwischen 10 und 20 % der Schwarzen die Überfahrt nicht überlebten oder während der Eingewöhnungsphase starben, also im ersten Jahr nach ihrer Ankunft. Nicht bekannt ist dagegen, die Anzahl von Opfern der innerafrikanischen Kriege, eine der primären Quellen für den Nachschub im Sklavenhandel.

Die Spuren des Sklavenhandels schlugen sich sowohl in Afrika als auch in Amerika nieder (und in geringerem Maße auch in Europa). In Afrika hatte es Sklaverei und Sklavenhandel schon vor dem Eintreffen der Europäer gegeben, aber das Ausmaß und die Verschleppung über den Atlantik waren neue Phänomene. Das persönliche Leid, das dadurch verursacht wurde, läßt sich nicht bemessen ...<<

USA: Meyers Konversationslexikon berichtet über die Lebensverhältnisse der nordamerikanischen Ureinwohner im Jahre 1883 (x808/916-917): >>(Indianer) ... Von der früheren Eigentümlichkeit ist inzwischen durch unausgesetzte Berührung mit den Weißen viel verloren gegangen; gegenwärtig befinden sich die Indianer mit Ausnahme weniger Tausende im fernen Westen in einem Übergangsstadium.

An ihrer Zivilisierung und Bekehrung haben spanische Missionäre in Florida, französische Jesuiten in Kanada, englische Puritaner in Neuengland und deutsche Herrnhuter in Pennsylvania seit langer Zeit gearbeitet, und gegenwärtig bestehen in den Vereinigten Staaten 75, in Kanada 53 protestantische Missionsstationen, welche zusammen aber nur 16.338 Christen um sich versammeln konnten.

Im übrigen ist die Behandlung, welche die Indianer seitens der Weißen erfahren haben, eine schmachvolle gewesen. In den Kriegen zwischen den beiden Rassen mußten die Indianer natürlich unterliegen, und so wurden sie schließlich auf abgegrenzte, ihnen gewährleistete Gebiete (die sogenannten Reservationen) beschränkt; aber oft genug sind sie aus den garantierten Besitzungen mit Gewalt wieder vertrieben worden.

Die im Interesse der Indianer vom Kongreß gegebenen Gesetze kamen selten zur Geltung, und 1825 wurde unter dem Präsidenten Monroe der Beschluß gefaßt, die im Osten des Mississippi wohnenden Indianer nach dem Westen zu verpflanzen. Doch fügten sich die Seminolen in Florida nicht ohne harten Kampf; ja, die Tscherokesen (Cherokee) in Georgia, welche dort blühende Dörfer gegründet und Handwerke betrieben, wichen erst 1838 nach langer Mißhandlung, und nachdem Truppen gegen sie aufgeboten worden waren.

Es ist daher natürlich, daß die Zahl der Indianer seit ihrer Berührung mit den Europäern bedeutend abgenommen hat; manche Stämme sind ganz ausgestorben, andere sehr zusammengesmolzen. Doch erscheinen die vielfach verbreiteten Berichte über das Aussterben der Indianer sehr übertrieben. ... Daß ein ansehnlicher Teil durch Vermischungen an die Weißen verloren ging, ist sicher. ... Nach den neuesten Ermittlungen beläuft sich ihre Zahl gegenwärtig auf ca. 475.000 Seelen, denn man zählte in den Vereinigten Staaten ohne Alaska (1883) 331.972, Alaska (1880) 11.774 und Kanada (1883) 131.137.

Von den 331.972 Indianern der Union lebten in den Agenturen 246.177, nicht unter Agenten standen 19.388, und von zivilisierten Indianern wurden 1880 gezählt: 66.407. Zu den 60 "Agenturen" gehören 57 Millionen Hektar Land, die für die ausschließliche Benutzung der Indianer reserviert sind, von denen aber nur 7 Millionen Hektar kulturfähig und 84.109 Hektar wirklich kultiviert sind. Das Land liegt in kleineren Parzellen östlich vom Mississippi in New York, Nordcarolina, Michigan und Wisconsin, in großen zusammenhängenden Komplexen in fast allen Staaten des Westens.

Überall ist die stetige Zunahme des bebauten Areals, der Ernteerträge und des Viehstandes bemerkenswert, der Zivilisationsprozeß würde aber noch vollständiger und schneller sein, wenn sich nicht unter die besseren Elemente der weißen Bevölkerung sehr viel schlechte, für

die Indianer verderbliche mischten, so daß einige Stämme dem zwar durch strenge Gesetze verbotenen, aber dennoch eingeschmuggelten Branntwein und den ebenfalls importierten schmähhlichen Krankheiten sicher erliegen müssen.

In neuester Zeit haben die Indianer der Vereinigten Staaten in Carl Schurz einen kräftigen Anwalt gefunden. ...<<

>>... Indianergebiet (Indian Territory), Staatsgebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im Westen des Mississippi, ... wird von Arkansas, Kansas und Texas begrenzt und hat ein Areal von 169.540 qkm.

Hauptfluß ist der Arkansas, der innerhalb des Gebietes den Canadian River aufnimmt, während der Red River es von Texas trennt. Der größte Teil des Gebietes besteht aus welligen Ebenen. Im südlichen Teil erheben sich mehrere Hügelzüge, ... im Nordwesten erstrecken sich ausgedehnte unfruchtbare Prärien, auf denen früher große Büffelherden weideten.

Das Klima ist dem Ackerbau wenig günstig, und infolge von Dürren sind Mißernten häufig. Künstliche Bewässerung ist nur in beschränktem Maßstab möglich. Doch eignet sich das Gebiet recht wohl für die Viehzucht. Steinkohle und andere Schätze des Mineralreiches kommen vor.

Das Gebiet wurde 1837 den Indianern als "beständiger" Wohnsitz überlassen, und die Regierung hat sich verpflichtet, sie in ihrem Besitz nicht zu stören und weiße Ansiedler, die mit lüsternen Augen nach diesen fruchtbaren Ländereien sehen, fern zu halten. Diese Rechte der Indianer wurden 1866, am Schluß des Bürgerkrieges, währenddessen die Indianer teilweise auf seiten der Konföderierten standen, bestätigt.

Das ganze Gebiet gehörte früher den Osagen, die aber sehr zusammengeschmolzen sind. Bewohnt wird das Gebiet (1880) von 76.895 Indianern, von denen 59.187 zu den fünf zivilisierten Stämmen gehören, deren jeder ein fest umgrenztes Gebiet einnimmt. Diese fünf Stämme sind die Tscherokesen im Nordosten, die Krik und Seminolen in der Mitte und die Tschachta und Tschickasa längs der Südgrenze. Außerdem bewohnen aber das Gebiet noch die Reste zahlreicher anderer Stämme, als: Cheyenne, Arapahoe, Kiowa, Komantschen, Wichita, Osagen, Kaw, Pani, Ponce und andere.

Die fünf zivilisierten Stämme haben ganz bedeutende Fortschritte in der Kultur gemacht. Sie bauen Mais, Weizen, Hafer, Gemüse und auch Baumwolle auf 136.840 Hektar an und widmen sich mit Erfolg der Viehzucht (1881: 64.000 Pferde, 6.150 Maultiere, 370.000 Rinder, 455.000 Schweine, 33.400 Schafe).

Ihre Schulen waren 1883 von 7.862 Kindern besucht. Jeder der Stämme bildet einen eigenen Staat mit einer Verfassung, welche jener der amerikanischen Bundesstaaten nachgeahmt ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten begnügt sich mit Besetzung des Forts Gibson und der Bestallung von neun Indian Agents, durch welche den Indianern ihre Renten (in Waren) ausbezahlt werden. Weißen ist der Zutritt ins Territorium gesetzlich untersagt, doch drängen sich gerade die schlechteren Elemente unter denselben ins Land herein. Eine Eisenbahn (402 km lang) durchschneidet das Gebiet zwischen Kansas und Texas, und von einer Pazifikbahn sind bereits 164 km gebaut. ...<<

1885

Birma: Großbritannien führt im Jahre 1885 den dritten Krieg gegen Birma und erobert das Land. Der König von Birma wird anschließend nach Indien deportiert.

1886

USA: Geronimo (1829-1909, Häuptling der Chiricahua-Apachen, führt von 1882-86 in Süd-arizona die letzten erbitterten Kämpfe gegen die übermächtigen US-Truppen unter General George Crook) gerät 1886 in Gefangenschaft.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Apachen-Häuptling Geronimo (x068/69): >>Der letzte Indianerkrieg endet mit der

Gefangennahme des Apachen-Häuptlings Geronimo im September 1886: er hatte vier Jahre die Amerikaner bekämpft, in Arizona, Neu-Mexiko und Mexiko. Im nächsten Monat weiht US-Präsident Cleveland in der Upper Bay, südwestlich vor der Spitze Manhattans, die "Freiheitsstatue" ein. Bernard Shaw höhnt, er sei für seine Ironie bekannt. Doch im Hafen von New York eine Freiheitsstatue zu errichten, darauf wäre selbst er nicht gekommen. ...<<

1887

Großbritannien: Ab 1887 zwingt Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen.

Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht kann die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsaufgaben fördern sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").

Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836-1914) erklärt 1887 im Parlament (x233/117): >>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...

Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...

Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<

Afrika: Der britische Afrikareisende Henry Morton Stanley berichtet über seine Expedition in den südlichen Sudan im Jahre 1887 (x239/178): >>Am 12. Dezember verließen wir bei Morgenrauen unser Lager, unbehindert und ohne eine menschliche Stimme zu hören.

Bis 9 Uhr schien niemand im ganzen Tal alarmiert zu sein. Unser Weg führte durch Schluchten und enge Täler. ... Inmitten einer üppigen Vegetation erblickten wir Dörfer. Wir ließen sie unbehelligt in der Hoffnung, die wilde Bevölkerung möge dies als Zeichen verstehen, daß wir eine friedliche Gruppe von Männern waren.

Aber kurz nach 9 Uhr ... hörten wir die ersten Kriegsschreie. ... Gegen 11 Uhr verfolgten uns hartnäckig zwei getrennte Gruppen von Eingeborenen. Gegen Mittag war aus diesen beiden Gruppen eine große erregte Menge geworden.

Wir hörten Zurufe: "Wir werden Euch noch vor Anbruch der Nacht beweisen, daß wir Männer sind. Ihr werdet alle heute sterben".

Die Menge folgte uns, machte immer wieder Scheinangriffe und belästigte uns mit Geschrei und Drohungen. ...

Schließlich, gegen 15.30 Uhr, erblickten wir die Dörfer des Bavira-Stammes, auf einer offenen Ebene gelegen und zu beiden Seiten eines tiefen und steilen Flußbettes. ...

Wir legten unsere Lasten ab ... und starteten dann einen entschlossenen Scheinabgriff. Dieser schlug die Eingeborenen in die Flucht. Um sie dafür zu bestrafen, daß sie uns über 4 Stunden verfolgt hatten, setzten wir alle Hütten ... in Brand. ...

Wir machten dabei die Beobachtung, daß sich die Erregung der Eingeborenen immer mehr zu steigern schien bis zu dem Augenblick, an dem wir ihre Dörfer anzündeten. Doch als das Feuer ihre Heime vernichtete, legte sich die Erregung. Wir zogen daraus den Schluß, daß Feuer einen bemerkenswert beruhigenden Einfluß auf die Nerven der Eingeborenen hat. ...<<

USA: Im Jahre 1887 werden die letzten "dauernden Wohnsitze" der nordamerikanischen Ureinwohner (in den heutigen Staaten Oklahoma, Kansas, Nebraska und Dakota) durch ein neues Gesetz ("Dawn- oder Allotment-Act") aufgelöst und der Landeshoheit der einzelnen US-Bundesstaaten unterstellt.

1888

Großbritannien: Die britische Königin Viktoria berichtet über ein Gespräch mit dem deutschen Reichskanzler Bismarck in Berlin (x233/115): >>Charlottenburg, 25. April 1888.

Ich hatte eine sehr interessante Unterhaltung mit ihm und war angenehm überrascht, ihn so liebenswürdig und freundlich zu finden. ...

Er sprach viel über das deutsche Heer und von der ungeheuren Zahl von Männern, die im Notfall unter Waffen gestellt werden könnten, ihrer Eignung zur Landesverteidigung usw.; von seinem großen Ziel den Krieg zu verhüten, was, wie ich bemerkte, auch unseres sei; von Rußlands Unzuverlässigkeit.

Falls Österreich angegriffen werde, müßte Deutschland es vertragsgemäß verteidigen; dann würde die Gefahr entstehen, daß Frankreich sich mit Rußland verbünde. In diesem Falle sagte er, könne England mit seiner großen Flotte von großem Nutzen sein. ...

Ich sagte, Frankreich wünsche keinen Krieg, was er zugab, doch wäre die Regierung so schwach und machtlos, daß sie zu irgend etwas gezwungen werden könnte.

Er glaube, Österreich zeige zu viel Furcht vor Rußland, was für mich seltsam klang, da der (österreichische) Kaiser zu mir dieselbe Bemerkung über Fürst Bismarck gemacht hatte. ...

Ich sprach über Wilhelms Unerfahrenheit und daß er überhaupt nicht genug gereist sei. Fürst Bismarck erwiderte, daß Wilhelm zwar von nicht militärischen Dingen gar nichts wisse, daß er aber sagen könne, "wenn er ins Wasser geworfen würde, würde er auch schwimmen können", denn er sei wirklich klug.<<

1889

USA: Der US-Stahlindustrielle Andrew Carnegie (1835-1919) erläutert im Jahre 1889 die Vorteile von monopolartigen Großunternehmen (x149/54): >>Das Gesetz des Wettbewerbs ... mag zwar für den einzelnen gelegentlich hart sein, für die Menschheit ist es jedoch zum Besten, weil es auf jedem Gebiet das Überleben der Tüchtigsten sicherstellt.

Daher akzeptieren und begrüßen wir große Ungleichheit der Lebensbedingungen, die Konzentration von Industrie und Handel in den Händen von wenigen und das Gesetz des freien Wettbewerbs zwischen ihnen, ... da sie für den künftigen Fortschritt der Menschheit nicht nur günstig, sondern notwendig sind. ...

Der Sozialist oder Anarchist, der die gegenwärtigen Verhältnisse umstürzen will, greift in Wirklichkeit die Grundlage der Zivilisation überhaupt an ...<<

1890

Großbritannien: Die englische Regierung schließt am 1. Juli 1890 mit dem Deutschen Reich einen sehr günstigen Tausch-Vertrag: Helgoland (von 1714-1814 dänisch, seit 1815 britisch) geht im August 1890 an Deutschland zurück, während England als Gegenleistung die Insel Sansibar und strategisch wichtige Gebiete Ostafrikas erhält.

Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 sind (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die Kolonien Großbritanniens (x807/785): >>(Großbritannien) ... Die Kolonien und auswärtigen Besitzungen stellen das britische Reich hinsichtlich der Größe und Volkszahl über alle Staaten alter und neuer Zeit. Selbst das römische Weltreich ist mit dem Umfang und der Wichtigkeit des britischen Kolonialwesens nicht zu vergleichen.

Dem System ihrer Verwaltung nach kann man die Kolonien (abgesehen von Indien) in drei Klassen einteilen. Die erste Klasse umfaßt diejenigen, welche eine dem Mutterland nachgebildete Verfassung mit verantwortlichen Ministern haben. In ihnen wird die Krone durch ei-

nen von der Zentralregierung ernannten Gouverneur vertreten. Es sind dies: Kanada, Neufundland, Kapkolonie, Neusüdwest, Neuseeland, Queensland, Südaustralien, Tasmanien und Victoria.

Ihnen schließen sich diejenigen Kolonien an, welche zwar eine repräsentative Verfassung haben, in welchen aber sämtliche Beamte von der Krone ernannt werden, welcher gleichfalls ein unbeschränktes Veto zusteht. Diese sind: Malta, die Bahamainseln, Bermudas, die Leeward und Windward Islands, Guayana, Natal, Ceylon, Cypern und Westaustralien.

Die übrigen Kolonien werden als Crown Colonies durch Gouverneure ohne Teilnahme der Bevölkerung verwaltet. Ausnahmen machen Nordborneo und das Niger-Binnengebiet, welche Handelsgesellschaften untertan sind. Die größeren Kolonien sind in England durch Agenten vertreten. Einer Vertretung im britischen Parlament erfreuen sie sich nicht, andererseits aber steuern sie auch nicht zu den Ausgaben des Reiches bei.

An Vorschlägen zur Umwandlung des britischen Reiches in einen Bundesstaat mit Bundesparlament hat es in jüngster Zeit nicht gefehlt.

Die Kolonien werden vom Mutterland nicht nur nicht besteuert, sondern letzteres zahlt auch den größten Teil der für die Verteidigung nötigen Truppen (mit Ausnahme Ostindiens) und teilweise die Gehälter der Gouverneure und anderer Beamten. Die Ausgaben für die Kolonien beliefen sich 1884/85 auf 2.013.406 Pfund Sterling. Es stehen in ihnen 93.000 Mann europäische Truppen, davon 61.600 in Indien. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/15,19): >>Wer die Mächtigen des 19. Jahrhunderts mit denen des 21. Jahrhunderts vergleicht, stellt fest: Zu Zeiten von Napoleon, Königin Victoria und Kaiser Wilhelm II. ging es rauer zu als unter der Führung von Jacques Chirac, Tony Blair oder Angela Merkel.

Die Herrschenden neigten dazu, die Dinge gewalttätig zu lösen. Sie waren roh und undemokratisch und hielten wenig von Menschen, die sich in Herkunft und Hautfarbe von ihnen unterschieden. Hunderttausende von Toten nahmen sie billigend in Kauf, wenn es der Durchsetzung ihrer Interessen diente.

Was heute den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf den Plan rufen und unweigerlich vor dem Kriegsverbrechertribunal enden müßte, garantierte seinerseits einen goldumrandeten Eintrag im Buch der Geschichte. Eine mit Stolz zur Schau getragene Rücksichtslosigkeit war das Erkennungszeichen einer ganzen Epoche.

Nur eines hatten die Mächtigen von damals den heutigen Staats- und Regierungschefs voraus: Sie waren ehrlicher. Die kunstvoll ins Werk gesetzte Geheimdiplomatie überließ man den Botschaftern und Außenministern. Die Despoten pflegten im Umgang miteinander den direkten Ton. Freund und Feind wußten, woran sie waren. ...<<

>>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?

Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerspielplatz.

Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des

Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.

Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<

USA: Der Sioux-Häuptling Sitting Bull (einer der großen Führer des Freiheitskampfes der nordamerikanischen Ureinwohner) wird während seiner Gefangennahme am 15. Dezember 1890 getötet.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über "Sitting Bull" (x818/881): >>Sitting Bull, Indianerhäuptling aus dem Stamme der Sioux, geboren 1837 als der Sohn des Häuptlings Jumping-Bull, des "Springenden Stieres", führte in seinem Totem, d.h. seinem Wappen, einen auf seinen Hinterschankeln sitzenden Büffelstier (daher sein Name).

Er war ein Mann von bedeutender geistiger Kraft, unbeugsamem Heldenmut, feuriger Beredsamkeit und politischem Scharfblick, ein tödlicher Feind der Weißen und der Regierung der Vereinigten Staaten, wenn es ihm auch in den letzten Jahren gelang, sein Haß- und Rachegefühl geschickt zu verbergen.

Trotz des Vertrages, den die Bundesfriedenskommissäre 1868 mit den Sioux und den nördlichen Cheyenne abgeschlossen hatten, kraft dessen ihnen das Recht zugestanden wurde, auf ihrem alten Gebiet zu jagen, befahl ihnen General Sheridan 1876 wider alles Recht, ihre Jagdgründe aufzugeben und eine Reservation zu beziehen.

Die Indianer bestanden jedoch auf ihrem Recht, und die Folge davon war ein blutiger Siouxkrieg, in welchem Sitting Bull die Führung übernahm. Er verlegte das Hauptlager nach den sogenannten Bad-Lands, einer unzugänglichen Felsenwüstenei am Oberlauf des Yellowstone River, und es gelang ihm am 17. Juni 1876, den General Custer, den damals berühmtesten Indian fighter, mit seiner ganzen Truppenmacht bis auf den letzten Mann zu vernichten.

Indessen endigte der Kampf doch zu Ungunsten der Indianer, und Sitting Bull trat mit seinen Kriegern auf britisches Gebiet über, erhielt 1880 die Erlaubnis zur Rückkehr und ließ sich mit seinem Stamm auf der diesem zugewiesenen Reservation in Montana nieder.

Als diese jedoch zum großen Teil von der Regierung den Rothäuten wieder abgekauft wurde und die Verhandlungen darüber im Jahre 1889 begannen, widersetzte sich Sitting Bull aufs heftigste diesem Geschäft und wurde dafür seiner Häuptlingsgewalt enthoben.

Sobald Anfang November 1890 ein allgemeiner Indianerkrieg auszubrechen drohte, der Messiaswahn überall im Nordwesten der Vereinigten Staaten von Nordamerika auftauchte und die Geistertänze begannen, suchte Sitting Bull das verlorene Ansehen wiederzugewinnen, wiegelte seinen Stamm auf, gebot ihm, sich an den Tänzen zu beteiligen, und war eben im Begriff, den Oberbefehl zu übernehmen, als er bei dem Versuch seiner Verhaftung durch die Bundes-truppen am 15. Dezember mit seinem Sohn getötet wurde.<<

Ein Begleiter Sitting Bulls berichtet später über eine der letzten Reden des Sioux-Häuptlings (x181/2.34): >>Welchen Vertrag, den die Weißen eingehalten haben, hat der rote Mann gebrochen? Nicht einen.

Welchen Vertrag, den die Weißen mit uns schlossen, haben sie gehalten? Nicht einen.

Als ich ein Junge war, gehörte die Welt den Sioux. Die Sonne ging auf und unter in ihrem Land, sie schickten zehntausend Männer in den Kampf. Wo sind heute die Krieger? Wer hat sie getötet? Wo ist unser Land? Wem gehört es?

Welcher Weiße kann behaupten, daß ich ihm sein Land oder einen Penny seines Geldes gestohlen hätte? Und doch nennen sie mich einen Dieb.

Welche weiße Frau, auch wenn sie ganz allein war, wurde jemals von mir gefangengenommen oder beleidigt? Und doch nennen sie mich einen schlechten Indianer.

Welcher Weiße hat mich jemals betrunken gesehen? Wer ist jemals hungrig zu mir gekommen und wurde nicht satt?

Wer hat je gesehen, daß ich meine Frauen schlug oder meine Kinder mißhandelte?

Welches Gesetz habe ich gebrochen?

Ist es ein Unrecht wenn ich die Meinen liebe? Bin ich böse, weil meine Hautfarbe rot ist?

Weil ich ein Sioux bin? Weil ich geboren wurde, wo mein Vater lebte, weil ich bereit bin, für mein Volk und für mein Land zu sterben? ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Lage der nordamerikanischen Ureinwohner im November 1890 (x818/977-978): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ...

In der ersten Hälfte des Novembers gelangte nach der Bundeshauptstadt Washington die Nachricht, daß der Ausbruch eines Indianerkrieges zu befürchten sei. Ursachen und Anlässe zu einem solchen Aufstand sind stets vorhanden und sind auf beiden Seiten zu suchen.

Die Rothäute, mit Ausnahme der fünf zivilisierten Stämme des Indian Territory, betrachten sich immer noch als die eigentlichen Herren des Kontinents und die Weißen als unrechtmäßige Eindringlinge; an unzufriedenen und gefährlichen Häuptlingen, die im geheimen aufstacheln und aufreizen, fehlt es nie, und die vorwärts schreitende Zivilisation schmälert den Rothäuten nicht nur ihr Gebiet, sondern schädigt auch Wildstand und Jagdgründe, von denen der Büffel, ihr früheres Hauptwild, schon fast ganz verdrängt ist.

Auf der anderen Seite werden die Indianer von den Agenten und Händlern häufig ... (bei) den Waren und Lebensmitteln, die ihnen von der Regierung bewilligt sind, auf betrügerische Weise benachteiligt, und es ist sehr schwer für die Verwaltung, auf den ungefähr 100 Reservationen, d.h. den ihnen mit gänzlichem Ausschluß der Weißen vertragsmäßig überlassenen und gewährleisteten Ländereien, das Lieferungswesen so zu beaufsichtigen, daß die Mündel der Nation alles richtig empfangen, was ihnen zukommt.

Die sogenannten Grenzer, die rauen und oft gewalttätigen Pioniere der Zivilisation, siedeln sich nicht selten auf Landstrecken an, die den Rothäuten verbürgt sind, und erregen dadurch bedenkliche Zwistigkeiten; endlich kauft die Regierung auf Antrieb des Volkes der Vereinigten Staaten, welches den Indianern die von ihnen verhältnismäßig wenig angebauten und ausgenutzten Gebiete neidet, jetzt fast alljährlich eine oder mehrere der Reservationen ab, und wenn sie dieselben auch stets sehr gut bezahlt und die früheren Besitzer überhaupt in durchaus hochherziger Weise abfindet, so haben diese doch immer das Gefühl, daß sie beständig an dem Grund und Boden verlieren, der ihnen als den ursprünglichen Herren von Rechts wegen gehöre.

Zu diesen stets mehr oder weniger wirksamen Kriegsursachen ist diesmal eine andere von eigentümlich religiöser Art hinzugekommen, die Erwartung von der Ankunft eines indianischen Messias und von dem Abbrechen des Tausendjährigen Reiches auf Erden.

Die seit etwa drei Jahren im Gange befindliche Bewegung scheint ursprünglich eine ganz harmlose gewesen und von einer Rothaut ausgegangen zu sein, die sich Friedensstifter nannte, Johnson Sides hieß und unter den Weißen wie unter den Indianern Nevadas allgemein bekannt war.

Seine Lehren gestalteten sich in dem Kopfe John Johnsons, eines Pi-Ute vom Walker-See in Utah, wo dieser Stamm eine Reservation bewohnt, zu einer seltsamen Schwärmerei um, deren ungefährlicher Messias sich aber in der Phantasie der Sioux- und Cheyenne-Krieger in einen blutdürstigen Propheten verwandelte, auf dessen Ruf die Erde sich öffnen wird, um die Weißen zu verschlingen, und in dessen Gefolge alle ... toten Indianer und alle von den Jagdgründen verschwundenen Büffelherden wieder erscheinen werden.

Er fordert die Indianer auf, als Vorbereitung auf die Ankunft des rothäutigen Messias den Geistertanz aufzuführen und dann den Kriegspfad zu betreten, die Weißen müßten alle sterben, den Indianern könne aber auch keine Todeswunde mehr etwas anhaben, denn sie würden so-

fort wieder auferstehen.

Viele Stämme folgten dem Gebot, sie tanzten den nächtlichen Geistertanz, der ihre Erregung immer mehr steigerte, bis sich zuletzt ein religiöser Fieberwahnsinn der Rothhäute bemächtigte, die von der Südgrenze des Indian Territory nordwärts bis Kanada hausen.

Die Regierung traf sofort die nötigen Vorsichtsmaßnahmen und Vorkehrungen, um einen allgemeinen Aufstand im Entstehen zu unterdrücken, und General Miles, der sich schon in früheren Indianerkriegen ausgezeichnet hat, zog die ihm zur Verfügung stehenden Truppen zum Teil aus weiter Ferne herbei und verteilte sie so geschickt, daß diejenigen Agenturen, auf welchen die Gärung am größten ist, von Bundesstreitkräften umstellt sind.

Von der Pine Ridge-Agentur in Süddakota haben sich einige tausend Sioux nach dem Sammelplatz für alle Unzufriedenen, den sogenannten Bad Lands, zurückgezogen, die an der Mündung des Wounded Knee Creek beginnen und sich 110 englische Meilen von Nordosten nach Südwesten und 50 Meilen von Osten nach Westen erstrecken.

Es ist ... eine öde Felsenwüste mit jähren Steilschluchten und seltsamen Felsbildungen, die nur wenigen Weißen, desto besser aber den Rothäuten bekannt ist. Von hier aus können letztere Überfälle auf die angrenzenden Ansiedler ausführen und die Bundestruppen zwingen, ein für sie sehr gefährliches Gebiet zu betreten. Sie haben dies auch bereits getan und etwa 1.000 Rinder fortgetrieben, die zum Teil der Regierung, zum Teil Privaten angehören.

General Brooke forderte sie auf, eine Gesandtschaft zu ihm nach der Pine Ridge-Agentur zur Beschwerdeführung und Unterhandlung zu schicken, und so erschienen denn auch am 7. Dezember der erste Häuptling Two Strike und mit ihm noch andere, Turning Bear, Big Turkey, High Pine, Big Bad Horse und Bull-Dog; indessen gelangte man zu keiner Einigung.

Seitdem haben bereits mehrere blutige Kämpfe mit erheblichen Verlusten auf beiden Seiten stattgefunden, der erste am 15. Dezember hatte den Tod Sitting Bulls, dieses gefährlichsten aller Sachems (Häuptlinge), sowie seines Sohnes zur Folge.

Im Repräsentantenhaus wurde dieser Fall am 22. Dezember zum Gegenstand von zwei Resolutionen gemacht; Blanchard von Louisiana erklärte, der Tod des Häuptlings scheine unter Umständen herbeigeführt worden zu sein, welche weder durch die im Kriege noch durch die im Frieden geltenden Gesetze gerechtfertigt seien, und beantragte die Niedersetzung einer Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit. Dieselbe solle ferner befugt sein, Erhebungen über die Ursachen der gegenwärtigen Indianerwirren im Westen anzustellen und zu ermitteln, ob etwa vertragsmäßige Verpflichtungen vernachlässigt oder saumselig und unzulänglich erfüllt worden sind.

McAdoo aus New Jersey brachte eine Resolution ein, welche ebenfalls erklärt, daß Sitting Bull in nicht zu rechtfertigender Weise getötet, und daß seine Leiche verstümmelt worden sei; der Kriegsminister Proctor sowie der Chef des Indianerdepartements Noble wurden aufgefordert, die amtlichen Berichte über die Gefangennahme und den Tod des Häuptlings dem Hause vorzulegen. ...<<

Bei Wounded Knee, in Süd-Dakota, findet am 29. Dezember 1890 das letzte große "Indianer-Massaker" der US-Armee statt. Etwa 350 halbverhungerte Dakota (überwiegend alte Menschen, Frauen und Kinder) sollen in der Indianerreservation Pine Ridge von US-Truppen (Führung: Oberst James W. Forsyth) entwapnet werden. Als sich bei dieser Aktion versehentlich ein Schuß löst, metzeln die US-Soldaten die Dakota (angeblich militante Mitglieder der "Geistertanzbewegung") rücksichtslos nieder (x181/2.36, x252/809).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das Massaker bei Wounded Knee (x068/69): >>... Als die Regierung 1890 beschließt, den Rest der Sioux zu entmachten, fliehen sie in die Badlands, ein unwirtliches Gelände am "Wounded Knee" in Dakota.

Am 29. Dezember von mehreren Kompanien des 7. Kavallerie-Regiments unter Oberst For-

syth umstellt, treten sie zur Entwaffnung aus ihren Zelten. Da fällt ein Schuß, angeblich durch einen Sioux, und nun läßt der Oberst die Truppe sowie vier auf einen Hügel aufgefahrene Hotchkiss-Kanonen feuern. In Kürze bedecken zweihundert Indianer, Männer, Frauen, Kinder, tot oder halb tot den Boden, die Übrigen fliehen hinter den brennenden Zelten in eine Schlucht, die aber von den Geschützen bestrichen werden konnte. Granathagel und die Salven der nachsetzenden Soldaten erledigen sie.

"Die Verfolgung war ein reines Massaker: fliehende Frauen mit ihren Kindern in den Armen schoß man nieder, nachdem der Widerstand längst aufgehört hatte und nachdem bereits jeder Krieger tot oder sterbend auf dem Boden lag" (Radin).

... General Miles eröffnete gegen seinen Oberst Forsyth ein Verfahren, der Kriegsminister aber rehabilitierte ihn. Der Indianerkrieg war damit definitiv beendet.

Schließlich wurde der kümmerliche Rest in Reservationen gepfercht und durch ein Netz von Agenturen, Forts und Militärposten überwacht, um jedes Aufbegehren sofort zu unterdrücken.<<

Im Jahre 1890 leben nur noch 0,2 Millionen Ureinwohner in Nordamerika (x056/126). Die letzten Ureinwohner Nordamerikas sind heimatlos und besitzen kein eigenes Land mehr. Alle nordamerikanischen Ureinwohner vegetieren nur noch in trostlosen und ärmlichen Reservationen, die ab 1934 unter der Aufsicht des US-Innenministeriums stehen.

Luther Standing Bear vom Stamm der Dakota berichtet damals über die Weißen (x181/1.82-83): >>Ich kenne keine Pflanzen-, Vogel- oder Tierart, die ausgerottet wurde, bevor der weiße Mann kam. Einige Jahre nachdem die Büffel verschwunden waren, gab es noch immer große Antilopenherden, aber die Jäger hatten kaum ihr Werk vollendet und die Büffel abgeschlachtet, als sie sich schon den Antilopen zuwandten. ...

Für den Weißen waren die heimischen Tiere ebenso wie die eingeborenen Menschen dieses Kontinents nur Schädlinge, die vertilgt werden mußten. Auch Pflanzen, die dem Indianer von Nutzen waren, wurden plötzlich zu Schädlingen erklärt. ...

Was die Beziehung zur Natur betrifft, so gab es zwischen der Haltung des Indianers und der des Weißen einen großen Unterschied; aus diesem Unterschied heraus wurde der eine zum Schützer und Bewahrer der Natur, der andere zu ihrem Zerstörer. Die Indianer und die anderen Geschöpfe, die hier geboren wurden und lebten, hatten eine gemeinsame Mutter – Die Erde. ...

Die Haltung des Weißen war anders: Er verachtete die Erde und was sie hervorbrachte. Da er sich selbst für ein höheres Geschöpf hielt, nahmen die übrigen Geschöpfe in seiner Rangordnung eine niedrigere Stellung ein. Aus diesem Glauben heraus handelte er.

Er maßte sich an, über Wert und Unwert des Lebens zu bestimmen, und so ging er schonungslos an sein Zerstörungswerk. Wälder wurden abgeholzt, der Büffel wurde ausgerottet ... Riesige mit Gras bewachsene Prärien, die die Luft mit süßem Duft erfüllten, wurden umgeackert; Quellen, Bäche und Seen, die ich in meiner Kindheit noch kannte, sind ausgetrocknet und verschwunden.

Ein ganzes Volk wurde gedemütigt und dem Tod preisgegeben. So ist der weiße Mann für alle Wesen auf diesem Kontinent zum Sinnbild der Vernichtung geworden. ...<<

Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909) verteidigt noch Anfang des 20. Jahrhunderts die Entrechtung der Ureinwohner (x068/71): >>Ich gehe nicht so weit zu denken, daß nur tote Indianer gute Indianer sind, aber ich glaube, daß das für neun von zehn Indianern gilt, und was den zehnten angeht, so will ich den Fall nicht näher untersuchen. Jedenfalls hat der böseste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer. ... Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde. ...<<

Erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beginnt man in Nordamerika damit, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den nordamerikanischen

Ureinwohnern moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

1891

Großbritannien: Cecil Rhodes rechtfertigt im Jahre 1891 die britische Kolonialpolitik (x058/266-267): >>... Unter all den Kräften, die an der Gestaltung der menschlichen Rasse mitwirken, scheint keine so mächtig zu sein, jetzt und noch mehr künftig, als der englisch sprechende Mensch. Schon beginnt er die Welt zu beherrschen. Das Empire und die Republik (USA) ...

Ihre Bürger, mit all ihren Fehlern, sind die Vorhut der Zivilisation, und wenn irgendwelche große Verbesserungen in den Lebensbedingungen gemacht werden sollen, dann werden sie notwendigerweise die führenden Instrumente bei diesem Werk sein. ...

Um Miltons berühmtes Wort zu gebrauchen, der Glaube an "Gottes Engländer" wird unser leitendes Prinzip sein. ...

Wir glauben an Gott, an England und an die Menschheit. Die englischsprechende Rasse ist eines von Gottes erwählten Werkzeugen, die kommenden Verbesserungen im Schicksal der Menschheit auszuführen. Wenn alle diejenigen, die das erkennen, zu einer innigen Verbindung gebracht werden könnten, um mitzuhelfen, diese Rasse zur Erfüllung ihrer von der Vorsehung bestimmten Mission fähiger zu machen und alles zu bekämpfen, was dieses Werk hindert oder schmälert, dann würde eine solche Vereinigung oder weltlicher Orden Kern oder Kristallisationspunkt bilden für alles, was in der englische Welt lebenswichtig ist und dessen Einfluß man nur schwer überschätzen kann.

Dies ist die höchste der Wirksamkeiten, nach denen wir streben. Unsere oberste Pflicht ist es, durch einen Prozeß natürlicher Auswahl alle diejenigen auszuwählen, die in ihrem Herzen das heilige Feuer der patriotischen Hingabe an ihr Land hegen und sie für den aufrichtigen Dienst am Gemeinwohl zu werben. ...<<



Abb. 46 (x192/403): Cecil John Rhodes (1853-1902) wurde 1890 Premierminister der Kapkolonie. Er träumte davon, die britische Flagge in ganz Afrika aufzupflanzen. Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über den britischen Kolonialpolitiker Cecil Rhodes (x281/16): >>... Der Mann ging als der rücksichtsloseste Kolonialisierer in die afrikanische Geschichte ein. Sein Schlachtruf überdauerte die Jahrhunderte: "Ausdehnung ist alles."

Die Hymne seiner Soldaten war befeuert vom Überlegenheitsgefühl, das sich zur Unterstützung gern auch der gerade erfundenen Maschinengewehre vom Typ "Maxim" bediente:
Vorwärts Ihr königlichen Soldaten, auf ins heidnische Land.
Die Gebetsbücher in Euren Taschen, die Gewehre in der Hand.
Tragt die ruhmreiche Botschaft dorthin, wo gehandelt werden kann, es ist nicht schwer
verbreitet die Botschaft – mit einem Maxim-Gewehr.

Die Herzen der erbärmlichen Eingeborenen sind voller Sünde.
Verwandelt ihre heidnischen Tempel in spirituelle Gründe.
Und gehen sie mit Euren Lehren nicht einher,
haltet ihnen eine weitere Predigt – mit dem Maxim-Gewehr.

Wenn sie die zehn Gebote ungefähr erkennen,
müßt Ihr ihren Häuptling täuschen und ihr Land umbenennen;
Und wenn sie fehlgeleitet Euch zur Rechenschaft zieh'n
Haltet ihnen noch eine Predigt – mit der Maxim.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet später (am 13. Juli 2021) über Cecil Rhodes (x1.060): >>**Die Globalismus-Erfinder**

Die von George Orwell entworfene Dystopie einer weltumspannenden, von Ideologie getriebenen Organisation ist längst Wirklichkeit geworden.

Die meisten Patrioten stimmen darin überein, daß wir etwas bekämpfen, was Globalismus genannt wird. Aber was ist das? Zuerst und vor allem ist es eine britische Erfindung. Der moderne Globalismus wurde im viktorianischen England geboren und später durch Großbritanniens Fabian-Sozialisten - nach der Fabian Society, einer einflußreichen reformistischen sozialistischen Strömung - gefördert.

Inzwischen ist es zum in der heutigen Welt dominanten Glaubenssystem avanciert. George Orwell nannte es Ingsoc. In seinem Roman "1984" prophezeite Orwell eine Zukunft, in der das britische Empire mit den Vereinigten Staaten zu Oceania verschmilzt, einem Superstaat unter der Herrschaft einer bösen Ideologie namens Ingsoc - einer Kurzform von English Socialism. Orwells Dystopie basierte auf seiner Kenntnis tatsächlicher globalistischer Pläne.

von *Richard Poe*

"Weltföderation"

Vor dem Hintergrund sich ausweitender britischer Macht im 19. Jahrhundert schien eine globale Vorherrschaft unausweichlich. Die Verwalter des Imperiums schmiedeten Pläne für eine unter britischer Herrschaft vereinte Welt. Der Schlüssel zu ihrer Realisierung lag in der Vereinigung eigener Kräfte mit denen der Vereinigten Staaten, ganz so, wie Orwell es in seinem Roman beschrieb. Viele Anglophile in den USA waren begierig darauf, sich diesem Plan anzuschließen.

"Wir sind ein Teil, und zwar ein großer Teil, des größeren Britanniens, das so offenkundig dazu bestimmt zu sein scheint, diesen Planeten zu beherrschen ...", begeisterte sich die New York Times 1897 im Zuge der Festivitäten zu Königin Victorias Diamantjubiläum.

1842 schrieb Alfred Tennyson - der schon bald zu Königin Victorias lorbeerbekränztem Hofpoeten wurde - das Gedicht "Locksley Hall". Es entwarf die Vision eines goldenen Zeitalters des Friedens unter "universellem Recht", eines "Menschenparlaments" und einer "Weltföderation".

In Tennysons Worten zeichneten sich bereits der Völkerbund und die UN ab. Doch Tennyson war nicht der Erfinder dieser Konzepte. Er feierte nur Pläne, die unter britischen Eliten bereits kursierten. Generationen britischer Globalisten haben Tennysons Gedicht verehrt, als sei es die Heilige Schrift. Winston Churchill pries es 1931 als "die wundervollste aller modernen

Prophezeiungen". Er bezeichnete den Völkerbund als die Erfüllung der Vision Tennysons.

Liberaler Imperialismus

Ein anderer britischer Führer, den Tennysons Gedicht beeinflusste, war der Philosoph John Ruskin. In seiner ersten Vorlesung 1870 in Oxford begeisterte Ruskin die Studenten, indem er erklärte, es sei Großbritanniens Schicksal, zu "regieren oder zu sterben" - die Welt zu beherrschen oder durch andere beherrscht zu werden. Mit diesen Worten hob Ruskin eine Doktrin aus der Taufe, die bald als "liberaler Imperialismus" bekannt werden sollte - die Vorstellung, daß "liberale" Länder barbarische erobern sollten, um "liberale" Werte zu verbreiten.

Ein besserer Name wäre wohl "sozialistischer Imperialismus", da die meisten Menschen, die dieses Konzept propagierten, tatsächlich Sozialisten waren.

Ruskin bezeichnete sich selbst als Kommunisten, noch ehe Marx "Das Kapital" fertiggestellt hatte. Aus Ruskins Perspektive war das British Empire das perfekte Vehikel, um den Sozialismus zu verbreiten. Ruskins Sozialismus verband sich in seltsamer Weise mit seinem Elitismus. Er rühmte die Überlegenheit der nördlichen Rassen, worunter er die Normannen, Kelten und Angelsachsen, die England bildeten, meinte. Er betrachtete die Aristokratie - nicht die einfachen Menschen - als Verkörperung britischer Tugend. Ruskin war auch Okkultist und - laut einigen Biografen - ein Pädophiler. In dieser Hinsicht ähnelten seine Exzentrizitäten denen, die in gewissen globalistischen Kreisen noch heute als schick gelten.

Die Rhodes-Stiftung

Ruskins Lehren inspirierten eine Generation britischer Staatsmänner. Einer der ergebensten Ruskinianer war Cecil Rhodes (1853 bis 1902). Als Student hörte Rhodes Ruskins Inauguralvorlesung und verfaßte davon eine Niederschrift, die er für den Rest seines Lebens aufbewahrte. Als Staatsmann trieb Rhodes die britische Expansion aggressiv voran. "Je größer der Teil der Welt ist, den wir bevölkern, desto besser ist es für die menschliche Rasse", erklärte er.

In seinem Testament hinterließ Rhodes ein Vermögen zur Förderung einer "weltweiten britischen Herrschaft", der Zusammenführung aller englischsprachigen Länder in einer einzigen Föderation, und - mit den Worten Rhodes' - "der endgültigen Wiederherstellung der Vereinigten Staaten als integraler Teil des British Empire".

All dies sei dazu bestimmt, zur "Grundlegung einer Macht" zu führen, "die so groß ist, hernach Kriege zu verunmöglichen und die besten Interessen der Menschheit zu befördern", schließt Rhodes in seinem Testament. Folglich wäre der Weltfrieden durch britische Hegemonie zu erreichen. Um die 1890er-Jahre stimmten die meisten britischen Führer hierin mit Rhodes überein.

Der Round Table

Im Anschluß an Rhodes' Tod im Jahr 1902 übernahm Alfred Milner dessen Bewegung und initiierte heimliche "Round Table-Gruppen", um Propaganda für eine weltweite Föderation englischsprachiger Länder zu betreiben. In jedem Zielland - einschließlich den USA - rekrutierten Round Table-Mitglieder lokale Führer, die als "Judas-Böcke" fungieren sollten. Ein Judas-Bock ist ein Tier, das darauf trainiert ist, andere zum Schlachter zu führen.

Tatsächlich führte der Round Table die Menschen in ein buchstäbliches Schlachthaus. Man erwartete einen Krieg gegen Deutschland. Der Round Table strebte nach Zusagen aller englischsprachiger Kolonien, Truppen zu entsenden, wenn die Zeit dazu gekommen war. Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika sagten zu.

Dies geschah absichtsvoll. Gemäß britischen Absichten.

Generationen von Schulkindern haben gelernt, Woodrow Wilson sei der Vater der Globalismus. Aber Wilsons "Ideale" wurden ihm löffelweise von britischen Agenten verabreicht.

Krieg, um den Krieg zu beenden

Am 14. August 1914 - nur 10 Tage, nachdem England den Krieg erklärt hatte - schrieb der Romancier H. G. Wells einen Artikel mit der Überschrift "Der Krieg, der den Krieg beenden

wird". "(D)ies ist nun ein Krieg für den Frieden", ... erklärte er. "Er zielt auf eine Übereinkunft, die Derartiges ein für alle Mal beenden wird."

Wells veröffentlichte im Oktober 1914 eine Buchversion von "Der Krieg, der den Krieg beenden wird". Er schrieb:

"Wenn Liberale überall auf der Welt ... auf einer Weltkonferenz am Ende dieses Konflikts beharren werden, ... könnten sie ... einen Friedensbund schaffen, der den Globus kontrollieren wird."

Wells hatte die Idee eines Friedensbundes nicht erfunden. Er unterstützte schlicht die offizielle britische Politik. Wells war Geheimagent des Kriegspropagandabüros Großbritanniens (bekannt als Wellington House).

Britische Agenten im Weißen Haus

Britischen Führern war klar, daß ihr Friedensbund ohne die Unterstützung der USA niemals Erfolg haben würde. Aus diesem Grund unternahmen britische Geheimdienste besondere Anstrengungen, um Wilsons Weißes Haus zu infiltrieren, was sich als überraschend einfach erwies.

Wilson's engster Berater war "Colonel" Edward House, ein Texaner mit starken familiären Bindungen an England. Während des Bürgerkriegs machte House's Vater, ein gebürtiger Brite, ein Vermögen als Blockadebrecher, der mit Baumwolle für britische Munition handelte, die zur Bewaffnung von Rebellen gebraucht wurde. Der junge Edward House und sein Bruder besuchten englische Internate.

Während er Präsident Wilson beriet, arbeitete Colonel House eng mit britischen Spionen, insbesondere Sir William Wiseman, dem Leiter des US-Stützpunktes des britischen Secret Intelligence Service (SIS), zusammen. House, Wiseman und Wilson wurden intime Freunde, die sogar gemeinsame Urlaube verbrachten.

Die Idee eines "Völkerbunds" kam von Sir Edward Grey, Großbritanniens Außenminister. In einem Brief vom 22. September 1915 fragte Grey Colonel House, ob sich der Präsident überzeugen ließe, einen Völkerbund vorzuschlagen, da der Vorschlag besser aufgenommen würde, wenn er vom US-Präsident stamme.

Als Wilson 1919 der Pariser Friedenskonferenz beiwohnte, hielten sich Wiseman und House dicht an seiner Seite und steuerten jede seiner Handlungen, zusammen mit einer Schar weiterer britischer und US-amerikanischer Beamter, die alle die globalistische Agenda unterstützten; viele standen in direkter Verbindung zum Round Table.

Die besondere Beziehung

Der frühere SIS-Beamte John Bruce Lockhart nannte Wiseman später "den erfolgreichsten 'Einflußagenten', den die Briten je hatten". Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb, daß "er (Wiseman) und House die 'besondere Beziehung' Wirklichkeit werden ließen".

Viele Historiker vertreten die Ansicht, daß die "besondere Beziehung" zwischen den USA und dem UK erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Schaffung der NATO und der UNO begann. Taylor merkt jedoch zu Recht an, daß die Saat für diese "besondere Beziehung" schon früher bei der Pariser Friedenskonferenz von 1919 gesetzt worden war.

In Paris kamen Funktionäre der USA und Großbritanniens insgeheim darin überein, ihre Politik dergestalt zu koordinieren, daß beide Länder wie ein einziges agierten. Man schuf mit Chatham House (UK) und dem Council on Foreign Relations (US) zwei Thinktanks, um dies zu erleichtern.

Zu großen Beunruhigung der britischen Globalisten weigerte sich der US-amerikanische Senat, dem Völkerbund beizutreten. Es bedurfte eines weiteren Weltkrieges - und des Überzeugungstalents Winston Churchills -, um schließlich die USA, mittels der NATO und der UNO, in globale Herrschaft einzubinden.

Winston Churchill, Vater des modernen Globalismus

Churchills Vision globalen Regierens wies eine seltsame Ähnlichkeit zu der Cecil Rhodes' und des Round Table auf. Churchill forderte eine durch eine "besondere Beziehung" der englischsprachigen Länder zueinander gestützte "Weltorganisation".

Am 16. Februar 1944 mahnte Churchill, dass, "wenn nicht Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer besonderen Beziehung vereint sind ... im Rahmen einer Weltorganisation, ein weiterer zerstörerischer Krieg stattfinden wird". Entsprechend wurde die UNO am 24. Oktober 1945 gegründet.

Die UNO war allerdings nicht genug. Cecil Rhodes und der Round Table hatten stets die Ansicht vertreten, daß die wahre Macht hinter jeder globalen Regierung bei einer Union englischsprachiger Länder liegen müsse. Churchill wiederholte diesen Plan in seiner "Eiserner Vorhang-Rede" vom 5. März 1946.

Churchill warnte, die UNO verfüge über "keine internationale Streitmacht" und keine Atombomben. Die USA müßten sich daher mit Großbritannien und anderen englischsprachigen Ländern in einer militärischen Allianz verbünden, argumentierte Churchill. Keine andere Macht sei in der Lage, die Sowjets aufzuhalten.

"Brüderliche Gesellschaft der englischsprachigen Völker"

Churchill erklärte, daß eine "Weltorganisation" ohne "die brüderliche Gesellschaft der englischsprachigen Völker" nutzlos wäre. "Dies bedeutet eine besondere Beziehung zwischen dem britischen Commonwealth und Empire und den Vereinigten Staaten."

Churchills Worte führten zum NATO-Vertrag von 1949 und der "Five Eyes-Vereinbarung", die die nachrichtendienstlichen Bemühungen der USA, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands vereinigte. Schritt für Schritt zog uns Churchill immer näher an den globalen Superstaat heran, den Orwell Oceania nannte.

Orwell, der sich selbst als "Tory-Anarchist" beschrieb, haßte den Sowjet-Kommunismus. Hätte er gewollt, hätte er "1984" als eine Art "Red Dawn" (deutscher Titel: Die rote Flut) schreiben können, mit einem England, das unter sowjetischer Besatzung ächzt. Doch das war nicht Orwells Botschaft. Orwell warnte vor einer Gefahr, die viel näher lag. Er warnte vor den britischen Globalisten und ihrem Plan für eine Union englischsprachigen Länder, getrieben von einer Ingsoc-Ideologie.

In vielerlei Hinsicht ist die Welt, in der wir heute leben, die Welt, die Orwell voraussah.

Richard Poe ist ein preisgekrönter Journalist und Bestsellerautor. Er war unter anderem Reporter für die New York Post und geschäftsführender Herausgeber des East Village Eye. Er lebt in New York.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien am 29. April 2021 unter dem Titel "How the British invented Globalism". Er wurde von Thorsten Schewe aus dem ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzerteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratteam lektoriert.<<

1892

USA: Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident) lobt im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas.<<

1893

Großbritannien: Die englische Zeitung "The Times" berichtet am 2. März 1893 über die Rede des liberalen Politikers Lord Rosebery (x239/173): >>Wir sind im Augenblick damit beschäftigt, "Schürfrechte für die Zukunft abzustecken", wie es in der Sprache der Bergleute heißt.

Was wir ins Auge zu fassen haben, ist nicht, was wir im gegenwärtigen Augenblick nötig haben, sondern was wir in Zukunft einmal nötig haben werden.

Wir haben in Erwägung zu ziehen, welche Länder entweder von uns oder gegebenenfalls von einer anderen Nation entwickelt werden müssen, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es ein Teil unserer Verantwortlichkeit und der uns überkommenen Verpflichtung ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält. ...

Wir müssen die Blicke ... auf die Zukunft des Volkes richten, ... und meiner Meinung nach würden wir ... völlig versagen, wenn wir vor der Verantwortung zurückschrecken und den Anteil nicht annehmen sollten, der uns im Zuge der Aufteilung der Welt zufällt. ...<<

USA: Der nordamerikanische Militärschriftsteller Alfred T. Mahan schreibt im Jahre 1893 über die künftigen US-Expansionsziele (x239/188): >>Die Hawaii-Inseln sind von größter Bedeutung für die handelspolitische und militärische Kontrolle des Pazifik, ... in dem die Vereinigten Staaten, geographisch gesehen, das größte Recht auf die politische Vorherrschaft besitzen. ...

Die Annexion wäre eine Erstlingsfrucht und ein Unterpand dafür, daß die Nation bei ihrem jetzigen Entwicklungsstand zu der Einsicht gelangt ist, es sei nunmehr notwendig, ihre Lebensweise ... hinauszutragen über die Grenzen, die ihren Aktivitäten bislang genügt haben. ...

Die vergleichende Religionswissenschaft lehrt uns, daß jene Religionen, die auf missionarische Aktivitäten verzichten, zum Untergang verurteilt sind.

Ist es mit Völkern nicht ebenso? ...<<

1894

USA: Der US-Publizist Henry D. Lloyd kritisiert im Jahre 1894 das nordamerikanische Wirtschaftssystem (x149/54-55): >>Wirtschaftliche Tätigkeit, die von der Selbstsucht des einzelnen bestimmt wird, führt überall zum Monopol, wo sie das soziale Leben berührt – zum Landmonopol, Transportmonopol, Handelsmonopol, zum politischen Monopol in allen seinen Formen ... bis zur Bestechung im Amt. ...

Wir müssen (einen) Feldzug planen gegen die Grundsätze und gegen die Menschen, die sie vertreten und bis ins Extrem steigern – die die Regierungsbefugnisse, die von allen für alle verliehen wurden, als Privilegien für ihre persönliche Machterweiterung benutzen; die, ganz auf derselben Linie, die gemeinsame Arbeit aller und die allen gehörenden Geschenke der Natur, das Land, die Energiequellen, die Bergwerke, die Ortschaften statt dem allgemeinen Nutzen nur dem eigenen Interesse dienstbar machen, so daß einige wenige im Überfluß und die vielen in Armut leben. ...<<

Samuel Gompers, Vorsitzender der AFL-Gewerkschaft (American Federation of Labor), schreibt im Jahre 1894 an einen US-Richter (x149/55): >>Ich gehöre nicht zu denen, die die gesamte Vergangenheit als eine Fehlentwicklung ansehen. ... Dennoch bitte ich Sie, zu erklären, wie es kommt, daß Tausende von gesunden, gutwilligen, vernünftigen Männern und Frauen Hunger leiden. ...

Wir mögen uns unseres Wohlstandes und unserer Zivilisation rühmen, aber für die hungrigen Männer, Frauen und Kinder ist unser Fortschritt ein hohler Spott. ...

Sie erkennen an, ... daß ein System entstanden ist, in dem der Kapitalbesitz des einzelnen von seiner Kontrolle in die der Kartelle und Trusts übergegangen ist und daß diese Tendenz im Zunehmen begriffen ist. Wie können Sie dann im gleichen Atemzuge die Arbeiter dafür kritisieren, daß sie erkannt haben, daß sie als einzelne keinen Einfluß auf die Entscheidungen über Löhne, Arbeitszeiten und Beschäftigungsbedingungen nehmen können. ...<<

1895

Afrika: Als man in den Burenstaaten Transvaal (heute Südafrikanische Republik) und Oranje-Freistaat riesige Gold- und Diamantfelder entdeckt, strömen Tausende von Engländern in

das Land. Cecil Rhodes (von 1890 bis 1896 Ministerpräsident der englischen Kapkolonie, "einer der größten Imperialisten seiner Zeit") organisiert daraufhin 1895/96 einen Aufstand in der Südafrikanischen Republik, der jedoch von den Buren niedergeschlagen wird.

Kuba, Philippinen: In den spanischen Kolonien Kuba und Philippinen brechen im Jahre 1895 wieder Aufstände gegen die spanischen Besatzungstruppen aus. Die Aufstände werden von den USA unterstützt (x142/353).

Die spanische Regierung erhebt den Erhalt der Kolonien zur nationalen Frage und schickt bis 1898 Tausende von Soldaten nach Übersee, um die Unabhängigkeitsbewegungen zu zerschlagen. Die erbitterten Kämpfe und das tropische Klima verursachen hohe Verluste unter der einheimischen Bevölkerung und den spanischen Besatzungstruppen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Aktivitäten im Jahre 1895 (x068/153-154): >>Als sich die Kubaner 1895 gegen Spanien erhoben, schürten gewisse US-Kreise die Revolution und finanzierten sie auch. Man zerstörte besonders Plantagen und Fabriken mit nordamerikanischen Teilhabern, um derart eine Einmischung der USA zu provozieren. Einflußreiche Yankees wollten einfach einen Krieg.

Der Senator Albert Beveridge aus Indiana verfocht jetzt nachdrücklich die Erschließung neuer Märkte und Kolonien für die USA, um deren industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsüberschuß absetzen zu können. Der Demokrat Thomas Pasckal aus Texas war 1895, inmitten der Wirtschaftskrise, überzeugt, daß ein Krieg "den anarchistischen, sozialistischen und populistischen Abszeß radikal ausmerzen würde, um unser Volk für zwei weitere Jahrhunderte vor einer Ansteckung zu bewahren".

Der vielleicht größte Scharfmacher aber ist Theodore Roosevelt. Als er 1895 zu ernststen Meinungsverschiedenheiten zwischen Venezuela und England über die Grenzen für Britisch-Guayana kommt, schreibt Roosevelt dem Senator Henry Cabot Lodge (der später energisch den Beitritt zum Völkerbund verhindert): "Persönlich hoffe ich, daß der Streit bald zum Ausbruch kommt. Das Geschrei des pazifistischen Clans hat mich davon überzeugt, daß das Land einen Krieg braucht." ...<<

1896

Großbritannien: Im Jahre 1896 ruft ein Leitartikel der englischen Zeitschrift "Saturday Review" zum Kampf gegen Deutschlands Wirtschaft auf (x065/338).

USA: Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika erläutert im Jahre 1896 den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit (x243/101): >>Zweck des (13.) Verfassungszusatzes war es ohne Zweifel, die absolute Gleichheit beider Rassen vor dem Gesetz zu sichern, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß nicht beabsichtigt sein konnte, Unterscheidungen abzuschaffen, die auf der Hautfarbe beruhen, oder gesellschaftliche Gleichheit im Unterschied zu politischer Gleichheit zu erzwingen oder eine Vermischung der beiden Rassen unter Bedingungen, die für beide unbefriedigend sind.

Gesetze, die ihre Trennung gestatten oder sogar verlangen, ... bedeuten nicht notwendigerweise die Minderwertigkeit einer Rasse gegenüber der anderen. ...<<

1897

Großbritannien: Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtet am 11. September 1897 (x237/221): >>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltbarkeit zum Schnaps-handel zu bekehren – ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.

Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<

USA: William McKinley (1843-1901, ermordet) wird im Jahre 1897 zum 25. Präsidenten der

USA gewählt. US-Präsident McKinley begründet danach die imperialistische Weltmachtpolitik Nordamerikas.

Nach Erschließung des Kontinents strebt die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>... Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.

Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<

1898

Großbritannien: Der deutsche Botschafter in London führt während des britisch-französischen Kolonialkonfliktes (Faschodakrise 1898/99) ein Gespräch mit dem britischen Politiker Joseph Chamberlain.

Der deutsche Botschafter berichtet anschließend nach Berlin (x069/89): >>Wenn wir jetzt auf seiten Englands stehen wollten, würde England, falls Deutschland angegriffen würde, auf unserer Seite stehen. Dies würde dem Beitritt Englands zum Dreibund gleichkommen und durch einen Vertrag, für welchen wir unsere Bedingungen zu formulieren hätten, festzustellen sein. ...<<

Der britische Premierminister Robert A. Salisbury (1830-1903, konservativer Politiker, seit 1866 mehrfach Premier- und Außenminister) informiert im April 1898 den britischen Gesandten in Tokio über die aktuelle Lage in China (x233/130): >>... Sie können japanischer Regierung streng vertraulich mitteilen, daß, da russischer Besitz Port Arthurs daß Gleichgewicht der Macht im Golf von Petschili stört, wir genötigt sind, von chinesischer Regierung Verpachtung Wei hai-weis unter denselben Bedingungen zu verlangen. ...<<

USA: Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havana treten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein. US-Präsident William McKinley begründet am 11. April 1898 vor dem Kongreß den geplanten Krieg gegen Spanien (x056/135): >>Die Gründe für ein Eingreifen können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Im Namen der Menschlichkeit und um Grausamkeiten, Blutvergießen, Hungersnot und entsetzliche Leiden zu beenden. ...
2. Wir schulden unseren Bürgern in Kuba jenen Schutz und jene Sicherung ihres Lebens und Eigentums, die keine dortige Regierung gewähren kann oder will. ...
3. Die Einmischung wird gerechtfertigt durch den schweren Schaden, den unsere Geschäfte und Handelsbeziehungen durch die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die Verwüstung der Insel erleiden.
4. Die gegenwärtige Lage in Kuba ist eine ständige Bedrohung unseres Friedens. ...

Ich fordere daher den Kongreß auf, dem Präsidenten die Vollmachten zu übertragen, die nötig sind, um eine endgültige Beendigung der Feindseligkeiten zwischen der spanischen Regierung und dem kubanischen Volk zu erreichen. ...<<

Der Krieg gegen Spanien (ab April 1898) und die Annexion der Hawaii-Inseln (8 größere und 23 kleinere Inseln mit dem späteren Flotten- und Flugstützpunkt Pearl Harbor) im Juli 1898 leiten den US-Imperialismus in Übersee ein.

Mit dem Krieg gegen Spanien und der gewaltsamen Übernahme der Hawaii-Inseln beginnt im Jahre 1898 die sog. "US-Weltpolitik". In Mittel- und Südamerika beeinflußt Amerika anschließend außerdem große Gebiete durch riesige Kapitalinvestitionen ("US-Dollardiplomatie"). Die USA lassen die mittel- und südamerikanischen Länder zwar unabhängig, aber sie üben durch ihre Finanzkraft überall enormen Einfluß und Druck auf ihre hoffnungslos unterlegenen Nachbarn aus.

Der US-Senator Albert J. Beveridge berichtet im Jahre 1898 über die zukünftige Außenpolitik der USA (x237/211, x239/188): >>Mitamerikaner!

Wir sind Gottes auserwähltes Volk. ... Es liegt an uns, der Welt ein Beispiel von Recht und Ehre zu geben. ...

Wir können uns nicht von irgendeinem Stück Land zurückziehen, wo die Vorsehung unser Banner entfaltet hat. An uns ist es, jenes Stück Land für die Freiheit und Zivilisation zu retten.

...<<

>>... Amerikanische Fabriken stellen mehr her, als für die Versorgung des amerikanischen Volkes notwendig ist. Die amerikanische Erde erzeugt mehr, als es verzehren kann. Das Schicksal hat uns unsere Politik vorgeschrieben: Der Handel der Welt muß und wird unser sein. Und wir werden ihn bekommen. ...

Wir werden in der ganzen Welt Handelsniederlassungen als Umschlagplätze für amerikanische Waren gründen. Unsere Handelsflotte wird bald über den ganzen Ozean fahren. Wir werden eine Kriegsmarine aufbauen, die unserer Größe entspricht. Aus unseren Handelsniederlassungen werden Kolonien erwachsen, die sich selbst regieren, unsere Flagge führen und mit uns Handel treiben.

Auf den Bahnen des Handels werden unsere Institutionen unserer Flagge folgen. Und das amerikanische Recht, die amerikanische Ordnung, die amerikanische Zivilisation und die amerikanische Flagge werden an bis dahin blutigen und unkultivierten Ufern Fuß fassen, Ufern, die durch diese Werkzeuge Gottes aber von nun an schöner und zivilisierter werden.

...<<

Der ehemalige US-Innenminister Carl Schurz kritisiert damals den nordamerikanischen Imperialismus (x239/188): >>Wir meinen, daß die Politik des Imperialismus die Freiheit bedroht und zum Militarismus führt, einem Übel, vor dem wir uns bisher in rühmlicher Weise freigehalten haben.

Wir bedauern, daß man im Lande Washingtons und Lincolns ausdrücklich darauf hinweisen muß, daß alle Menschen unabhängig von ihrer Rasse und Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und persönliches Glück haben.

Wir behaupten, daß Regierungen ihre Macht nur aus der Zustimmung der Regierten ableiten können. Wir halten daran fest, daß die Unterwerfung irgendeines Volkes ein "verbrecherischer Angriff" ist und eine offene Mißachtung der entscheidenden Grundsätze unserer Verfassung.

Wir verurteilen daher nachdrücklich die Politik der Regierung gegenüber den Philippinen.

...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Krieg der USA gegen Spanien im Jahre 1898 (x068/154-156): >>... Am 15. Februar 1898 zerreißt das zum Schutz amerikanischer Bürger und Besitzungen nach Kuba kommandierte Linienschiff "Maine" im Hafen von La Habana (Havanna) eine Explosion. Sie wurde bis heute nicht geklärt.

Erwägt man jedoch, was die US-Führung durch den Angriff auf Pearl Harbor 1941 den Japanern bewußt geopfert hat, um einen eklatanten Kriegsgrund zu bekommen: 19 Schiffe, 150 Flugzeuge, 2.335 Soldaten und 68 Zivilisten, so ist dagegen der Verlust eines lächerlichen Linienschiffes und der Tod von 260 Seeleuten gewiß nichts, was die kriegslüsterne US-Clique nicht jederzeit gelassen hätte preisgeben können.

... Während der Kongreß im März 1898 fünfzig Millionen Dollar für neuerliche Aufrüstung bewilligt, bekunden die USA durch den Geschäftsträger in Madrid ihren Friedenswillen und erklären, keine territorialen Ziele in Kuba zu verfolgen. (Die ganze Aktion – erinnert sie nicht an das diplomatische Manöver vor dem Kuwait-Konflikt 1991, als man Saddam in die Falle lockte?)

Die spanische Regierung telegraphiert am 10. April ihr Einverständnis mit den amerikanischen Bedingungen nach Washington – und am nächsten Tag erbittet McKinley vom Kongreß eine "machtvolle Intervention" zur Wiederherstellung des Friedens in Kuba. Wenige Tage darauf wird der Präsident ermächtigt, die Armee einzusetzen, gleichzeitig geht ein Ultimatum an Spanien, die Blockade von Kuba wird eingeleitet, die Aufstellung einer Freiwilligen-Armee von 200.000 Mann, und noch im April befinden sich die USA im Krieg, den Spanien um einen hohen Preis gern vermieden hätte.

Theodore Roosevelt aber jubelt jetzt über die "Amerikanisierung der Welt", nennt sie "unser Schicksal" und prägt schließlich seine berühmte Maxime: "Sprecht sanft und tragt immer einen großen Knüppel bei euch, und ihr werdet es weit bringen" – Friedensnobelpreis 1906. (Gewiß nicht deshalb, Aber trotzdem!)

Die USA verfochten selbstredend die hehrsten Ziele im Krieg: sie wollten Kuba vom Kolonialismus, von der spanischen Despotie befreien. Nur ganz nebenbei wollten sie natürlich auch die sozialen Konflikte im eigenen Land dämpfen, wollten sie neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, neue Plantagen, mehr Einfluß in der Karibik, im Pazifik, überhaupt etwas mehr Macht in der Weltpolitik.

Und alles bekamen sie. Und fast kinderleicht. Ihre Führung warf mehr als 274.000 Mann ins Treffen und war besonders zur See, wo sich der Konflikt hauptsächlich abspielte, weit überlegen. Ihre Marine, die drittstärkste der Welt, galt als schlagkräftig, gut ausgebildet. Sie siegt in der Karibik sowie vor den Spanischen Philippinen im Pazifik. ...

Wieder einmal sind sie sichtlich von Gott gesegnet, der Krieg ist entschieden. Schon am 20. Juni hatte man Guam eingenommen. Am 7. Juli annektierte man Hawaii. Einige Wochen später besetzt man Puerto Rico und Manila auf den Philippinen, die Spanien trotz allen Sträubens, im Frieden von Paris am 10. Dezember 1898 für 20 Millionen Dollar an die USA abtreten muß. Diese bekommen außerdem Puerto Rico, die Pazifikinsel Guam und eine Art Aufsichtsrecht über Kuba, auf das Spanien, das auch die Schulden von 400 Millionen Dollar übernehmen muß, alle Ansprüche verliert.<<

1899

Großbritannien: Eine englische Zeitschrift berichtet im Jahre 1899 über die Folgen der imperialistischen Politik (x056/301): >>Das Gewicht der Macht verlagert sich von Manchester und Birmingham (Zentren der Eisen- und Textilindustrie) zur Lombard Street (Bankenviertel in London). England konnte nicht die Werkstatt der Welt bleiben; es wird dafür schnell ihr Geldgeber, ihr Gläubiger, ihr Hauswirt. ...<<

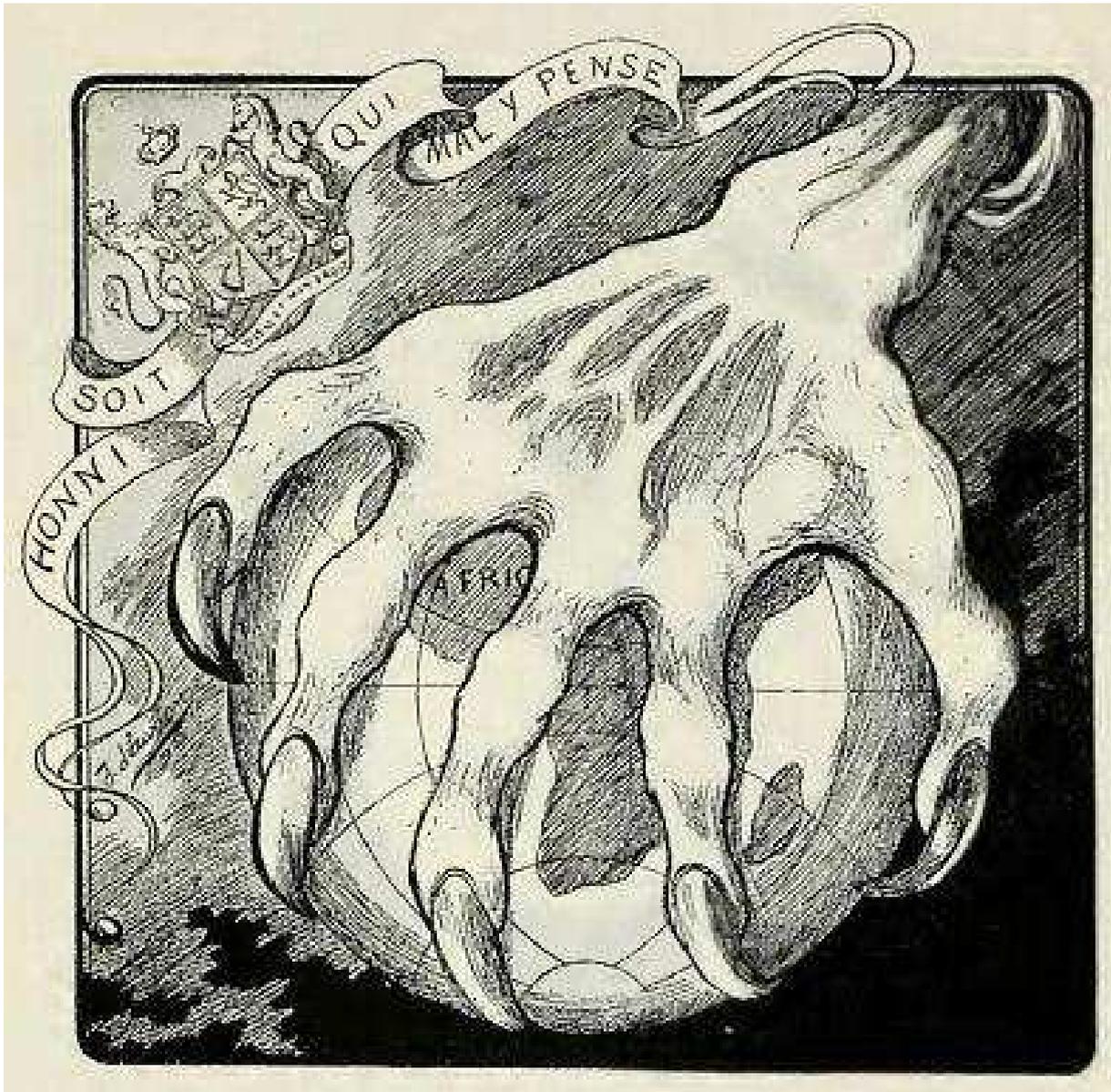


Abb. 47 (x058/74): Der Erdball in den Krallen Englands ... (Französische Karikatur, 1899).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das Britische Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer (des) Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.

Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<

Südafrika: Während des "Burenkrieges" (1899-1902) setzen sich die Buren (holländische, deutsche und französische Kolonisten, die seit 1652 in Südafrika eingewandert sind) erbittert zur Wehr.

Der britische Oberbefehlshaber Lord Horatio H. Kitchener (1850-1916, ab 1914 englischer Kriegsminister) läßt damals in Südafrika erstmalig Konzentrationslager für Frauen, Kinder und Greise einrichten, um den Widerstand der kämpfenden Männer zu brechen (x069/75).

USA: Die "Liga der Anti-Imperialisten" protestiert im Jahre 1899 gegen die "US-Weltpolitik" (x056/135): >>Die Politik, die man Imperialismus nennt, ist der Freiheit feindlich und führt

zum Militarismus, einem Übel, von dem frei zu sein bisher unser Stolz war. Wir bedauern, daß es im Lande Washingtons und Lincolns nötig geworden ist zu betonen, daß alle Menschen ohne Rücksicht auf Rasse oder Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. ...

Wir bestehen darauf, daß jede Unterjochung eines Volkes "verbrecherische Aggression" ist. ... Wir verurteilen die Politik der gegenwärtigen Regierung auf das schärfste. ...

Wir werden die Wiederwahl eines jeden zu verhindern suchen, der im Weißen Haus oder im Kongreß die amerikanische Freiheit durch Verfolgung unamerikanischer Ziele verrät. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die nordamerikanische Ausdehnungspolitik (x057/179-180): >> Schon nach dem Sezessionskrieg (1861-65) begann ein neuer Abschnitt der amerikanischen Ausdehnung (Kauf Alaskas vom Rußland 1867). Gegen Ende des Jahrhunderts erwachte die Machtpolitik von neuem.

Die Monroelehre (1823) wurde durch den Panamerikanismus ersetzt (seit 1889), der den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten unter Führung der Vereinigten Staaten erstrebte. Die Hauptziele der nächsten Jahre waren die Herrschaft über den Golf von Mexiko und den Stillen Ozean. Durch die Eroberung Kubas und Puerto Ricos sicherten sich die Vereinigten Staaten die Verbindung mit Südamerika. Mit dem Erwerb der Hawaii-Inseln erlangten sie einen wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean und mit den Philippinen (1898) großen Einfluß in Ostasien. Dadurch war der Gegensatz zu Japan gegeben.

Um ihre außenpolitische Stellung zu verstärken, bauten die Amerikaner eine große Kriegsflotte und den Panamakanal (1914 fertig), die kürzeste Verbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean. Um den Kanal ganz in seine Hand zu bekommen, veranlaßte Amerika die Loslösung der Republik Panama (1903) von Kolumbien und gewann auch in den übrigen mittelamerikanischen Republiken Einfluß (besonders in Nicaragua).

So suchten die Vereinigten Staaten nicht nur den Raum des amerikanischen Festlandes politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, sondern sie traten zugleich in die Weltpolitik ein, wodurch die Union immer mehr in die außeramerikanischen Verwicklungen hineingezogen wurde.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus in Süd-Ostasien (x068/156-158): >>... Vor der Besetzung der Philippinen, so erzählt Präsident William McKinley (1897-1901) im Weißen Haus methodistischen Geistlichen, habe er in mehr als einer Nacht auf den Knien Gott den Allmächtigen um Erleuchtung gebeten. Also fand er auch die Lösung.

Weder durften die Philippinen an Spanien zurückgegeben noch den Franzosen oder Deutschen überlassen werden. All dies wäre "ein schlechtes Geschäft" gewesen, fand McKinley, von Gott erleuchtet. Nein, William McKinley hatte keine andere Wahl, "als die Philippinen zu nehmen und die Filipinos zu erziehen, zu erhöhen und zu zivilisieren und mit Gottes Hilfe das Beste an ihnen zu tun, denn sie sind ja auch Menschen, und auch für sie ist Christus gestorben. Und dann ging ich ins Bett, um zu schlafen, und ich schlief gut."

Seinesgleichen schläft wohl immer gut. Gut schlief auch Truman, laut Selbstbekenntnis, nach dem Abwurf der Atombomben auf Japan. Ein gutes Gewissen ist nun einmal ein gutes Ruhekitzen. Zumal für Christen. Zumal für US-Christen. Zumal für US-Christen, die US-Präsidenten sind.

Während des Krieges werden 200.000 Filipinos umgebracht - nicht zimperlich. Gelegentlich töten die US-Helden für einen Amerikaner rund tausend Einheimische. Derart rächt man zum Beispiel einen erschossenen Krieger, dem man den Bauch aufgeschlitzt hatte. "Sofort erhielten wir Befehl", meldet ein Soldat seinen Eltern nach New York, "den Ort niederzubrennen, in dem das geschehen war, und jeden Einheimischen zu erschießen, der sich blicken ließ. Ungefähr 1.000 Männer, Frauen und Kinder wurden anschließend als getötet gemeldet. Ich fühle

mich großartig, wenn ich mein Gewehr auf dunkle Haut richte und den Abzug drücke."

Aber noch bei den beginnenden Friedensverhandlungen in Paris Anfang Oktober 1898 ist selbst die Meinung der USA über ihre Philippinen-Politik geteilt. Gleichwohl entscheidet sich McKinley für die Abtretung. So werden die Philippinen, wo der Guerillakrieg noch bis 1902 weitergeht, eine Art amerikanischer Kolonialmacht für 47 Jahre! Das paßt zu dem angeblichen Selbstregierungsprinzip der USA wie die Faust aufs Auge.

Doch erklärte vor der Ratifizierung des Pariser Vertrags am 6. Februar 1899 - mit nur einer Stimme Mehrheit - Präsident McKinley, die Annexion der Spanien abgenommenen Gebiete sei "ein rein altruistischer Entschluß" gewesen. Es gehe den USA "weder um den Besitz eines Landes, um Handel, noch um ein Imperium, sondern allein um Menschen", um den Fortschritt der Menschheit und der Zivilisation.

Näher als McKinley, den am 6. September 1901 auf der Pan-American-Exposition in Buffalo/New York der Anarchist Leon Czolgosz niederschießt (worauf Vizepräsident Theodore Roosevelt Präsident wird), näher kam der Sache und der Wahrheit der Senator Albert Beveridge, der die Amerikaner eine "erobernde Rasse" nannte und ihren Annexionismus etwas nüchterner sah. Doch den Herrn vergaß auch er nicht, als er dazu aufrief, "unserem Blut" zu gehorchen, "neue Märkte und wenn nötig neue Gebiete in Besitz" zu nehmen.

Denn: "Nach Plan des Allmächtigen" müssen "niedergegangene Zivilisationen und verfaulende Rassen zugunsten der höheren Zivilisation des edleren und männlicheren Menschentyps" verschwinden. "Die Philippinen gehören uns für immer", rief Beveridge am 9. Januar 1900 vor dem Kongreß. "Und jenseits der Philippinen eröffnen sich uns die unermeßlichen Märkte Chinas. Wir werden auf sie nicht verzichten."

Auf die Philippinen verzichteten sie Jahrzehnte später freilich; natürlich nicht aus Selbstlosigkeit. Nicht etwa der Freiheit der Filipinos, sondern gewisser Wirtschaftsinteressen wegen. Man wollte die Agrar-, die Zuckerimporte der Insulaner vom amerikanischen Markt ausschließen und auch ihnen selbst die Einwanderung verbieten. Die angekündigte Unabhängigkeit aber war mit derartigen Rechtswidrigkeiten verbunden, daß sogar Präsident Hoover protestierte. Doch beide Häuser des Kongresses setzten sich mit Zweidrittelmehrheit gegen ihn durch und verabschiedeten am 13. Januar 1933 das Haws-Cutting-Act, das zwar die Unabhängigkeit der Philippinen vorsieht, doch erst nach zwölf Jahren; zudem sichern sich die USA das Recht auf Militärstützpunkte.

Nach dem Krieg gegen Spanien wird die nationale Befreiungsbewegung in Kuba, die Unabhängigkeitsrevolution, von den USA abgewürgt und durch den Platt-Zusatz zur Verfassung von 1901 ihr Interventionsrecht auf Kuba verbrieft, ebenso die Verpachtung des Flottenstützpunktes Guantánamo. Überhaupt paßt es zur traditionellen Heuchelei der Vereinigten Staaten, daß sie, die einst das Kolonialjoch abschüttelten, nun selber Kolonialmacht wurden, indem sie Spanien Puerto Rico und die Philippinen raubten.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die damalige nordamerikanische Wirtschaftskraft (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.

Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<

Der deutsche Historiker Prof. Klaus Schwabe berichtet später über die damalige Außenpolitik der USA (x041/178): >>... Rein äußerlich gehörte es seit dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898) in den Kreis der Imperialmächte – als Erbe des spanischen Kolonialreiches. ...

Als ehemalige Kolonie traditionell anti-imperialistisch und unter den Kolonialmächten ohnehin Nachzügler, strebten die USA kein formelles Kolonialreich an, sondern ein Informal Empire, eine Einflußzone, in der die "Offene Tür", d.h. das Prinzip des Freihandels gelten sollte, wie der Außenminister John Hay, im Interesse des amerikanischen Exports, in mehreren Notizen 1899/1900 für China forderte.

Obwohl als Handelsweltmacht somit weltweit engagiert, waren die Vereinigten Staaten eine Weltmacht eigener Art. Sie verfügten schon vor 1900 über die drittstärkste Flotte der Welt und beanspruchten für sich die Rolle einer Ordnungsmacht in Lateinamerika (Roosevelt-Corollary vom 6. Dezember 1904 zur Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823). Doch anders als die übrigen Großmächte gehörten sie keiner Bündniskombination an.

Die von George Washington zuerst ausgesprochene Warnung vor "verstrickenden Bündnissen", die Grundmaxime des amerikanischen Isolationismus, galt noch unangefochten, wenn die USA auch, wie z.B. im Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) oder in der ersten Marokkokrise (1905), als Vermittler zwischen den übrigen Großmächten auftraten.

Doch entsprach das Gewicht der Vereinigten Staaten als Weltmacht noch nicht deren schon damals überragendem Wirtschaftspotential; denn die finanziellen Druckmittel, welche die amerikanische "Dollardiplomatie" Lateinamerika gegenüber bereits erfolgreich einsetzte, konnten in Europa noch nicht wirken, weil Amerika nach wie vor als Schuldner bei den traditionellen Kapitalexporthändern (Frankreich, Großbritannien, auch das Deutsche Reich) erschien. ...<<

1900

Großbritannien: Die Zeitung "Daily Mail" berichtet am 19. Mai 1900 über das Verhalten der Londoner Bevölkerung während des Burenkrieges (x233/120): >>Innerhalb von 5 Minuten nach der Bekanntgabe ... (der Befreiung des afrikanischen Ortes Mafeking durch britische Truppen) war das historische Haus des Oberbürgermeisters (von London) von einer Menge von nicht weniger als 20.000 Rasenden umgeben, die alle schrien: Mafeking ist frei!, oder in allen möglichen und unmöglichen Tonarten "God save the Queen" sangen.

Frauen weinten, ganz außer sich vor Freude, und Männer umarmten einander, die sich meist gar nicht kannten: Aber das machte nichts, denn Mafeking war frei. ...<<

USA: Nordamerika festigt nach dem Sieg über Spanien (1898) im Jahre 1900 seine herausragende Position als Industriemacht.

US-Senator Albert Beveridge erläutert im Jahre 1900 die "rechtmäßige Annexion" der Philippinen (x056/135): >>Die Philippinen sind unser auf ewig, sie sind "den Vereinigten Staaten zugehöriges Territorium", wie unsere Verfassung dies nennt. Und gleich jenseits der Philippinen sind Chinas unbegrenzte Märkte. Keines von beiden werden wir aufgeben. ...

Selbstbestimmung und innere Entwicklung haben das erste Jahrhundert unserer Geschichte geprägt; Verwaltung und Entwicklung fremder Länder werden unsere vorherrschenden Aufgaben im zweiten Jahrhundert sein. ...

Von allen Völkern des Menschengeschlechts hat Gott das amerikanische Volk dazu auserwählt, letztendlich die Führung zu übernehmen, bei der Erneuerung der Welt. ...<<

Der nordamerikanische Außenminister John Hay (1838-1905) erteilt der Auslandsvertretung am 3. Juli 1900 folgende Weisung (x239/195): >>Bisher war es immer die Absicht des amerikanischen Präsidenten, mit den anderen Mächten gemeinsam zu handeln, um

1. mit Peking Verbindung aufrechtzuerhalten und die amerikanischen Beamten, Missionare und andere gefährdete Missionare zu schützen,

2. überall in China Amerikanern und ihrem Eigentum jeden möglichen Schutz zu gewähren,

...

3. die Ausbreitung der Unruhen in andere Provinzen des Reiches und ihre Wiederholung zu verhindern.

Noch ist es natürlich zu früh, die Mittel, die das letztgenannte Ziel erreichen könnten, zu benennen; aber die Politik der amerikanischen Regierung ist es, eine Lösung zu suchen, die China Sicherheit und einen dauerhaften Frieden bringt, die Chinas politische Einheit erhält, alle durch Verträge und vom Völkerrecht garantierten Rechte friedlicher Mächte schützt und allen Staaten der Welt das Prinzip gleichberechtigten Handelns in allen Teilen des chinesischen Reiches offenhält. ...<<

1901

Großbritannien: Der britische Politiker Joseph Chamberlain wirbt im Jahre 1901 für ein Bündnis mit dem Deutschen Reich (x069/89): >>England müsse sich für die Zukunft nach Bundesgenossen umsehen. Die Wahl sei zwischen Rußland-Frankreich und dem Dreibund. Sowohl innerhalb des Kabinetts als auch im Volke gebe es Stimmen, die einen Ausgleich und ein festes Zusammengehen mit Rußland wünschen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die allmähliche politische Isolierung des Deutschen Reiches (x057/190-191): >>England hatte in Deutschlands mächtigem Aufschwung den eigentlichen Nebenbuhler seiner Seeherrschaft und Weltwirtschaft erkannt und entschloß sich deshalb, den deutschen Wettbewerb durch ein Zusammengehen mit Deutschland auszuschalten.

Ohne ein eigentliches Bündnisangebot zu machen, verhandelten englische Staatsmänner mit deutschen Diplomaten (1898 und 1900/01). Die Bündnisverhandlungen wurden aber von beiden Seiten mit so großem Mißtrauen geführt, daß nach dreimaligen Versuchen der englischen Regierung die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Somit vollzog sich eine entscheidende Wendung in der außenpolitischen Lage des Reiches. Die deutsche Regierung baute auf den unversöhnlichen Gegensatz zwischen England und Rußland und glaubte, beide Mächte gegeneinander ausspielen zu können. Aber das Schwanken zwischen England und Rußland hatte die Feindschaft beider zur Folge und sollte Deutschland zum Verhängnis werden. ...

Englands trat nun auf die Seite der Gegner Deutschlands und begann damit dessen Isolierung (1902). Zunächst schloß es ein Bündnis mit Japan und unterstützte es im Kriege gegen Rußland (1904/05). Dann verständigte es sich mit Frankreich (Entente cordiale), indem es auf seine Ansprüche in Marokko verzichtete und dafür freie Hand in Ägypten erhielt. Von größter Bedeutung war sodann die Verständigung mit Rußland, die den scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz zwischen beiden Mächten beseitigte (1907). Persien wurde in eine nördliche russische und südöstliche englische Zone geteilt. Auch im fernen Osten erfolgte eine Abgrenzung der Machtbefugnisse.

Durch den Abschluß der Entente hatte sich die weltpolitische Stellung Deutschlands außerordentlich verschlechtert. Der Dreibund (Deutschland – Österreich – Italien) war durch den Gegensatz Österreich – Italien stark geschwächt, zumal Italien sich immer mehr der Entente näherte. Der einzige zuverlässige Bundesgenosse Österreich-Ungarn drohte in verschiedene Nationalitäten auseinander zu fallen.

Auf der anderen Seite stand die Triple-Entente (England – Frankreich – Rußland), der Japan und später auch Portugal angegliedert waren und der sich auch Italien (ohne das Bündnis mit Deutschland und Österreich zu kündigen) und Rumänien zugesellten. So war Deutschlands Vereinsamung vollzogen.

Die Führung der gegnerischen Mächtegruppe übernahm England unter seinem König Eduard VII. (1901-1910) und dem Außenminister Grey, unterstützt von Frankreich (Clemenceau, Delcassé und Poincaré) und Rußland (Iswolski und Sassonow).

Mit allen Mitteln wurde versucht, die Weltmeinung gegen Deutschland zu beeinflussen. Als die deutsche Regierung auf den beiden Haager Friedenskonferenzen (1899, 1907) die Erörterung der Abrüstungsfrage ablehnte, stellte man Deutschland vor der Welt als Erobererstaat

hin, der durch seinen Militarismus den Weltfrieden störe. ...<<

USA: US-Präsident McKinley (seit 1897 Präsident, begründet die imperialistische Weltmachtspolitik Nordamerikas) wird im Jahre 1901 durch einen Anarchisten ermordet.

McKinleys Nachfolger, Vize-Präsident Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909), setzt die US-Weltmachtpolitik konsequent fort.



Abb. 48 (x239/189): "Der Schutzmann der Welt" – amerikanische Karikatur auf Theodore Roosevelts "Politik des großen Knüppels", 1905.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 25.10.2008) über Theodore Roosevelt (x887/...): >>Er machte die USA zum "Weltpolizisten"

Präsident Theodore Roosevelt betrieb Friedenspolitik, war aber durchaus auf die Interessen seines Landes bedacht

Theodore Roosevelt wurde 1858 in New York City als Sohn von Theodore Roosevelt senior und dessen Frau Martha Bulloch in eine sehr vermögende und gesellschaftlich etablierte Familie geboren. Weil er während der Kindheit starkes Asthma hatte, erhielt er überwiegend zu Hause Unterricht von Privatlehrern. 1876 ging er an die Universität Harvard, wo er bis 1880 studierte.

Zwei Jahre später begann Roosevelts politische Karriere. Er ließ sich als unabhängiger Kandidat bei der Republikanischen Partei für das Abgeordnetenhaus im Staat New York aufstellen und wurde gewählt. 1891 holte Präsident William McKinley ihn als Staatssekretär in das Marineministerium. Vehement unterstützte er in der ihm übertragenen Funktion die Forderung nach einem Krieg gegen Spanien, das sich den Unabhängigkeitsbestrebungen von Kuba widersetzte.

Als 1898 Roosevelts Ziel erreicht und der Krieg zwischen Spanien und den USA ausgebrochen war, trat er von seinem Amt zurück, um eine Kavallerieeinheit zu organisieren, der er als Oberst vorstand. Die von ihm angeführten "Rough Riders", die sich aus verwegenen Cowboys aber auch aus Sportreitern der Ostküsten-Oberschicht zusammensetzten, zeigte Roosevelt Führungskraft und großen Wagemut; der Einsatz auf Kuba ließ ihn zum Kriegshelden werden. 1899 kandidierte Roosevelt in New York als Gouverneur und gewann die Wahl.

Ein Jahr später wurde Roosevelt unter William McKinley Vizepräsident der Vereinigten Staaten. Als der Präsident 1901 durch den Anarchisten Leon Czolgosz angeschossen wurde und wenige Tage später seiner Verwundung erlag, wurde Roosevelt dessen Nachfolger und damit der jüngste Präsident der Vereinigten Staaten.

Roosevelt begann bereits sehr rasch, seine Ideen im Land zu verwirklichen. Energisch betrieb er eine Politik, die man auf manchen Feldern eher von einem Demokraten als von einem Republikaner erwarten würde. So stärkte er die Position der Arbeitnehmer gegenüber jener der Arbeitgeber und setzte sich massiv für die Monopolkontrolle der Konzerne (Trusts) ein. Auch war er der erste Präsident der Vereinigten Staaten, der mit Booker T. Washington offiziell einen Schwarzen im Weißen Haus empfing. Des weiteren gründete Roosevelt eine Reihe von Nationalparks in den USA und gilt dadurch als früher Verfechter des Naturschutzes.

Den US-Amerikanern gefiel Roosevelts Politik und 1904 wurde er mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Er setzte seine Wirtschafts- und Innenpolitik der starken Zentralgewalt fort und machte sich weiter um den Naturschutz verdient, indem er die Anzahl der Nationalparks verdoppelte und 51 Naturreservate einrichtete.

Doch auch in der Außenpolitik setzte Roosevelt neue Akzente. Nachdem mit der Monroe-Doktrin bereits Südamerika de facto zum US-amerikanischen "Hinterhof" erklärt worden war, ging Roosevelt noch einen Schritt weiter, in Richtung Weltpolitik mit den USA in der Rolle des Weltpolizisten.

1905 gelang es Roosevelt, die miteinander Krieg führenden Mächte Rußland und Japan zu Friedensverhandlungen im US-Ostküsten-Badeort Portsmouth zu bewegen, wofür er im darauffolgenden Jahr als erster Amerikaner den Friedensnobelpreis erhielt. 1906 beendete er mit dem Eingreifen der USA in die Marokko-Krise die Isolationspolitik seines Landes gegenüber Europa.

Mit seinen für einen Republikaner unkonventionellen politischen Entscheidungen machte sich Roosevelt im eigenen Lager nicht nur Freunde. Bis 1909 verschärfte sich der Streit bei den Republikanern zwischen Befürwortern und Gegnern derart, daß Roosevelt auf eine bis 1947 noch zulässige dritte Amtsperiode verzichtete. Er tat dieses in dem Glauben, in seinem späteren Nachfolger William Howard Taft, den er selbst einige Jahre zuvor ins Kabinett geholt hatte, einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben.

Taft erfüllte als Präsident zwar nicht die von Roosevelt in ihn gesetzten Hoffnungen, doch der Versuch eines politischen Comebacks mißlang dem Ex-Präsidenten. Bei den Republikanern mangelte es ihm an Unterstützung, und als unabhängiger Präsidentschaftskandidat neben Taft von den Republikanern und Woodrow Wilson von den Demokraten hatte er 1912 keine Chance.

Wenige Monate nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, in dem er sich für den Kriegseintritt seines Landes auf Seiten der Entente-Mächte stark machte, am 6. Januar 1919, starb Theodore Roosevelt in Oyster Bay, New York.

Geblichen ist von dem 26. Präsidenten der USA außer seinem Kopf an der Seite der Häupter von George Washington, Thomas Jefferson und Abraham Lincoln der Teddybär. Auf einer Jagd hatte "Teddy" Roosevelt sich geweigert, einen jungen Bären zu erschießen, den Jagdhelfer für ihn an einen Baum gebunden hatten. Der Pressezeichner Clifford Berryman hielt die Jagdszene in einer Karikatur fest, die auf der Titelseite der "Washington Post" veröffentlicht wurde.

Die Zeitungsleser schlossen den Bären ins Herz und wollten mehr von ihm sehen. Berryman ließ den Bären in den folgenden Karikaturen immer kleiner, runder und niedlicher werden und brachte ihn auf jeder Abbildung mit dem Präsidenten unter. Nun bedurfte es nur noch eines Schusses Geschäftstüchtigkeit, um aus dem zweidimensionalen Sympathieträger in der Zeitung eine dreidimensionale Knuddelpuppe zu machen. Über alledem wurde aus "Teddy's

Bear" "Teddy Bear", unser "Teddybär".<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die "neuen Imperialisten" USA und Deutsches Reich (x281/16-17): >>Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldeten sich auch jene unmißverständlich zu Wort, die sich bisher eher zurückgehalten hatten, Amerikaner und Deutsche. Beide Nationen wollten mitreden, wenn es um die Neuaufteilung der Erdkugel ging.

Die USA, so ihr damaliger Präsident Theodor Roosevelt, mußten "mit sanfter Stimme sprechen, aber einen dicken Knüppel in der Hand halten". Der dicke Knüppel war die eigene Seestreitmacht, deren Aufbau er zügig vorantrieb.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war bald weit über die Grenzen seines Reiches hinaus bekannt als Freund einer Sprache, in der Größenwahn und die Geringschätzung seiner Zeitgenossen unverstellt zum Ausdruck kamen. Den widerspenstigen Chinesen, die sich gegen westliche Willkür wehrten, schickte er Soldaten; sie sollten, so rief er den in Bremerhaven an Bord gehenden Militärs hinterher, im Reich der Mitte wüten "wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel".

Das taten sie dann auch. ...<<

Im Jahre 1901 leben in Nordamerika nur noch 270.000 Ureinwohner (x068/44).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/44-46): >>1825 erklärte Staatssekretär Clay: "Ihre Auslöschung ist unvermeidlich und kein großer Verlust".

"Schießen, wenn sie auf Schußnähe herankommen!", galt lange Zeit als Faustregel an der Grenze. Kurz, weithin waren die amerikanischen Militärs, die Politiker, die Beamten für Ausrottung oder doch rücksichtslose Unterdrückung der roten Rasse.

Und selbstverständlich waren es auch alle, die Gewinnsucht und Habgier ... immer weiter vorwärts trieben, bis sie faktisch alles besaßen und die ursprünglichen Besitzer faktisch nichts mehr.

Und dies Land will der Welt Freiheit bringen, Demokratie! Will sie Moral lehren, Recht! Will "die Ketten zerbrechen", sie "glücklicher" machen, "retten", "bis alle Menschen vom Hunger befreit und gegen Krankheit geschützt sind!" Will ausgerechnet gar die Kluft zwischen weißen und farbigen Rassen restlos beseitigen - ja, was haben ihre Präsidenten uns nicht schon vorgezogen! Als ließe ihre ganze Geschichte, von Anbeginn bis heute, auch nur den leisesten Zweifel daran, daß sie jedes Volk, egal welches, vernichten werden wie die Indianer, wenn es ihnen ernsthaft im Weg steht und auch vernichtet werden kann.

Die Zahl der indianischen Bevölkerung vor Invasion der Weißen ist sehr umstritten. Die Angaben schwanken zwischen wenigen Hunderttausend und vielen Millionen. Nach eher vorherrschender Ansicht der Gelehrten aber lebten zu Anfang des 17. Jahrhunderts, also bei Beginn des mörderischen Raubzugs an der Ostküste Nordamerikas, etwa acht Millionen Menschen. Nach Abschluß der gloriosen "Landnahme" lebten nur noch 350.000. Eine genaue Zahl sichert die Volkszählung von 1901: 270.000 Indianer. Dies die große Pioniertat! Anders gesagt: ... das "big killing".

Der allergrößte Teil der Indianer, dies ist unbestritten, fiel den Nordamerikanern zum Opfer; entweder direkt, durch Massaker, Abschachtung, oder indirekt, durch Hunger, Elend, Epidemien. Und gab es auch immer wieder Offiziere, Beamte, Geistliche, die sich für die Indianer engagierten, die Masse des Militärs, des Klerus, der Beamten, die Regierung, das Volk war gegen sie.

Und die heutigen Indianer haben wohl recht, von einem gewollten Rassenmord zu sprechen. Ein Großteil der amerikanischen Intelligenz, der Gelehrtenwelt, sieht das nun ähnlich; erklärt es als "Ausrottung" der Indianer, als "Vernichtung", "Menschenjagd", "Genocid". - "Lange vor

Vietnam taten wir das gleiche mit den Indianern" (Stan Steiner).

Und nicht nur einmal wurde dies Blutbad mit der Judenbeseitigung Hitlers verglichen. Ermordeten die Amerikaner ebenso viele Indianer?

Oder mehr? ...

Über Hitler klärten uns - das hat viel Geld gekostet - die Amerikaner auf. Nicht ganz, natürlich. Sie verschwiegen, daß sie selbst ihn finanzierten. Großzügig, sehr großzügig: seine Wahlen, seine Rüstung - und (damit auch) seinen Antisemitismus! Doch dazu werden sie noch lange schweigen. Auch ihre Indianervertilgung (die Quelle ihres Reichtums und ihrer Armut!) übergehen ihre Zeitungen, ihre Schulbücher noch im 20. Jahrhundert meist. Und in den Fernseh-, den Filmprogrammen figuriert der Indianer noch immer als der rote Teufel, der "bad guy", der nur Heimtücke und Kriegsgeschrei kennt, nur Brandfackel und Skalpmesser, Tomahawk und Tortur.

Rühmt doch auch der US-Informationsdienst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch: "Das waren handfeste Grenzer, die sich Land nahmen, wo es ihnen gefiel, und ihre Rechte (!) mit der Flinte - und mit endlosen Bibelsprüchen - verteidigten ..." Rühmt der US-Informationsdienst doch die "Kraftquelle von unschätzbarem Wert". Rühmt er doch "scharfe Augen und zuverlässige Flinten ... So mußte ein zupackender selbstsicherer Menschenschlag heranwachsen, der Wege durch die Wildnis zu bahnen ... lernte." Rühmt er doch:

"Sie glaubten an wahre Volksvertretung, Religion und Bildung und stellten die Vorhut der Zivilisation im Kampf gegen die weiter und weiter zurückgedrängte Wildnis dar."<<

1902

Großbritannien: England und Japan schließen wegen der russischen Expansionsversuche in Ostasien (China und Korea) im Jahre 1902 ein Bündnis gegen Rußland.

Am 12. April 1902 siedeln Lenin und seine Gattin Nadeschda Krupskaja (1866-1937) von München nach London um (x092/690).

Ein Abgeordneter des Unterhauses kritisiert im Jahre 1902 die britische Kolonialpolitik in Indien (x073/4-5): >>Ungefähr 200 Millionen Rupien werden zur Zeit dem indischen Volk genommen, um die Gehälter und Pensionen europäischer Beamter innerhalb und außerhalb Indiens zu bezahlen. Die Geldmenge, die nach England abfließt, stellt einen völligen wirtschaftlichen Verlust dar. Was in Indien ausgegeben wird, trägt zum Verbrauch der Ausländer bei, läßt aber die Landeskinder weiterhin darben. ...

Es kann wohl keinen klareren Fall finanzieller Ungerechtigkeit geben als den, daß man die Inder mit den gesamten britischen Zivil- und Militärausgaben belastet. Da man doch zugibt, daß diese Ausgaben im Interesse des Weltreiches vonnöten und für die Erhaltung der britischen Macht im Osten von großer Wichtigkeit sind.

Die Amerikaner haben aus Kuba in wenigen Jahren eine sich selbst regierende Republik gemacht. Die Briten behandeln die Inder seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten wie Heloten (Unterworfene, Sklaven), und noch besteht keine Aussicht und werden keine Anstrengungen gemacht, daß die feierliche Verpflichtung, Indien zu voller britischer Bürgerschaft zuzulassen, ehrlich erfüllt wird. ...<<

Ein britischer Schriftsteller erläutert im Jahre 1902 die wirtschaftlichen Ziele des Imperialismus (x073/23): >>Es wird von allen Geschäftsleuten zugegeben, daß mehr Waren erzeugt werden können, als mit Gewinn zu verkaufen sind, und daß es mehr Kapital gibt, als (daß man) lohnende Anlagen finden kann. Dieser Stand der Dinge bildet die Wurzel des Imperialismus. ... Daher kommen wir zu dem Schluß, daß der Imperialismus den Versuch der großen Industrie-Kapitäne darstellt, erweiterte Absatzmöglichkeiten für unverkäufliche Produkte zu finden; sie wollen die Waren, die sie zu Hause nicht verkaufen können, und das Kapital, das sie im Inland nicht anlegen können, in ausländischen Märkten unterbringen. ...<<

Ein Vulkanausbruch auf der britischen Antilleninsel St. Vincent fordert im Jahre 1902 etwa

2.000 Todesopfer (x175/29).

Afrika: Nach äußerst brutaler Kriegsführung brechen überlegene britische Truppen den erbitterten Widerstand der Buren und beenden im Jahre 1902 den "Burenkrieg" (1899-1902). Die Burenstaaten werden danach aufgelöst und der britischen Kolonie Südafrika zugeordnet.

USA: Im Jahre 1902 erhalten die Stämme der Cherokeesen, Creeks, Choctaws, Chickasaws und Seminolen die US-Bürgerrechte zuerkannt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Rechtsstellung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/69-70):
>>... Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gab es in den Vereinigten Staaten keinen freien Indianer mehr. Krankheiten und Hunger hatten unter ihnen gewütet, weiße Zivilisten und Militär sie zusammengeschossen, beraubt, verelendet, die feierlichsten Verträge laufend gebrochen.

Besaßen sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch rund 300.000 Quadratkilometer Land, hatten sie ein halbes Jahrhundert später noch etwa 100.000 Quadratkilometer; die Nachfahren ihrer Räuber und Mörder aber besaßen jetzt rund 9,4 Millionen Quadratkilometer Land, das 94fache - rechtmäßig, versteht sich. Denn Gewalt schafft Recht.

Aber noch nie hat Gewalt Gerechtigkeit geschaffen.

Nachdem man den Eingeborenen, den "Ausländern", so gut wie alles, was sie besaßen, entwendet hatte, ließ man sich herab, ihnen das Bürgerrecht zu geben; den Indianern der sogenannten Fünf Zivilisierten Stämme (Cherokeesen, Creeks, Choctaws, Chickasaws und Seminolen) 1902, allen übrigen erst am 2. Juni 1924. ...<<

1903

Belgien, Großbritannien: Bei dem 2. Parteikongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der im Jahre 1903 in Brüssel und London stattfindet, trennen sich die radikalen Bolschewisten (russisch: bolsche = mehr, "Mehrheit") und die gemäßigten Menschewiki (russisch: mensche = weniger, "Minderheit").

Großbritannien: Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain erläutert am 6. Oktober 1903 während einer Rede in Glasgow den englischen Imperialismus (x058/265-266): >>Unserre Ziele sind zwei:

Zuerst wünschen wir alle die Erhaltung und Mehrung der nationalen Stärke und das Gedeihen des Vereinigten Königreiches. Das mag ein selbstsüchtiger Wunsch sein. Zwar enthält er in meinem Sinne etwas mehr als bloße Selbstsucht. Immerhin, sie können nicht erwarten, daß unsere Stellung und unsere Pflicht Fremden unter demselben Gesichtspunkt erscheint wie uns. Nach meiner Meinung hat Britannien in der Weltgeschichte eine große Rolle gespielt, und aus diesem Grunde wünsche ich, Britannien möge es weiter tun.

Unser zweites Ziel ist oder sollte sein: Die Verwirklichung des größten Ideals, das jemals Staatsmännern in irgendeinem Lande oder zu irgendeiner Zeit vorgeschwebt hat: die Schaffung eines Reiches, wie es die Welt noch nie gesehen hat.

Wir müssen bauen an der Einheit der Staaten um die Ozeane; wir müssen die britische Rasse konsolidieren; wir müssen dem ganzen Rattenkönig von Wettbewerben begegnen, die gegenwärtig Handelswettbewerbe sind, die früher etwas anderes waren und es auch einmal in der Zukunft wieder werden könnten. Aber was das auch sein möge, welche Gefahren uns auch drohen mögen, wir dürfen ihnen nicht länger als ein isoliertes Land gegenüberstehen; wir müssen ihnen entgegentreten gekräftigt, gestärkt und abgesteift durch die Strebebepfeilerkraft aller jener Vettern von uns, aller kraftvoll und beständig wachsenden Staaten, welche dieselbe Sprache mit uns reden, auf dieselbe Flagge mit uns stolz sind. ...

... Unsere nationale Existenz beruht auf unserer industriellen Leistungsfähigkeit und Produktion. Wir sind nicht etwa ein wesentlich ackerbautreibendes Land; dies kann niemals die Hauptquelle unseres Wohlstandes sein. Wir sind ein großes industrielles Land. ...

... Daraus folgt eins: daß der Handel innerhalb unseres Weltreichs für unser Gedeihen in der Gegenwart unbedingt notwendig ist. Geht dieser Handel nieder oder hört er nur auf, im Verhältnis zu unserer Bevölkerung und zu der Abnahme des Handels mit auswärtigen Ländern, dann sinken wir zu einer Nation fünfter Klasse herab. Unser Schicksal wird dann das Schicksal der Reiche und Königtümer der Vergangenheit sein. ...

Ich habe gesagt, wenn unser Handel im Weltreich niedergeht, so gehen wir nieder.

Dazu mein zweiter Satz: Er wird unweigerlich niedergehen, wenn wir nicht vorbeugen solange es Zeit ist. ...

Ich glaube, wir müssen unsere insularen Gewohnheiten ein wenig ändern. Wenn ich in den Kolonien war, sagte ich ihnen gewöhnlich, daß sie zu provinzial seien; aber ich denke, wir sind auch zu provinzial. Wir denken zuviel an uns, und wir vergessen – es ist nötig, daß wir daran denken -, daß wir nur Teile eines größeren Ganzen sind.

Wenn ich von "unseren" Kolonien spreche, so ist das nur ein Ausdruck: sie sind nicht unser im possessiven Sinne. Sie sind Schwesterstaaten, fähig, mit uns Verträge auf dem Fuße von gleich zu gleich zu schließen, fähig, zu uns zu halten, willens, zu uns zu halten, aber auch fähig, mit uns zu brechen. ... Wir müssen näher aneinanderrücken, oder wir treiben auseinander. ...<<

USA: Im Jahre 1903 wird die Landenge von Panama (bis 1903 eine Provinz Kolumbiens) zum Bau des Panamakanals annektiert.

Panama bleibt danach bis zur Eröffnung des Panamakanals im Jahre 1914 ein Protektorat der USA.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Panama-Konflikt" (x068/167-169): >>... Kolumbien, dem das Panama-Gebiet gehörte (Panama war eine kolumbianische Provinz), wollte natürlich nicht auf seine Hoheitsrechte verzichten.

Zwar trat es am 22. Januar 1903 im Hay-Herrán-Vertrag der nordamerikanischen Kanalbaugesellschaft Land ab. Doch der kolumbianische Kongreß, der hier eine Einmischung der USA in innere Verhältnisse konstatiert, verweigert die Ratifikation des Vertrages, worauf die Vereinigten Staaten den Abfall der Provinz Panama von Kolumbien betreiben.

Präsident Roosevelt nennt den Parlamentsbeschluß von Bogota eine Beleidigung und die Abgeordneten "gierig und korrupt" – genau das, was er selbst war.

Er schickte am 2. November 1903 – seine berühmte "big stick-Methode" – Kriegsschiffe nach Panama, um das Recht "der freien und ungehinderten Durchfahrt" durch den Isthmus zu erzwingen. Am 3. November wird ein Aufstand in Panama City mit Roosevelts stillschweigendem Einverständnis und der Hilfe der New Panama Company inszeniert, die Verlegung kolumbianischer Truppen nach Panama City durch die US-Flotte verhindert, der Feuerwehrverein von Panama zu einer "Armee" gemacht.

Am 4. November erklärt sich die Provinz von Panama als unabhängig von Kolumbien, am 6. November erkennen die USA die Republik von Panama an, am 18. November pachten sie einen 16 km Streifen Land durch den Isthmus für immer und garantieren sowohl die Unabhängigkeit Panamas wie die Neutralität der Kanalzone, die jedoch Hoheitsgebiet der USA ist.

Präsident Roosevelt aber, der Panama dem kolumbianischen Staat entriß, bestreitet später jede Beteiligung an diesem Streich. Eiskalt lügt er am 4. Januar 1904: "Kein einziges Mitglied, kein einziger Mitarbeiter hat im geringsten dazu beigetragen, die Revolution vorzubereiten, auszulösen oder zu unterstützen."

Dabei wirft sein eigener Kongreß ihm später "eigenmächtiges Vorgehen" vor. Doch zynisch erklärt er (freilich schreibt man inzwischen 1911): "Wenn ich mich an die traditionelle und übliche Methode gehalten hätte, so hätte ich dem Kongreß einen an die 200 Seiten langen, äußerst würdigen Bericht unterbreiten müssen, und die Debatten hätten kein Ende gefunden."

So aber habe ich die Kanalzone erobert und den Kongreß debattieren lassen, und während die Debatte sich entwickelte, ging es mit dem Kanal voran. ..."

In den zwei Jahrzehnten von 1898 bis 1918 machten die USA aus dem Westindischen ein "amerikanisches Meer". Sie unterhielten an den strategischen Punkten Marinebasen, um den Panamakanal zu sichern. Sie hatten Kuba, Haiti, die Dominikanische Republik und Nicaragua zu Protektoraten gemacht, nicht de jure zwar, doch de facto; hatten Puerto Rico geraubt und die Jungferninseln gekauft.

Und der gerade so "idealistisch" gesinnte Wilson, der doch Dollardiplomatie und militärische Interventionen verdammt, bahnt nicht nur eine neue Art der Einmischung an, indem er durch Verweigerung der diplomatischen Anerkennung eines Regimes bewußt dessen oppositionellen Kräfte ermutigt, sondern er befiehlt auch selbst blutige Interventionen; auf Kuba, Haiti, in der Dominikanischen Republik und – die weitaus schrecklichste, folgenreichste – in Europa durch die Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917.

Friedensnobelpreis 1920!

Gerade weil Europa seit vielen Jahren auf das bis dahin blutigste Inferno der Geschichte zugezogen und dann darin versunken war, konnten die USA um so ungenierter in Lateinamerika operieren. Gleichzeitig verfolgten sie natürlich auch das ungeheure Schlachten jenseits des Atlantiks das sie selber bald als Kampf für Demokratie und dauerhaften Frieden propagieren sollten, während es ihnen im Grunde um wenig mehr ging als um ein einzigartiges Geschäft.<<

1904

Großbritannien: Die Briten drohen dem Deutschen Reich am 24. August 1904 mit Krieg, falls die deutschen Waffen- und Kohlelieferungen an Rußland nicht eingestellt werden (x092/-697).

England und Frankreich einigen sich über strittige Kolonialfragen (in Ägypten und in Marokko) sowie Fischereirechte und schließen ein Bündnis. England erkennt die französischen Einflußgebiete in Marokko an, während Frankreich die englische Übernahme Ägyptens bestätigt. Dieses britisch-französische Bündnis ändert das europäische Kräfteverhältnis zum Nachteil des Deutschen Reiches.

USA: US-Präsident Theodore Roosevelt rechtfertigt im Jahre 1904 die nordamerikanischen Interventionen in Lateinamerika (x058/274): >>... Es ist nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten einen Landhunger empfinden oder Projekte gegen andere Nationen der westlichen Hemisphäre unterhalten mit Ausnahme derer, die ihrer Wohlfahrt dienen. Als einziges wünscht dieses Land die Nachbarländer stabil, in Ordnung und blühend zu sehen.

Jedes Land, dessen Volk sich gut benimmt, kann mit unserer herzlichen Freundschaft rechnen. Wenn eine Nation beweist, daß sie weiß, wie man mit vernünftiger Tüchtigkeit und Anstand politische und soziale Angelegenheiten anpackt, wenn sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, braucht sie kein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu befürchten.

Chronisches Fehlverhalten oder Unfähigkeit, die auf eine allgemeine Lösung der Bindungen zivilisierter Gesellschaften hinausläuft, kann in Amerika wie überall letztlich die Intervention einer zivilisierten Nation erfordern.

In der westlichen Hemisphäre kann die Bindung der Vereinigten Staaten an die Monroe-Doktrin die USA, obgleich zögernd, zwingen, in abscheulichen Fällen von Fehlverhalten oder Unfähigkeit eine internationale Polizeimacht auszuüben. ...<<

1905

Kanada: Im Jahre 1905 verlassen die letzten britischen Truppen Kanada.

1906

Großbritannien: England und Frankreich schließen im Jahre 1906 ein Heeres- und Flottenabkommen gegen das Deutsche Reich.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Sir Charles Hardinge (1858-1944) schreibt in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906 (x320/10): >>... Man muß allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.<<

USA: In San Francisco fordert im Jahre 1906 ein Erdbeben etwa 450 Todesopfer (x175/60).

Kuba: Die Kubaner führen im Jahre 1906 Aufstände gegen die US-Besatzungstruppen durch. Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Aufstände gegen die US-Besatzungstruppen im Jahre 1906 (x068/163-164): >>... Kuba hatten die USA zunächst ihrer Militärverwaltung unterstellt, dann seine Souveränität 1901 durch einen Verfassungszusatz, das Platt Amendment, eingeschränkt (nach dem Senator O. H. Platt, Connecticut). Es sicherte ihnen ein - auch oft angewandtes - Interventionsrecht. Im Grunde betrachteten sie Kuba als ihr Land. Manche erklärten es als absurd, darüber auch nur zu diskutieren.

Einst hatte US-Außenminister William Seward dies so erhärtet: "Jeder Stein und jedes Sandkorn auf dieser Insel kommt aus der amerikanischen Erde und wurde aus dem Mississippi und den anderen Strömen, die in den Golf von Mexiko fließen, hinausgespült." 1902 ziehen sie sich zwar aus Kuba zurück. Doch 1906 eilt Kriegsminister Taft mit Truppen schon wieder hin, um Aufstände niederzuschlagen. Man bleibt bis 1909. Dann interveniert man militärisch noch 1912 und 1917-1919.

Bald besaßen Nordamerikaner in Kuba nicht nur Ölraffinerien und Zuckerplantagen. Auch die gesamte Energieproduktion befand sich in ihren Händen, der Telefon- und Telegrafendienst, fast alle Bergwerke sowie 80 % sämtlicher Straßenbahnen.

Doch selbst die Firmennamen waren spanisch. Man herrschte, ohne es zu signalisieren, ohne Flagge, ohne US-Verwaltung, man herrschte durch das Geld. Man trieb Geschäftspolitik, wobei, wie wohl überall auf Erden, die einheimische Geschäftswelt mit der fremden zusammenarbeitete gegen das eigene Volk.

Diese Politik suchte besonders Präsident William Howard Taft (1909-1913) zu fördern, der als Kriegsminister die militärische Okkupation Kubas (1906-1909) organisiert hatte. Als Nachfolger Roosevelts wollte Taft dessen "big stick policy", die "Politik des großen Knüppels", durch die "dollar diplomacy" ablösen. "Unsere Politik möchte Granaten durch Dollars ersetzen", erklärte er 1912. In Wirklichkeit setzte er Granaten und Dollars zugleich ein.<<

1907

Niederlande: Sir Edward Grey (1862-1933, 1905-16 britischer Außenminister) kritisiert während der Friedenskonferenz in Den Haag im Jahre 1907 den beschleunigten Aufbau der deutschen Kriegsflotte (x233/140): >>Der deutsche Kaiser kann die Konferenz, wenn er will, ... zum Scheitern bringen. Aber es muß deutlich gemacht werden, daß er die Verantwortung trägt, und nicht wir.

Wenn der Deutsche Reichstag ihm das Geld bewilligt, kann er uns zwingen, in den nächsten Jahren 10 oder 20 Millionen Pfund zu unseren Flottenausgaben hinzuzufügen. ...<<

An der 2. internationalen Friedenskonferenz in Den Haag (1907), die Nordamerika organisiert, nehmen bereits über 40 Staaten teil. Bei dieser Konferenz einigt man sich endgültig auf die Einrichtung des Haager Schiedsgerichtshofes und dehnt die Anerkennung des Roten Kreuzes (Genfer Konvention von 1864/1906) auf die Seekriegsführung aus.

Die erweiterten Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) werden am 18. Oktober 1907 unterzeichnet und enthalten z.B. folgende verbindliche Vereinbarungen über die Humanisierung der Kriegsregeln, über den Schutz der Zivilisten und über allgemeines Völkerrecht:

Die Tötung oder Verwundung von wehrlosen Feinden ist untersagt. Zivilpersonen sind im

Rahmen des "öffentlichen Gewissens" zu schützen.

Nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte bleibt die bisherige Rechtspersönlichkeit weiterhin erhalten. Ungeachtet der Auflösung bzw. dem Rücktritt der Staatsführung sind alle Bürger des Volkes zu schützen. Kein Staat kann sich einseitig von den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung lossagen.

Artikel 3 des IV. Haager Abkommens von 1907 lautet (x029/45): >>Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenenfalls zum Schadenersatz verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden.<<

Großbritannien: Ein englisch-russisches Bündnis soll im Jahre 1907 zur Entspannung in Afghanistan, Tibet und Persien führen und ist gleichzeitig gegen das Deutsche Reich gerichtet ("Stabilisierung des europäischen Gleichgewichtes").

Das unabhängige Persien wird später in 3 Zonen aufgeteilt. Die südliche Zone erhält England, während Rußland die nördliche Zone übernimmt (x074/988). Ferner werden die jeweiligen Gebietsinteressen Großbritanniens in Afghanistan und Rußlands in Tibet akzeptiert.

Das englische Foreign Office berichtet am 1. Januar 1907 über die "deutsche Weltpolitik" (x058/279-280): >>Deutschland hatte seinen Platz als eine der führenden, wenn nicht gar als die erste der europäischen Kontinentalmächte errungen. Doch über den europäischen Großmächten und jenseits von ihnen schienen die "Weltmächte" zu stehen. Es war auf einmal klar, daß auch Deutschland eine "Weltmacht" werden mußte. ...

Und so wurden denn Kolonien gegründet an Plätzen, die sich noch als herrenlos vorfanden, oder aus denen andere durch energische Geltendmachung eines deutschen Verlangens nach "einem Platz an der Sonne" verdrängt werden konnten: Damaraland, Kamerun, Togoland, Deutsch-Ostafrika, Neu-Guinea und andere Inselgruppen im Stillen Ozean ...

Journalisten, Geographen, Nationalökonomien, Handels- und Schiffahrtfirmen sowie die ganze Masse der Gebildeten und Ungebildeten der öffentlichen Meinung erklären unaufhörlich mit einer Stimme: Wir müssen wirkliche Kolonien haben, wo deutsche Auswanderer sich ansiedeln und die nationalen Ideale des Vaterlandes verbreiten können, und wir müssen eine Flotte und Kohlenstationen haben, um die Kolonien zusammenzuhalten, zu deren Erwerb wir genötigt sind.

Auf die Frage: "Warum müssen?" hat man die Antwort bereit: "Ein gesunder und mächtiger Staat wie Deutschland mit seinen 60.000.000 Einwohnern muß sich ausdehnen, er kann nicht stehenbleiben, er muß Gebiete haben, nach denen seine überschüssige Bevölkerung auswandern kann, ohne ihre Nationalität abzugeben."

Wenn man dagegen einwendet, daß die Welt jetzt tatsächlich unter unabhängigen Staaten aufgeteilt ist und daß Gebiete für Kolonisationszwecke nicht zu haben sind außer durch Wegnahme vom rechtmäßigen Besitzer, lautet die Antwort wiederum:

"Wir können uns auf solche Erwägungen nicht einlassen. Not kennt kein Gebot. Die Welt gehört den Starken. Eine kraftvolle Nation kann ihr Wachstum nicht durch blindes Festhalten am Status quo hemmen lassen. Wir haben keine Absichten auf anderer Leute Besitzungen, aber wo Staaten zu schwach sind, um ihr Gebiet in der bestmöglichen Weise zu verwerten, ist es die offenbare Bestimmung derer, die dies tun können und werden, an ihre Stelle zu treten."

...

Ein kluger deutscher Staatsmann würde die Grenzen erkennen, auf die sich jede Weltpolitik beschränken muß, wenn sie keinen feindlichen Zusammenschluß sämtlicher Nationen in Waffen herausfordern soll. Er würde sich darüber klar sein, daß der Bau des Alldeutschtums mit seinen Außenbastionen in den Niederlanden, in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz, in den deutschen Provinzen Österreichs und am Adriatischen Meer niemals auf einer anderen Grundlage als den Trümmern der Freiheiten Europas aufgeführt werden könnte.

Es muß anerkannt werden, daß eine deutsche Vorherrschaft zur See mit dem Bestehen des britischen Reiches unvereinbar ist, und selbst wenn dies Reich verschwände, würde die Vereinigung der größten Militär- mit der größten Seemacht in einem Staate die Welt zwingen, sich zur Beseitigung eines solchen Alps zusammenzuschließen. ...

Wenn man es für nötig hält, eine Theorie zu formulieren und akzeptieren, die auf sämtliche festgestellten Tatsachen der deutschen Außenpolitik paßt, dann muß die Wahl zwischen den beiden hier vorgetragenen Hypothesen getroffen werden:

Entweder strebt Deutschland geschlossen eine allgemeine politische Hegemonie und maritime Überlegenheit an, die die Unabhängigkeit seiner Nachbarn und schließlich die Existenz Englands bedroht.

Oder Deutschland hat, frei von einer derart scharf ausgeprägten Ambition und für den Augenblick nur darauf bedacht, seine rechtmäßige Stellung und seinen Einfluß als eine der führenden Mächte im Rate der Nationen zu benutzen, das Bestreben, seinen Außenhandel zu fördern, die Segnungen deutscher Kultur auszubreiten, das Betätigungsfeld seiner nationalen Kräfte zu erweitern und überall in der Welt neue deutsche Interessen zu schaffen, wo und wann immer sich eine friedliche Gelegenheit darbietet, wobei es einer ungewissen Zukunft die Entscheidung überläßt, ob nicht der Eintritt großer Veränderungen in der Welt Deutschland eines Tages einen größeren Anteil an direkter politischer Aktion auf Gebieten zuweisen wird, die jetzt nicht zu seinen Besitzungen gehören und zwar ohne jene Verletzung der feststehenden Rechte anderer Länder, die unter den jetzigen politischen Verhältnissen mit jeder solchen Aktion verbunden wäre. In beiden Fällen wäre Deutschland augenscheinlich klug, eine solch mächtige Flotte zu bauen, wie es dies nur vermag. ...

Solange England dem allgemeinen Grundsatz der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts treu bleibt, wären seinen Interessen nicht damit gedient, wenn Deutschland auf den Rang einer schwachen Macht herabgedrückt würde, da dies leicht zu einem französisch-russischen Übergewicht führen könnte, das für das britische Reich ebenso furchtbar, wenn nicht noch furchtbarer wäre. Es gibt keine bestehenden territorialen oder sonstigen deutschen Rechte, die England vermindert zu sehen wünschen könnte.

Solange die Aktion Deutschlands daher die Grenze eines berechtigten Schutzes bestehender Rechte nicht überschreitet, kann es immer auf die Sympathie und das Wohlwollen, ja sogar auf die moralische Unterstützung Englands rechnen.

Es wäre ferner weder gerecht noch politisch klug, die Ansprüche auf eine gesunde Ausdehnung zu ignorieren, die ein kraftvolles und im Wachstum begriffenes Land wie Deutschland ein natürliches Recht hat, auf dem Felde legitimen Strebens geltend zu machen.

Die freimütige Anerkennung dieses Rechtes hat England nie irgendeinem fremden Lande vorenthalten oder verweigert. Es darf daran erinnert werden, daß das Deutsche Reich seine bereits erfolgte Ausdehnung in nicht geringem Grade der Mithilfe oder dem nachgiebigen Geist Englands sowie dem britischen Grundsatz gleicher Möglichkeiten ohne Begünstigungen verdankt.

...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die antideutsche britische Außenpolitik im Jahre 1907 (x307/220-224): >>... Die längste Liste der britischen Beschwerden finden sich in einem berühmten Memorandum zum gegenwärtigen Stand der britischen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland, das Eyre Crowe im Januar 1907 verfaßte, damals Leiter der westlichen Abteilung im Foreign Office. ...

Das Memorandum vom 1. Januar 1907 begann mit einem kurzen Überblick über die jüngste Marokkokrise. Crowes Darstellung enthielt den unverkennbaren Unterton einer Moralpredigt nach dem Motto "Selbst schuld". Der deutsche Tyrann hatte Frankreich bedroht in der Hoffnung, dessen "frische Freundschaft" mit Großbritannien "im Keim zu ersticken".

Aber er hatte den Mumm und die Treue von Frankreichs britischem Kumpel unterschätzt: Er

"schätzte die Stärke des britischen Gefühls und den Charakter der Minister Seiner Majestät falsch ein". Wie die meisten Tyrannen war auch dieser ein Feigling, und die Aussicht einer "englisch-französischen Koalition in Waffen" reichte, um ihn abzuschrecken. Aber ehe er einen Rückzieher machte, bereitete sich der Tyrann noch mehr Schande, indem er sich bei dem britischen Freund Liebkind machen wollte und "eine Politik der Kooperation mit Deutschland in den schönsten Farbe malte". Und wie sollte Großbritannien nun auf diese unschöne Geste reagieren?

Als die herausragende Weltmacht sei Großbritannien, so argumentierte Crowe, durch eine Art "Naturgesetz" verpflichtet, sich gegen jeden Staat zur Wehr zu setzen, der versuchte, eine gegen die britische Hegemonie gerichtete Koalition zu gründen.

Und genau das habe die deutsche Politik beabsichtigt. Das ultimative Ziel Deutschlands sei eine "deutsche Hegemonie, zunächst in Europa und später auf der ganzen Welt". Während die britische Hegemonie jedoch von allen begrüßt und gefeiert und wegen der politischen Liberalität und Freiheit des Handelns von keinem beneidet und gefürchtet werde, bewiesen die Äußerungen des Kaisers und der alldeutschen Presse, daß eine deutsche Hegemonie einer "politischen Diktatur" gleichkomme, die der "Ruin der Freiheiten Europas" wäre. ...

Man könnte vieles zu diesem faszinierenden Dokument sagen, daß Grey als empfohlene Lektüre Premierminister Sir Henry Campbell-Bannermann und anderen hohen Ministern zukommen ließ. Zunächst wäre da Crowes schon fast komische Neigung, die Kriege, Protektorate, Besetzungen und Annexionen des britischen Empires als natürlichen und wünschenswerten Zustand zu beschreiben, die vergleichsweise ineffektiven Manöver der Deutschen hingegen als grundlose und empörende Verletzungen des Friedens.

Wie konnten die Deutschen es wagen, Großbritannien wegen der Samoa-Frage zu belästigen, wenn London im Begriff war, den Streit mit Transvaal "dem Urteil des Krieges zu unterwerfen"!

Dazu kam die Tendenz, hinter jedem Konflikt den langen Arm der deutschen Politik zu vermuten. Folglich hatten selbstredend die Deutschen Großbritanniens "Unruhen mit Rußland in Zentralasien geschürt" und den europäischen Widerstand gegen die britische Besetzung Ägyptens "behutsam aufgehetzt". Wo immer es zu Spannungen zwischen Großbritannien und seinen Rivalen kam, zogen angeblich die Deutschen im Hintergrund die Fäden.

Was die Manipulation der Presse von Kairo bis London anging, so enthüllte Crowes Umgang mit diesem Thema eine gehörige Portion Paranoia: Die deutsche Pressearbeit war geradezu lächerlich verglichen mit den weit umfassenderen und höheren Subventionen, die St. Petersburg und Paris verteilten. ...

Auch die Franzosen seien, rief Crowe in Erinnerung, früher sehr lästig gewesen und hätten Großbritannien ständig grundlos herausgefordert. Aber mit ihrer knallharten Weigerung, auch nur einen Zoll Boden in Ägypten und im Sudan preiszugeben, gefolgt von der Androhung eines Krieges wegen Faschoda, hätten die Briten alldem ein Ende gemacht.

Nunmehr seien Großbritannien und Frankreich die besten Freunde. Daraus folgte, daß lediglich eine absolut "unnachgiebige Entschlossenheit", britische Rechte und Interessen in jeder Region des Globus zu schützen, "den Respekt der deutschen Regierung und der deutschen Nation" gewinnen werde. Ein solches Szenario ließ nicht allzu viel Raum, um die wachsende Macht des jüngsten europäischen Reiches einzugliedern.

Hinter diesen Befürchtungen verbarg sich, wenn auch in Crowes Text nur indirekt angedeutet, das gerade sensationelle Wirtschaftswachstum Deutschlands. Im Jahr 1862, als Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden war, entfiel auf die Industrieregionen der deutschen Kleinstaaten mit 4,9 Prozent der fünftgrößte Anteil an der weltweiten Produktion; Großbritannien lag mit 19,9 Prozent mit großem Abstand an der Spitze.

In den Jahren 1880 bis 1900 kletterte Deutschland auf Platz drei hinter den Vereinigten Staa-

ten und Großbritannien. Und im Jahr 1913 lag es noch hinter den Vereinigten Staaten, aber bereits vor Großbritannien.

Anders ausgedrückt: In den Jahren von 1860 bis 1913 vervierfachte sich der deutsche Anteil an der weltweiten Industrieproduktion, während der britische Anteil um ein Drittel sank. Noch beeindruckender war der wachsende deutsche Anteil am Welthandel. Im Jahr 1880 kontrollierte Großbritannien 22,4 Prozent des Welthandels, die Deutschen belegten zwar den zweiten Platz, hatten aber mit 10,3 Prozent einen deutlichen Rückstand. Im Jahr 1913 hingegen war Deutschland mit 12,3 Prozent Großbritannien hart auf den Fersen, dessen Anteil auf 14,2 Prozent geschrumpft war.

Wohin man auch blickte, waren die Konturen eines Wirtschaftswunders zu erkennen: Von 1895 bis 1913 schnellte die deutsche Industrieproduktion um 150 Prozent in die Höhe, die Metallproduktion um 300 Prozent, die Kohleproduktion um 200 Prozent. Im Jahr 1913 erzeugte und verbrauchte die deutsche Wirtschaft 20 Prozent mehr Strom als Großbritannien, Frankreich und Italien gemeinsam.

In Großbritannien schwang bei den Worten "Made in Germany" sehr stark das Gefühl einer Bedrohung mit, nicht weil die deutschen Handels- und Wirtschaftspraktiken aggressiver und expansionistischer als andere waren, sondern weil sie die Grenzen der britischen Weltherrschaft aufzeigten.

Die deutsche Wirtschaftsmacht gab den politischen Ängsten der Entscheidungsträger auf ähnliche Weise Nahrung wie die chinesische Wirtschaftsmacht heute. ...<<

Peadar Kearney (1883-1942) verfaßt im Jahre 1907 den Text der späteren Nationalhymne Irlands (x230/67):

>>Wir singen ein Lied, ein Soldatenlied,
Das im freudigen, brausenden Chor lebt,
Wie der Rauch unseres Feuers zum Himmel zieht,
Und den Blick zu den Sternen emporhebt.
Verlangend nach der nahen Schlacht
Und daß der Morgen bald erwacht,
Hier in der schweigend-ernsten Nacht
Wir singen Soldatengesang.

Dir unser Kriegerblut, Insel der Kelten!
Mancher von uns kam mit östlichem Boot,
Freiheit sein Schwur!
Fern bleiben, Vaterland, die dich entstellten,
Künftig der Küste: Knecht und Despot
Heut nacht wird betreten die bheàrna bhaoghail,
Ob Heil oder Weh zu uns kommen will,
Beim Flintenschußpfiff, der Kanonen Gebrüll:
Wir singen Soldatengesang.<<

USA: Im Oktober 1907 wird die Börse in New York durch den Zusammenbruch der Kupferkurse erschüttert. Zahlreiche US-Banken geraten in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Vereinigten Staaten sind damals noch finanziell von Europa abhängig, denn sie haben hohe Auslandsschulden. Die französischen Banken, die in jener Zeit über sehr viel Kapital verfügen, leihen den US-Banken sofort 16 Millionen Dollar (x069/76).

1908

Großbritannien: Die "Daily-Telegraph-Affäre" (1908) wird von den Briten mit nationaler Entrüstung und maßlosen Haßausbrüchen beantwortet.

Durch diese antienglische Stellungnahme des deutschen Kaisers (während privater Gespräche

in England), die Reichskanzler von Bülow leichtfertig veröffentlichen läßt, wird das angespannte deutsch-britische Verhältnis noch schwieriger.

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über die "Daily Telegraph-Affäre" (x1.035/...): >>>Die Daily Telegraph-Affäre (1908)

Die historischen Hintergründe

Im Herbst 1907 unternahm Kaiser Wilhelm II. eine mehrtägige sehr erfolgreiche Reise nach Großbritannien. Im Anschluß an diesen Staatsbesuch hielt sich Wilhelm II. noch drei Wochen beim englischen Aristokraten Edward James Stuart-Wortley auf dessen Schloß Highcliff Castle auf. Beide diskutierten dort in privatem Rahmen die Möglichkeiten der Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses.

Im einem der Gespräche äußerte Wilhelm II., daß er nicht verstehen könne, warum die Engländer so mißtrauisch ihm gegenüber seien. Er sei doch während des Burenkrieges (1899-1902) in Deutschland einer der wenigen Freunde Englands gewesen, entgegen der allgemeinen Stimmung im deutschen Volk. Daher wollte er damals auch keine Burenvertreter in Berlin empfangen, und an einem von Frankreich und Rußland geplanten Engagement gegen England wollte er sich nicht beteiligen.

Nach einem sorgvollen Brief seiner englischen Großmutter, Queen Victoria, habe er einen zusammen mit deutschen Generälen entworfenen Feldzugsplan nach England geschickt, der offensichtlich zum englischen Sieg über die Buren beigetragen habe.

Die Flottenpolitik des Reiches richte sich zudem nicht gegen England, sondern sollte lediglich wirtschaftlichen Interessen im Fernen Osten dienen.

Der ebenfalls anwesende britische Journalist Harold Spencer formte aus den Äußerungen des Kaisers ein fiktives Interview.

Knapp ein Jahr später, nach einem erneuten Zusammentreffen des Kaisers mit Stuart-Wortley in Deutschland, erhielt Wilhelm II. den Text dieses "Interviews" zugesandt mit der Bitte, die Veröffentlichung als Artikel in der englischen Zeitung "Daily Telegraph" zu genehmigen. Nach Freigabe durch den deutschen Reichskanzler erschien das Interview am 28.10.1908 im "Daily Telegraph"; am 29.10.1908 druckte die halbamtliche "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ohne Kommentierung die deutsche Fassung.

Die Kritik am Kaiser

Nach Veröffentlichung des Interviews brach vor allem in Deutschland ein Sturm der Entrüstung in Volk, Presse und Reichstag los: Der Kaiser habe sich im Interview zu englandfreundlich gezeigt und sei seinen Landsleuten, die aufgrund der Burenkriege mehrheitlich englandfeindlich eingestellt waren, in den Rücken gefallen.

Andere kritisierten, daß der Kaiser durch undiplomatische Äußerungen England in seinem Stolz verletzt habe (z.B. durch die Feststellung, der englische Sieg über die Buren ginge auf einen deutschen Feldzugsplan zurück) und durch die eigenmächtige kaiserliche Privatinitiative ganz Deutschland vor der Welt blamiert habe.

So notierte z.B. Baronin von Spitzemberg am 30.10.1908 in ihr Tagebuch: "Das Beschämendste, Kläglichste, Indiskreteste und Bedenklichste, was der Kaiser (sich) bisher geleistet (hat). Der Kaiser ruiniert unsere Stellung und macht uns zum Gespött der Welt." (Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Am Hof der Hohenzollern. Aus dem Tagebuch der Baronin Spitzemberg 1895-1914. München 1978)

Das Interview wurde in Deutschland allgemein als erneuter Beleg für das problematische "persönliche Regiment" des Kaisers betrachtet.

Auch eine Gegendarstellung im "Reichsanzeiger" am 31.10.1908, die den korrekten Hergang der Ereignisse schilderte, konnte die Attacken gegen Wilhelm II. nicht mildern. Die englandfeindliche Stimmung im Land entlud sich in lautem Unwillen über der Person des Kaisers.

In England selbst wurde das Interview jedoch größtenteils gelassen aufgenommen. Der Skan-

dal war somit fast ausschließlich innenpolitischer Natur.

Unter dem öffentlichen Druck, besonders des Reichstags, mußte Wilhelm II. auf Verlangen des Reichskanzlers Bülow ein in seinen Augen demütigendes und angesichts des wahren Hergangs der Ereignisse unangebrachtes Dokument unterzeichnen, im dem er versprach, sich künftig mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten. Das Dokument lautete:

"In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte seine Majestät der Kaiser und Königin einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten von Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily Telegraph im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen, er erläuterte ferner die Haltung, die er in der Verhandlung des Reichstages über die Interpellation eingenommen hatte.

Seine Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers entgegen und gab seinem Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundene Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke Er seine vornehmste Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow Seines fortgesetzten Vertrauens."

Der Kaiser zog sich zurück, verfiel in wochenlange Depressionen und enthielt sich für lange Zeit öffentlicher Äußerungen. Sein Ansehen in Deutschland hatte schweren und dauerhaften Schaden genommen.

Die Tatsachen

Das berühmte "Interview" war gar kein Interview.

Wilhelm II. machte die betreffenden Aussagen in privatem Rahmen ein Jahr vor der Veröffentlichung. Es handelte sich um ein loses Gespräch im Rahmen eines dreiwöchigen privaten Besuchs. Der Kaiser antwortete nicht gezielt auf konkrete, von einem Journalisten gestellte Fragen; erst danach wurde daraus ein Interview fingiert.

Daß im persönlichen Rahmen, in ungezwungener Atmosphäre bei einem dreiwöchigen Privataufenthalt unbedachte Äußerungen fallen, ist gewiß nicht ungewöhnlich und besonders beim spontanen und redefreudigen Charakter des Kaisers plausibel. Auch der Autor des Interviews selbst konstatierte, daß der Kaiser mit "impulsivem und ungewöhnlichem Freimut" sprach.

Der damalige Hauptkritikpunkt in Deutschland, daß das Interview zu englandfreundlich gewesen sei, kann heute nicht mehr gelten und sollte heute im Gegenteil eher ein positiver Beleg für den Kaiser sein: Er distanzierte sich im Interview von englandfeindlichen Stimmungen in Deutschland.

Die Daily Telegraph-Äußerungen des Monarchen waren vielleicht zu offenherzig und undiplomatisch, an ihrer wohlwollenden Absicht kann kein Zweifel herrschen. Gewiß hatte Wilhelm II. überspitzt formuliert und unglücklich argumentiert (was der Reichskanzler vor der Veröffentlichung hätte korrigieren können), aber die Äußerungen waren den historischen Tatsachen entsprechend.

Wilhelm selbst schrieb in seinen Memoiren über das Interview:

"Sein Zweck war die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. ... Ich habe unter dieser ganzen Angelegenheit seelisch schwer gelitten." (Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten. Leipzig 1922, S. 98 f.)

Reichskanzler Bülow versäumte seine Pflicht, das zum "Interview" umgestaltete Gespräch vor der Veröffentlichung zu korrigieren. Wilhelm II. handelte korrekt und legte es dem Kanzler zur Überarbeitung vor. Ein "persönliches Regiment" fand hier also nicht statt.

Wilhelm II. war mit der Veröffentlichung des Artikels im Daily Telegraph grundsätzlich einverstanden, hielt aber einige Streichungen für notwendig und leitete den Text an seinen Reichskanzler Bülow weiter mit der Aufforderung, den Text durchzusehen und etwaige Ände-

rungen bzw. Korrekturen vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Aussagen Wilhelms II., die von der englischen Öffentlichkeit als undiplomatisch aufgefaßt werden konnten, hätten vor der Veröffentlichung somit korrigiert werden können.

Bülow (1849-1921), seit acht Jahren Reichskanzler und mit der Problematik der zunehmend negativen Reaktionen der Öffentlichkeit auf Äußerungen Wilhelms wohlvertraut, folgte der Weisung des Kaisers jedoch nicht. Nach eigenen Angaben las er den Text überhaupt nicht, sondern leitete diesen an Untergebene des Auswärtigen Amtes weiter. Dort erfuhr das "Interview" nur minimale Änderungen, und Bülow schickte es an den Kaiser zurück, womit der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stand.

Der Historiker Wolfgang Mommsen stellte fest: "Der Kaiser hatte sich also vollkommen korrekt verhalten; in verfahrensmäßiger Hinsicht war alles ordnungsgemäß abgelaufen." (Wolfgang Mommsen: War der Kaiser an allem schuld? Berlin 2002, S. 143)

Neueste Forschungen zeigen, daß der Reichskanzler das Interview sehr wohl gelesen hatte und es dennoch unterließ, Korrekturen vorzunehmen.

Der Vorwurf des "persönlichen Regiments" trifft in der Daily Telegraph-Affäre also nicht zu, da der Kaiser das Interview nicht einfach eigenmächtig freigab, sondern ausdrücklich den Reichskanzler konsultierte und um vorherige Korrektur bat.

Reichskanzler Bülow übernahm nicht die Verantwortung dafür, die Korrektur des Interviews unterlassen zu haben. Statt dessen ließ er zu, daß in der Öffentlichkeit allein der Kaiser als Verantwortlicher für die Affäre betrachtet wurde.

Reichskanzler Bülow und andere Bürokraten boten nach Veröffentlichung des "Interviews" zwar spontan ihre Entlassung an, ohne jedoch freilich ausdrückliche Verantwortung zu übernehmen. Wilhelm II. lehnte ab und erwartete, daß sich der Reichskanzler im Gegenzug vor den Kaiser stellen und die Tatsachen richtigstellen würde. Dies tat der Kanzler aber nicht - im Gegenteil: Weder vor dem Reichstag (10.11.1908) noch vor der Presse übernahm Bülow die Verantwortung für die unkorrigierte Veröffentlichung des Interviews.

Zudem behauptete Bülow, das Interview selbst nicht gelesen zu haben und schob die Verantwortung auf Untergebene im Auswärtigen Amt ab. Wilhelm II. jedoch wußte, daß der Kanzler das Interview sehr wohl persönlich gelesen hatte.

Neueste Forschungsergebnisse bestätigen dies nicht nur, sondern belegen sogar, daß Bülow nachträglich Schriftstücke manipulieren ließ, um seine Schuld zu vertuschen. Der Kanzler hatte also auch noch die Öffentlichkeit belogen.

Wilhelm II. fühlte sich verständlicherweise von seinem Kanzler verraten, das Band zwischen beiden war zerschnitten. Erst im März 1909 versöhnten sich Wilhelm II. und Bülow wieder, nachdem sich dieser beim Kaiser in einem Gespräch unter vier Augen für sein Verhalten entschuldigt hatte.

Wilhelm II. entließ Reichskanzler Bülow nicht allein aus Groll über die Daily Telegraph-Affäre, sondern auch, weil dieser 1909 keine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag mehr hatte.

Der "Novembersturm" (Wilhelm II. über die Daily-Telegraph-Affäre) hatte sich gelegt. Im Sommer des darauffolgenden Jahres 1909 aber war Bülows Politik in eine Sackgasse geraten: Sein liberal-konservatives Bündnis ("Der Block") zerbrach an der Ablehnung der Erbschaftsteuer und an der geplanten Reform des preußischen Wahlrechts. Am 14.07.1909 trat Bülow zurück und empfahl dem Kaiser, Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) zu seinem Nachfolger zu bestellen. Obwohl der Kaiser anfangs Bedenken hatte, folgte er schließlich dem Ratschlag des scheidenden Kanzlers.

Fazit

Die Daily Telegraph-Affäre war eine der größten monarchischen Krisen im Kaiserreich und hatte Wilhelm II. nachhaltig beschädigt. Noch nie zuvor mußte ein deutscher Kaiser danach

solche Zugeständnisse machen. Auch heute noch wird die Affäre fälschlicherweise als einer der Hauptbelege für ein "persönliches Regiment" des Kaisers gesehen. Dabei wird außerdem übersehen, daß der damalige Hauptkritikpunkt darin bestand, daß sich der Kaiser zu englandfreundlich (!) geäußert habe und heute hinfällig ist.

Das Jahr 1908 war für den Kaiser insgesamt ein Krisenjahr, das weitreichende Folgen auch für die öffentliche Position des Monarchen und sein Ansehen in Deutschland hatte.

Die im selben Jahr von dem rechtsradikalen Schriftsteller und Journalisten Maximilian Harden (eigentlich Felix Ernst Witkowsky; 1861-1921) in Gang gesetzte "Eulenburg-Affäre" hatte Wilhelm II. bereits erheblichen Schaden zugefügt. Der Kaiser wurde hier bezichtigt, sich in einem "unmännlichen, homoerotischem Umfeld" (dem "Liebenberger Kreis") zu bewegen, was ihn zu "weich" mache für einen harten außenpolitischen Kurs. Zentrale Figur dieses ersten großen Medienskandals war der enge Vertraute des Kaisers, Philipp Fürst von Eulenburg. Unmittelbar an die Eulenburg-Affäre schloß sich dann die Daily Telegraph-Affäre an.

Der Historiker Martin Kohlrausch bestätigt, daß beide Krisen in ihrer Gesamtwirkung die Monarchie fundamental und nachhaltig beschädigten: "Die Substanz der Krise der Monarchie von 1908 lag im Zusammenhang zwischen dem Schock zweier Skandale, die soweit gingen, die Abdankung des Monarchen in den Bereich des Möglichen zu bringen, und der gleichzeitigen Gewöhnung hieran." (Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Berlin 2005, S. 292)

Das Selbstvertrauen des Kaisers schwand im Zuge der beiden Skandale, die Affären hinterließen Spuren in der Psyche des Kaisers: "Gesundet ist er niemals wieder von diesem Schlage", stellte sein Sohn, Kronprinz Wilhelm, später fest.<<

1909

Großbritannien: Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die anti-deutsche britische Außenpolitik im Jahre 1909 (x307/220): >>... Im November 1909 bezeichnete Sir Charles Hardinge Deutschland als "die einzige aggressive Macht in Europa".

Derartige Behauptungen, die wie ein Mantra bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Depeschen, Briefen und Protokollen wiederholt wurden, verschmolzen zu einer neuen virtuellen Realität, eine Deutung des Weltgeschehens.

Warum entwickelten diese Männer eine so starke Feindschaft gegen Deutschland? Benahmen sich die Deutschen etwa "schlechter" als andere Mächte, drängten und forderten sie womöglich in Situationen, in denen andere Mächte einen sanfteren und fügsameren Modus operandi (Art und Weise des Handelns) fanden?

In einem Umfeld, in dem subjektive Eindrücke eine so große Rolle spielten und die Normen eines akzeptablen Verhaltens so variabel waren, ist es natürlich schwierig einzuschätzen, wie "provokativ" bestimmte Verhaltensweisen und Initiativen wirklich waren.

War die Krüger-Depesche etwa provokativer als die scharf formulierte Botschaft von Grover Cleveland, die um dieselbe Zeit von Washington abgeschickt wurde, um die Briten vor Einfällen in Venezuela abzuhalten? War die Besetzung Kiautschous provokativer als die amerikanische Beschlagnahmung der Kanalzone oder als die Schaffung eines russischen Protektorats über die Mongolei? War das tölpelhafte Bemühen Deutschlands um den diplomatischen Triumph in Agadir provokativer als die unilateralen Schritte, durch die Frankreich im Jahr 1911 das französisch-deutsche Marokko-Abkommen brach?

Womöglich sind das die falschen Fragen. Die Germanophoben drückten sich bei ihren Vorbehalten gegen Deutschland selten konkret aus. Sie sprachen allgemein von prahlerischen Ambitionen und tyrannisierendem "Auftreten" der Deutschen, von der Unberechenbarkeit des Kaisers und der Bedrohung, welche die militärische Stärke Deutschlands für das europäische Kräftegleichgewicht darstellte, aber sie scheuten sich, echte deutsche Verstöße gegen internationale Geflogenheiten zu nennen. ...<<

Persien: Britische und russische Truppen marschieren im Jahre 1909 in Persien ein und teilen

das Land vereinbarungsgemäß (Vertrag von 1907) in eine russische (im Nordwesten), eine britische (im Südosten) und eine neutrale Zone auf.

Nicaragua: Präsident Santos Zelaya (1853-1919) wird mit Unterstützung von US-Truppen im Jahre 1909 gestürzt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus in Lateinamerika (x068/164-165): >>... Dies zeigte sich etwa in Nicaragua, wo US-Truppen 1909 die innenpolitischen Querelen zwischen Konservativen und Liberalen entschieden.

Präsident Zelaya hatte damals ein Darlehen der USA über 15 Millionen Dollar ausgeschlagen. Denn dafür forderten sie das alleinige Recht auf den eventuellen Bau eines rund 300 km langen transozeanischen Kanals sowie die Kontrolle über Finanzen und Zoll Nicaraguas, eines zwar kleinen Staates, dessen Goldminen und Plantagen sie aber ebenfalls interessierten.

Kaum hatte Präsident Zelaya seine Entscheidung bekannt gegeben, brach ein Aufstand gegen ihn aus, angeführt von dem früheren Buchhalter einer Pittsburger Handelsfirma, Adolfo Diaz, unterstützt von einem amerikanischen Kreuzer und dessen an Land stürmenden "marines". Zelaya wurde noch 1909 gestürzt, der einstige Buchhalter Präsident, und natürlich erwies er sich den USA in allem gefügig. Getreu ihrer Dollardiplomatie begannen sie, Geld in das Land zu pumpen, sie kontrollierten schließlich den Zoll und übten praktisch das Protektorat aus.

Zum Schutz ihrer Ausbeutung landen am 14. August 1912 erneut US-Truppen in Nicaragua. Ein Aufstand gegen die Marionette Diaz wird bald darauf von Marinesoldaten niedergeschlagen, und bis 1925 hält man Nicaragua noch besetzt, nicht um es zu beschützen - vor wem auch -, sondern um es zu schröpfen. Zwei US-Banken arbeiten mit der US-Regierung zusammen, die Brown Brothers & Co. und die J. & W. Seligman & Co.

Dazu kommt die Zollhoheit sowie die Errichtung eines Marinestützpunkts und die Ermächtigung zu dem strategisch wichtigen Kanalbau. Nicaragua ist zwar staatlich souverän, aber wirtschaftlich fast völlig gebunden - ein "Neokolonialismus" raffinierter Form, eine US-Erfindung, und eine weitere Bastion des US-Imperialismus.

Bis 1925 wird Nicaragua finanziell und militärisch durch Nordamerika beherrscht. Und als es bald darauf zu einer liberalen Erhebung unter dem General Augustino Sandino kommt, besetzen die USA abermals das Land. Präsident Coolidge schickt das Marine-Corps und behauptet in bewährter Yankee-Heuchelei: "Wir führen ebenso wenig Krieg mit Nicaragua wie ein policeman mit den Passanten auf der Straße." Die neuerliche Einmischung provoziert den erbitterten Guerillakrieg Sandinos, den man 1934 ermordet.

Drei Jahre später gerät Nicaragua mit US-Hilfe unter die Diktatur des superkorrupten Anastasio Somoza Garcia, nicht nur nach Rolf Winter "der gnadenloseste Despot, der je in Mittelamerika ein hohes Amt besaß". Und auf diesen Mann und seine Brut konnten sich die USA verlassen. Bis 1979 terrorisierte der sich schamlos bereichernde Familienclan der Somoza Nicaragua über fast 40.000 Tote hinweg.<<

1910

USA: Die Einwohnerzahl der USA beträgt im Jahre 1910 rund 92 Millionen Menschen (x262/223).

1911

Frankreich, Großbritannien: In Frankreich und in England breitet sich im Jahre 1911 eine gefährliche Kriegsstimmung aus (Teilmobilmachung der britischen Flotte). Der französisch-britische Generalstab legt sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39).

Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) berichtet damals über die drohende Kriegsgefahr (x056/310): >>Ich würde Opfer bringen, um den Frieden zu bewahren. Würde aber England in eine Lage gedrängt, in welcher der Frieden nur erhalten werden könnte, durch Aufopferung der großen und wohltätigen Stellung,

die England im Laufe der Jahrhunderte erworben hat, ... dann sage ich mit Nachdruck, Friede um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen kann. Die Nationalehre ist keine Parteifrage, ebenso wenig wie die Sicherheit des großen internationalen Handels. ...<<

Mexiko: Der mexikanische Staatspräsident Porfirio Diaz (1830-1915, seit 1884 Staatspräsident) wird im Jahre 1911 gestürzt.

Nach dem Sturz des Diktators Diaz wird der im Jahre 1910 ausgebrochene Bürgerkrieg fortgesetzt. Die mexikanischen Revolutionäre Pancho Villa (1877-1923, ermordet) und Emiliano Zapata (1873-1919, ermordet) kämpfen vor allem für die Interessen des Agrarproletariats. Die revolutionären Unruhen in Mexiko dauern bis etwa 1920.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Politik in Lateinamerika (x068/158-162): >>... Seit den Ausgriffen nach Kuba, Puerto Rico, den Philippinen wuchsen die ebenso eklatant demonstrierten Machtgelüste der Yankees natürlich weiter. Wirtschaftliche, politische, militärische Interessen verbanden sich und führten zu einer extrem interventionistischen Politik, einem Neo-Kolonialismus.

Dabei halten die USA mit der Monroe-Doktrin die Europäer von Lateinamerika fern, und mit dem "Roosevelt-Ergänzungsartikel" (der Roosevelt Corollary zur Monroe-Doktrin) vom 6. Dezember 1904 - erst 1928 widerrufen - sichern sie sich die Möglichkeit bewaffneter Intervention. Was sie den Europäern seit Monroe verbieten, erlauben sie sich jetzt ausdrücklich selbst.

Sie beanspruchen gleichsam die Polizeifunktion über Lateinamerika. Sie sehen sich nach neuen Expansionsmöglichkeiten um. Sie drängen verstärkt über die eigenen Grenzen und machen dabei den gesamten mittelamerikanischen und karibischen Raum zu ihrer Einflußsphäre. Unter der Flagge des Anti-Kolonialismus angetreten, schaffen sie sich durch abhängige Besitzungen wie durch Protektorate nun doch eine Art Kolonialreich, das zwar politisch mehr oder weniger locker, wirtschaftlich aber eng mit ihnen verbunden bleibt.

Was lag auch näher, als von den Eroberungen, die man bisher in Mittelamerika gemacht, von den Bastionen, auf denen man Fuß gefaßt hatte, was lag buchstäblich näher, als einfach weiter vorzurücken?

Bei dem Kleinen Bruder im Süden fand der Große Bruder vieles, was er brauchte, Kupfer, Nickel, Zinn, Öl. Wo es möglich war, kaufte man diese Schätze, kaufte Fabriken und gelegentlich auch die Regierungen, in Mexiko, beispielsweise, oder Kuba.

Noch im 19. Jahrhundert war Lateinamerika politisch wie wirtschaftlich stark von Europa abhängig gewesen. Die herrschenden Großgrundbesitzer stützten sich auf den katholischen Klerus und die Armee.

Oft übernahm einfach eine Militärjunta die Regierungsgewalt. Es kam zu zahlreichen Diktaturen und Caudillos, zu sozialen und politischen Krisen da und dort, in Kolumbien, Argentinien, Mexiko, auch zu liberalen Reformen, mit einem gewissen Zuwachs an verfassungsmäßigen Rechten, die aber stets durch Konservative und die katholische Kirche bekämpft worden sind. Allerdings verliert Letztere allmählich in vielen Staaten ihren überragenden Einfluß, sie verliert die Kontrolle über Schule und Presse, und sie verliert Grund und Boden. An der Tagesordnung dagegen bleiben autoritäre Regierungsformen, wobei Wahlen gewöhnlich nur die Herrschaft eines Präsidenten legitimieren sollen.

Seit dem ausgehenden 19. und im frühen 20. Jahrhundert wird Südamerika immer mehr von Nordamerika bedrängt. Mittels seines Kapitals, seiner Investitionen, kontrolliert es große Bereiche der Industrie, Landwirtschaft, der öffentlichen Dienstleistungen. Und gestützt auf Geld und Macht baut es im Rahmen der Monroe-Doktrin, der "big-stick-policy" Roosevelts und der Dollardiplomatie seine beherrschende Stellung ständig aus, festigt es ökonomisch, diplomatisch, militärisch seine Position und verhindert zugleich politische wie soziale Reformen. Sie

aber waren um so nötiger, als sich in vielen lateinamerikanischen Staaten der Boden in den Händen von nur ein paar Prozent der Bevölkerung befand. Und diese befanden sich wieder mehr oder weniger in den Händen der USA, die eine derartige Gleichschaltung zumindest in Mittelamerika verlangten, "wie Stalin die Gleichschaltung in seinem osteuropäischen Machtbereich verlangt hatte" (Rolf Winter).

Praktisch seien die Vereinigten Staaten die Herren des Kontinents, erklärte der ehemalige US-Außen- und spätere Justizminister Richard Olney, "und wenn sie in irgendwelchen Angelegenheiten intervenieren, so ist ihr Wille Gesetz." Alle diese Interventionen in den dortigen Ländern aber hatten für deren Entwicklung katastrophale Folgen.

Das wichtigste Problem der US-Politik in Lateinamerika blieb aber stets die gespannte Beziehung zu Mexiko.

Blutendes, elendes Mexiko

In Mexiko leiten in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Liberalen die Trennung von Staat und Kirche, die Gewährung von Religionsfreiheit ein. Da aber der Klerus sein Vermögen, seinen Bodenbesitz verliert, entfesseln er und die Konservativen einen dreijährigen Bürgerkrieg. 1863 wird die liberale Reformära unter Präsident Benito Juárez durch die Intervention Spaniens, Frankreichs und Englands unterbrochen, wird Mexiko Monarchie unter dem österreichischen Erzherzog Maximilian, 1867 erschossen. Und zehn Jahre später kommt der einstige Seminarist und Anwalt, der General Porfirio Diaz, an die Macht und herrscht bis 1911 diktatorisch.

Dabei wird Mexiko, faktisch von der Armee, ideologisch von der katholischen Kirche gestützt, gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts stark vom US-Kapital abhängig, das zumal zur Ausbeutung der Erdölfelder ins Land drängt. Im Jahre 1900 entfallen von rund 1,16 Milliarden Pesos Auslandsinvestitionen fast 502 Millionen, über 43 %, auf das US-Kapital, das heißt die US-Amerikaner investieren in Mexiko 10 % mehr als die Mexikaner selbst. Und in den folgenden Jahren kommen 56 % der mexikanischen Importe aus den USA und 80 % der Exporte gehen dorthin.

1913 ist Mexiko der drittgrößte Erdölproduzent der Welt. Doch profitieren vom Erdölboom, vom Aufschwung der mexikanischen Wirtschaft, fast nur ausländische, besonders US-Firmen sowie einige einheimische Industrielle und Großagrarier. Die Volksmassen dagegen, vor allem die Arbeiter auf dem Land, Indianer und Mestizen, verelenden immer mehr. Das Schulwesen stagniert. Die Indios werden ihres kommunalen Besitzes beraubt, ganze indianische Stämme, wie die Yaquis, vertrieben und teilweise ausgerottet. Überhaupt sind die indianischen Bauern die Hauptopfer.

Enteignet oder verjagt schufteten sie für Hungerlöhne in den Bergwerken, beim Eisenbahnbau, auf Erdölfeldern, auf den Haziendas, wo das Peonaje-System vorherrscht, das den Peón, den Landarbeiter, in faktisch lebenslanger Schuldknechtschaft hält. Der Diktator erstickt alle Aufstände bereits im Ansatz brutal und genießt die volle Sympathie der USA, besonders die der nordamerikanischen Industriellen und Bankiers. "Wir haben", schreibt Präsident Taft (1909-1913) an seine Frau, "zwei Milliarden Dollar in Mexiko investiert, die gefährdet wären, wenn Diaz sterben würde". Zwar sind es tatsächlich "nur" 853 Millionen Dollar, doch auch sie übersteigen das gesamte mexikanische Kapital.

Die Not der Massen wird unter dem Porfiriat immer schlimmer. Es kommt zu großen Streiks, etwa der Kupferbergarbeiter 1906, der Textilarbeiter im Dezember/Januar 1906/07, zu größeren Unruhen der Ausgebeuteten 1908 und schließlich zur Revolution 1910. Damals besitzt 1 % der mexikanischen Bevölkerung 96 % des gesamten Bodens, nahezu 97 % der Landbevölkerung aber sind ohne Grundbesitz.

Im Mai 1911 dankt Diaz ab, der Demokrat Francisco Madero übernimmt die Regierung, wird aber bei einem konterrevolutionären Putsch des Generals Victoriano Huerta, eines "Super-

gangsters" (S. E. Morison), am 22. Februar 1913 "auf der Flucht" erschossen, auch sein Vizepräsident ermordet. Doch erst als Huertas Diktatur 1914 zusammenbricht, intervenieren die USA, müssen freilich wegen der Feindseligkeit der Bevölkerung im November 1914 wieder zurück. Einflußreiche US-Kreise treiben jedoch weiter zum Krieg, u.a. die mächtige Hearst-Presse, Theodore Roosevelt oder der Senator Albert B. Fall aus Arizona, der Vertreter von Erdölinteressen, der eine halbe Million Soldaten nach Mexiko schicken möchte, unter Präsident Harding Innenminister, unter Präsident Coolidge aber verurteilt und eingesperrt werden sollte.

Nach einer zweiten Intervention der USA im März 1916 unter General Pershing mit zunächst fünf-, dann elftausend Mann ist der Widerstand gegen die 500 Kilometer ins Landesinnere Eindringenden derart, daß die USA Verhandlungen mit Venustiano Carranza, dem ihnen wenig genehmen mexikanischen Präsidenten aufnehmen müssen, der den Indios ihr Land zurückgeben will, für die Verstaatlichung der Erdölvorkommen kämpft und gegen die Macht der katholischen Kirche, was ihm die erbitterte Feindschaft der US-Katholiken einträgt, in der am 31. Januar angenommenen, am 5. Februar 1917 verkündeten bürgerlich-demokratischen Verfassung von Mexiko wird im historischen Artikel 27 der gesamte Boden des Landes, einschließlich der Kirchengüter, zum Nationaleigentum erklärt und auch das Recht von Ausländern auf Nutzung mexikanischer Bodenschätze rigoros eingeschränkt. Zumal die Nationalisierung der Erdölfelder alarmiert die USA.

Ihr Finanz- und Industrieklüngel stiftet deshalb weitere militärische Interventionen in Mexiko an. Carranza wird 1920 gestürzt und auf Befehl seines Nachfolgers erschossen.<<

1912

Großbritannien: Die englische Flotte verfügt im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).

Der britische Diplomat Harold G. Nicolson (1886-1968) berichtet im Jahre 1912 (x307/698): >>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die britische Aufrüstung vor dem Ersten Weltkrieg (x281/282): >>... Es begann in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts noch sehr verhalten und beschleunigte sich im Verlauf der 90er. Die jährlichen britischen Militärausgaben verdoppelten sich von da an bis zum Kriegsausbruch.

Sogar die geplante Militärstrategie ließ sich am veranschlagten Wehretat ablesen, so daß jeder Kundige in Kontinentaleuropa vorhersehen konnte, wie er später angegriffen würde, ob zu Lande, aus der Luft oder vom Wasser her.

Die britische Marine meldete die größten Zuwachsraten. Von 1885 bis zum Kriegsjahr 1914 vervierfachte sich ihr jährlicher Etat. Die Engländer, das war die Botschaft an das übrige Europa, bereiteten sich auf einen Seekrieg vor. Den hatten sie seit jeher bevorzugt, er hatte sich aus Sicht der Militärs bestens bewährt. ...<<

Winston Churchill (Erster Lord der Admiralität) greift die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<

Die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte werden im Februar erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zu-

geständnisse macht. England lehnt es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt wird (x059/19).

Großbritannien schließt danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtet sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

Das als unsinkbar geltende britische Passagierschiff "Titanic" rammt am 14. April 1912, um 23.40 Uhr, während der Jungferreise im Nordatlantik einen Eisberg und sinkt nach 2 Stunden und 40 Minuten. Bei dieser Schiffskatastrophe sterben 1.503 Passagiere und Besatzungsmitglieder (x175/101-101).

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet damals über den Untergang der "Titanic" (x269/147): >>Die furchtbare Katastrophe, die den Untergang des Riesendampfers "Titanic" zur Folge hatte, hat in der ganzen Welt Schrecken und Aufregung verursacht. ...

Es stellte sich bald heraus, daß vom menschlichen und schiffstechnischen Standpunkt aus die schwersten Fehler gemacht worden sind. Die Leitung der "Titanic" hat gewußt, daß sie durch die gefährlichste Strecke der Eisdrift fuhr, man hat vom Schiff aus selbst Eisberge gesichtet; trotzdem lief der Dampfer mit einer Geschwindigkeit von 23 Seemeilen, d.h. 42 Kilometer in der Stunde.

Das Wetter war sichtbar und klar, also muß der Ausguck, dieser ungeheuer wichtige Posten, schlecht besetzt gewesen sein, sonst hätte man das Nahen des Eisberges bemerken müssen. Der schwerste Fehler aber war die ungenügende Zahl der Rettungsboote, die kaum ein Drittel der Passagiere fassen konnten. Und diese Boote sind oft halbleer abgefahren, was nicht für die angebliche Ruhe bei der Ausbootung spricht.

Die amerikanische Regierung hat eine Untersuchungs-Kommission von Senatoren eingesetzt, die Herrn Ismay (Direktor der White Star Linie) vernommen hat. Direktor Ismay, der sich ständig von Detektiven bewachen läßt, leugnet, den Kapitän zu einer Rekordfahrt veranlaßt zu haben. Wie auch das Verfahren endigen wird, den Schuldigen, den ungesunden Konkurrenz-Ehrgeiz der Schiffahrtsgesellschaften, wird man kaum treffen – und 1.635 Menschen und viele Millionen Werte liegen vernichtet auf dem Meeresgrund.<<

USA: New Mexiko und Arizona werden im Jahre 1912 US-Bundesstaaten.

US-Präsident William Taft (1857-1930, von 1909-1913 Präsident der USA) erläutert im Jahre 1912 die "Dollardiplomatie" der Vereinigten Staaten (x056/136): >>Erstens ist es offensichtlich, daß die Monroe-Doktrin in der Nachbarschaft des Panamakanals und im Gebiet der Karibischen See lebenswichtiger ist als irgendwo sonst ...

Es ist daher notwendig, daß die Länder in diesem Gebiet der Gefahr entzogen werden, die durch hohe Auslandsschulden und chaotische Staatsfinanzen entsteht und ständig die Möglichkeit internationaler Verwicklungen aufgrund der inneren Unordnung in sich birgt. Deshalb haben die Vereinigten Staaten mit Freude die amerikanischen Bankiers ermutigt und unterstützt, die bereit waren, jenen Ländern bei der Sanierung ihrer Finanzen hilfreich beizustehen ... Hierdurch ist mit einem Schlag die Bedrohung durch ausländische Gläubiger und durch revolutionäre Wirren beseitigt worden.

Der zweite Vorteil für die Vereinigten Staaten betrifft vor allem die Häfen am Golf und die Wirtschaft der Südstaaten. Die Republiken Mittelamerikas und der Karibischen See besitzen große natürliche Reichtümer. Sie benötigen lediglich ein gewisses Maß an Stabilität und die Mittel zur finanziellen Gesundung, um einer Zeit des Friedens und Wohlstands entgegenzusehen, die ihnen Gewinn und Glück bringt und gleichzeitig Bedingungen schafft, die mit Sicherheit einen blühenden Handel mit uns entstehen lassen.<<

1913

Großbritannien: Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer

die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.

Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.

Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.

Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<

USA: Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford (1863-1947) berichtet im Jahre 1913 über die Einführung der Fließbandarbeit und die Bildung von Großunternehmen (x191/44, x056/203, x191/45): >>Bei den ersten Wagen, die wir zusammensetzten, fingen wir an, den Wagen an einem beliebigen Teil am Fußboden zusammenzusetzen, und die Arbeiter schafften die dazu erforderlichen Teile in der Reihenfolge zur Stelle, in der sie verlangt wurden – ganz so wie man ein Haus baut. ...

Der ungelernete Arbeiter verwendet mehr Zeit mit Suchen und Heranholen von Materialien und Werkzeugen als mit Arbeit und erhält dafür geringen Lohn, da das Spaziergehen bisher immer noch nicht sonderlich hoch bezahlt wird. ...

Der erste Fortschritt in der Montage bestand darin, daß wir die Arbeit zu den Arbeitern hinschafften, statt umgekehrt. Dazu wurden Fließbänder benutzt, um die zusammensetzenden Teile in handlichen Zwischenräumen an- und abfahren zu lassen. ...

Nach Möglichkeit hat jeder Arbeiter ein und dieselbe Sache mit nur ein und derselben Bewegung zu verrichten. ...<<

>>... Ungefähr am 1. April 1913 machten wir unseren ersten Versuch mit einer Montagebahn. ... Das Zeittempo der Arbeit mußte zunächst sorgfältig ausprobiert werden. ... (Wir hatten) anfangs eine Gleitgeschwindigkeit (des Bandes) von 60 Zoll in der Minute. Das war zu schnell. ... 18 Zoll in der Minute – das war zu wenig. Schließlich setzten wir das Tempo auf 44 Zoll in der Minute fest. Die erste Bedingung ist, daß kein Arbeiter in seiner Arbeit überstürzt werden darf – jede erforderliche Sekunde wird ihm zugestanden, keine einzige darüber hinaus. ...<<

>>... Ein Riesenunternehmen ist eigentlich zu groß, um menschlich zu sein. Es wächst derart, daß es die Persönlichkeit des einzelnen erdrückt. In einem großen Unternehmen verschwindet die Gestalt des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers in der Menge.

Zusammen haben sie eine große produktive Organisation geschaffen, die ihre Artikel in die Welt hinausschickt und dafür einen Ertrag abwirft, der jedem am Geschäft Beteiligten seinen Lebensunterhalt gewährt. Das Unternehmen selbst wird die Hauptsache.<<

Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitet damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

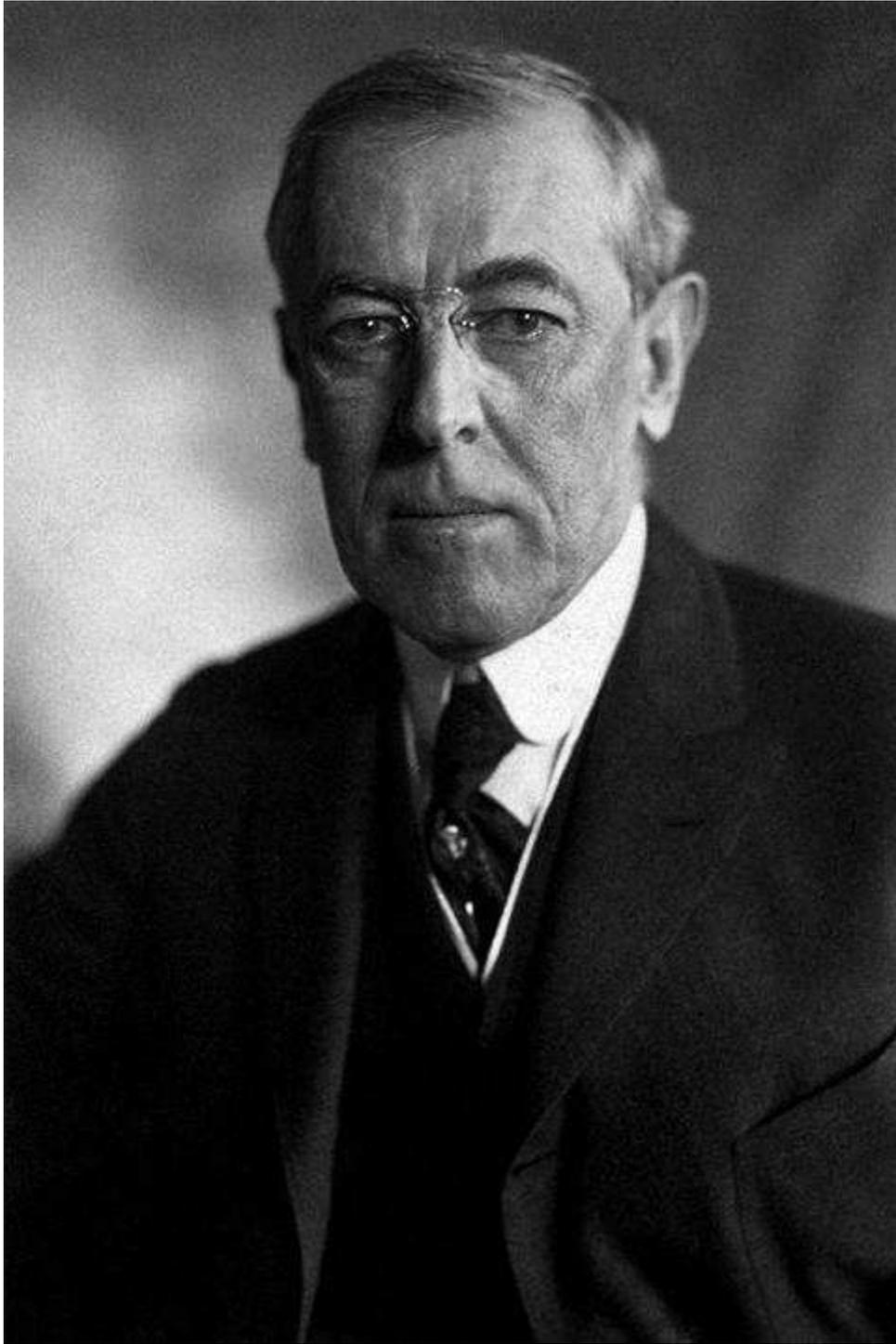


Abb. 51 (x132/1.371): Woodrow Wilson, der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.
Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schreibt in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machelite (x337/114):
>>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schreibt später (im Jahre 2010) in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 21. Dezember 2013): >>**100 Jahre Notenbank**

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenem Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimgetreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankermoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollar-Scheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Gouverneurs der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen

Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echauffierten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenscheine aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gast-

beitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 23. Dezember 2013): >>**Die Kreatur von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

Geheimtreffen mit Großbankern

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/45): >>**"Rockefeller kann nie verlieren"**

_ Interview mit Ron Paul

Wer beherrscht die USA? Der Protagonist des kleinen libertären Flügels in der Republikanischen Partei äußert sich über die Macht der privaten Finanzinstitute - und die Notenbank Federal Reserve, die von diesen kontrolliert wird.

Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?

Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen Banken gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal Reserve System. Sie sind die Insider und kennen die zukünftigen Entwicklungen. Die Kontrolle über das Geld ist sehr wesentlich. ...

Soll das heißen, wir haben im Grunde ein Ein-Parteien-System in den USA, das nur ansatzweise zweigeteilt ist?

So ist es. Für mich als Libertären ist es fast unmöglich, eine eigene Partei zu gründen. Man muß ein Drittel seines Geldes und seiner Energie dafür aufbringen, um sich für die Abstimmungen zu bewerben. Die Amerikaner wurden darauf konditioniert, daß es toll ist, nur zwei Parteien zu haben. Wir wollen nicht wie Italien sein, wo es all die vielen unübersichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten gibt. ...

(Präsident) Thomas Jefferson hat uns gewarnt. Er sagte: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung kontrollieren, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."

Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank Fed (Federal Reserve) gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ... Heute haben wir zwar immer noch eine langsame Inflation - die nichtsdestoweniger eine Menge Schaden anrichtet -, doch eines Tages wird das Land einer riesigen Katastrophe ins Auge sehen.

Drogen und Banken

Selbst die Abgeordneten verstehen nicht, daß die Federal Reserve ein privates Unternehmen ist.

Ich denke, die wenigsten verstehen, wie die Federal Reserve wirklich funktioniert. Auch wenn man sagt, sie sei privat, ist das noch sehr beschönigend. "Privat" würde bedeuten, sie wäre den Gesetzen des Markts unterworfen. Sie wurde von der Politik autorisiert, über diese gewaltige Macht zu verfügen. ...

Die internationalen Bankiers sind Kumpel

Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Die internationalen Bankiers sind Kumpel. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. Durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank haben sie die totale Gewalt. Sie haben sogar Treffen, an denen nicht einmal die Finanzminister der Länder teilnehmen dürfen. Ihr einziges Ziel dabei ist, noch mehr neue Kredite zu generieren. ...

Quelle: Talkshow vom August 1988; Link: www.youtube.com/watch?v=NDEgBWO54dA<< Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild, unterstützte u.a. vor allem die Freimaurer und die Illuminaten) hatte bereits im Jahre 1790 die politische Macht des Geldes erkannt: >>Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/42): >>Das Ungeheuer von Jekyll Island

_ von *Oliver Janich*

Eine Gruppe mächtiger Privatbanken beherrscht seit 1913 die US-Notenbank Federal Reserve und entscheidet so über das Schicksal der Wirtschaft. Demokratische Kontrolle gibt es nicht.

Der Untergang der Titanic machte den Weg frei.

In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 ereignete sich eine Katastrophe, die sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit eingebrannt hat: Der Untergang der Titanic, der etwa 1.500 Menschen das Leben gekostet hat. Dieses Ereignis hat vielleicht aus einem ganz anderen - bis heute verborgenen - Grund den Lauf der Geschichte für immer verändert. Es ermöglichte den größten Raubzug aller Zeiten: die Gründung der US-Notenbank Federal Reserve, kurz Fed genannt. An Bord der Titanic befanden sich die reichsten Männer des Planeten und vehementesten Gegner einer Zentralbank:

Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und John Jacob Astor. Andererseits sagte John Pierpont Morgan, der Eigner der Titanic-Reederei White Star Line und einer derjenigen, die seit Jahren im Geheimen an der Installation der Fed arbeiteten, die Reise in der eigens für ihn vorbereiteten Luxus-Suite in letzter Minute ab...

Nun war der Weg frei für die Gründung der Fed. Am 22. Dezember 1913, als die meisten Abgeordneten schon im Weihnachtsurlaub waren, beschloß der Kongreß, versteckt unter einem Stapel anderer Gesetze, die Etablierung einer privaten Notenbank.

Zu Tarnzwecken gab man ihr den Namen "Federal", um dem Volk zu suggerieren, es handele sich dabei um eine Regierungsbehörde. Die Nacht-und-Nebel-Aktion war nötig, weil die US-Verfassung eine solche Notenbank nicht vorsah. Im Gegenteil: den Bundesstaaten wurde im ersten Verfassungsartikel untersagt, ungedecktes Papiergeld, sogenannte Credit Bills, auszugeben und irgend etwas anderes als Gold oder Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären. Der Kongreß erhielt lediglich das - nicht exklusive - Recht, Münzen zu prägen.

Auch privaten Personen oder Unternehmen war es somit erlaubt, Münzen herauszugeben. Aus heutiger Sicht wäre es wünschenswert gewesen, in der amerikanischen Verfassung deutlicher zu verankern, daß die Regierung auch keinem privaten Unternehmen das Monopol auf die Erzeugung von Geld übertragen darf. Denn genau in diese vermeintliche Lücke stießen die Banken mit der Etablierung der Fed.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet später (am 11. Mai 2022) über die Macht des Geldes (x1.141/...): >>Plutokraten transformieren die Welt in einen internationalen Totalitarismus

Im Laufe der vergangenen hundert Jahre haben die Reichsten der Welt eine ungeheure wirtschaftliche und politische Macht aufgebaut. Diese machtbesessene Gruppe von Plutokraten ist auf dem besten Wege, die Welt hinter dem Vorhang von Pandemiebekämpfungen in einen internationalen Totalitarismus zu verwandeln.

Die Demokratie-Versuche vieler Staaten sind in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und sollen mit dem "Great Reset" ganz abgeschafft werden. Wolfgang Effenberger zeigt in einem Gastbeitrag diese besorgniserregende Entwicklung auf, die nur aufgehalten werden kann, wenn die medial auf das Virus gebannte Bevölkerung endlich aufwacht. (hl)

Die plutokratische Transformation (1913-2030)

von Gastautor *Wolfgang Effenberger*

Für den Historiker David Engels steht die europäische Demokratie unwiderruflich am Abgrund, Europa führt nach seiner Einschätzung einen schweren Kampf um die Aufrechterhaltung seines ureigenen Wesens, das von innen durch Universalisten oder Fundamentalisten und von außen durch außereuropäische Weltmächte bedroht ist.

Er vergleicht verschiedene Aspekte der jetzigen EU mit Niedergangs-Symptomen der Römischen Republik und findet beklemmende Analogien: Der Untergang vor über 1.500 Jahren wurde begleitet von Werteverlust, Dauerkrise, Reformstau und steigenden Kosten durch eine ausufernde Bürokratie. Zugleich entwickelte sich das Römische Reich zu einem autoritären Imperium.

Der Macht des Geldes ausgeliefert

Seit Bestehen der USA lehnten durchweg alle Präsidenten vor 1913 eine Zentralbank strikt ab. Das änderte sich erst mit der Wahl von 1912. Theodore Roosevelt, auf den Nominierungsparteitag dem amtierenden Präsidenten Taft unterlegen, gründete damals flugs eine dritte Partei, die "Bull Moose Third Party". Davon profitierte dann Woodrow Wilson, der als lachender Dritter mit nur 42 % der Stimmen Präsident wurde. Zum ersten Mal zog kein Jurist und kein General in das Weiße Haus, sondern ein Universitätsprofessor.

Obwohl die allgemeine Stimmung dagegen war, den Banken die Kontrolle über die Währung zu überlassen, versuchte Wilson nun das "Federal Reserve Banking System" als progressive Maßnahme hinzustellen. Weitgehend unbemerkt von der amerikanischen Öffentlichkeit pasierte dann am 23. Dezember 1913 der "Federal Reserve Act" den Kongreß und wurde noch am gleichen Tag von Wilson unterschrieben. Damit verzichtete der Kongreß auf die Macht, Geld zu drucken, und übertrug diese Aufgabe internationalen Bankiers, die für dieses Gesetz reichlich Lobbyisten-Gelder hatten fließen lassen.

Zu den leidenschaftlichen Gegnern des Gesetzes zählte der Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh. Er warnte davor, daß durch dieses Gesetz der größte Trust auf Erden etabliert würde und dadurch Exekutive und Legislative der USA der Macht des Geldes ausgeliefert wären.

Der Kongreßabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Banken und Währung in den Jahren 1920-1931, Louis T. McFadden, sah im Nachhinein die Befürchtungen Lindberghs bei weitem übertroffen: Ein Super-Staat wird durch miteinander agierende internationale Bankiers und Industrielle kontrolliert und die Welt zu deren eigenem Vergnügen versklavt.

Spätestens seit der Bankenkrise von 2008 erscheint die "Finanzwirtschaft" als ein von Notenbanken und Politik koordiniertes elitäres Geldbeschaffungssystem. Gigantische Verluste krimineller Spekulationen wurden von steuerfinanzierten "Rettungsschirmen" aufgefangen.

Aus dem Nichts geschaffenes Geld ohne reale Deckung, das sogenannte "Fiat-Money", dient dazu, den Reichtum einiger Weniger noch weiter zu vermehren. Im Zentrum agiert die US-Zentralbank. Dieses Geldsystem ermöglicht es, fast jede Regierung und Institution auf dem Planeten zu korrumpieren bzw. in die gewünschte politische Richtung zu "dirigieren". Nach vielen Jahren immer größerer Schuldenexpansion steht die Weltwirtschaft am Rande des Zusammenbruchs, die Gesundheitskrise dient nun als Vorwand, um die Geldschöpfung noch weiter zu steigern.

2020: Mit Schrecken und Furcht in den "Great Reset"?

Mit dem Auftauchen des neuartigen Covid-Virus Ende 2019 wurden weltweit Maßnahmen ergriffen, die sich außer den Akteuren - hier sei u.a. an das Planspiel 201 erinnert - niemand vorher auch nur im Ansatz hatte vorstellen können. Neben dem globalen Aufbau von autokratischen Strukturen wurde in einem ungeheuren Ausmaß Geld geschöpft und damit die Schuldenblase monströs ausgeweitet - bei steigendem Aktienmarkt (!).

Die Zeitlinie dieser Entwicklung geht über die Ereignisse von 9/11, welche den NWO-Akteuren die einmalige Gelegenheit boten, die Verfassung mit ihren vorformulierten "Patriot Acts" auszuweiten, und die beiden Weltkriege, von denen vor allem amerikanische Banker und Rüstungsindustrielle profitierten, bis zur Gründung der Federal Reserve im Jahr 1913 zurück.

Deren Netzwerke schöpften nicht nur über viele Jahre den Reichtum aus der Gesellschaft ab; sie konnten in Zusammenarbeit mit großen internationalen Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandels- und Weltgesundheitsorganisation und Vereinte Nationen sowie mit nationalen Zentralbanken und großen Finanzinstitutionen, militärisch-industriellem Komplex und Big Pharma alle Mainstream-Medien und fast alle Länder samt ihren Politikern kontrollieren. Dieser Hintergrund mag erklären, warum die Pandemie es möglich macht, daß bis auf wenige Ausnahmen global alle im Gleichschritt marschieren.

Vor angstschürenden Bildern mit nach Luft schnappenden Patienten und aufgestapelten Särgen kündigte der Gründer des "World Economic Forum" (WEF), Klaus Schwab, im Juni 2020 für den Januar 2021 einen "einzigartigen Zwillingsgipfel" zur globalen Gesundheitskrise in Davos unter dem janusköpfigen Motto "The Great Reset" an. Diesen "großen Neustart" definierte der Bilderberger Schwab als "Verpflichtung, gemeinsam und dringend die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems für eine gerechtere, nachhaltigere und widerstandsfähigere Zukunft zu schaffen".

Im Sinn der 2015 beschlossenen UN-Agenda 2030 soll ein ganz spezifischer Umbau - mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit - vorangetrieben werden. Ziel ist eine "nachhaltige Welt" mit gleichen Einkommen, mit einer Gleichstellung der Geschlechter und mit für alle verfügbaren Impfstoffe dank der Weltgesundheitsorganisation und CEPI.

Bei der Präsentation des "Großen Neustarts" arbeitete Schwab geschickt mit der Angst um den Planeten und rückte den Klimawandel und die grüne Agenda in den Mittelpunkt: "Wir haben nur einen Planeten und wir wissen, daß der Klimawandel die nächste große Katastrophe sein könnte, mit noch dramatischeren Folgen für die Menschheit."

Um zu unterstreichen, wie grün und nachhaltig seine Ziele sind, ließ das WEF den englischen Thronfolger Prinz Charles auftreten, der mit Blick auf die globale Covid-19-Katastrophe sagte: "Wenn wir eine einzelne zentrale Lektion aus dieser Krise mitnehmen, dann die, daß wir die Natur in den Mittelpunkt unseres Tuns stellen müssen. Wir dürfen schlichtweg keine Zeit mehr verlieren."

Mit dieser Inszenierung suggerierte Schwab, daß strikte Corona-Einschränkungen für den Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden können. (Inzwischen wird bereits ein regelmäßiger Lockdown im Sinne des Klimas gefordert.) Weiter schwebt dem WEF-Chef vor, daß die enormen Konjunkturprogramme, welche die EU, die USA, China und andere Länder gerade verabschiedet haben, für den Aufbau einer neuen Wirtschaft genutzt werden, die "widerstandsfähiger, gerechter und auf lange Sicht nachhaltiger ist".

Diese hehren Ziele sollen von einer Finanz- und Wirtschaftselite umgesetzt werden, die den heutigen Zustand zu verantworten hat? Einer Elite, die sich nun auf einmal Sorgen um das Weltklima macht und im Privatjet anreist? 2019 jedenfalls sollen nach den Analysen des Unternehmens "Air Charter Service" rund 1.500 private Flieger rund um den Gipfel gelandet sein.

Umbau der Welt

Die Corona-Krise ermöglicht mittels eines sogenannten "Resets" den Umbau der Welt in eine digitale Diktatur. Das "World Economic Forum" hat im Oktober 2020 ein Weißbuch herausgegeben: "Neuausrichtung der Agenda für die Zukunft der Arbeit: Disruption und Erneuerung in einer Post-COVID-Welt".

Für dieses Papier haben sich mehr als 200 hochrangige Führungskräfte globaler Arbeitgeber, Bildungstechnologie-Anbieter, Akademiker und Regierungsvertreter aus neun Branchen zusammengesetzt, "um eine relevantere und integrativere "neue" Zukunft der Arbeit nach der Pandemie zu schaffen".

Dieses Papier liest sich - wie alle Weißbücher - sehr positiv und läßt wenig Kritik zu. Doch sollten die Absichten rund um das WEF nicht unterschätzt werden:

Schon 2016 hatte das WEF in einem Werbevideo 8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030 zusammengefaßt:

Die Menschen sind besitzlos. Güter sind kostenlos oder werden vom Staat geliehen.

Die USA werden als führende Supermacht abgelöst - eine Handvoll Länder wird dominieren.

Organe werden nicht transplantiert, sondern gedruckt.

Der Fleischkonsum wird minimiert werden.

Massive Vertreibung von Menschen wird stattfinden mit Milliarden von Flüchtlingen.

Zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes wird global ein exorbitanter Preis festgelegt.

Die Menschen können sich darauf vorbereiten, zum Mars zu fliegen ...

Das westliche Wertesystem wird bis zum Zerreißen belastet ...

Damals brachte Papst Franziskus in seiner Ansprache auf dem "Fortune-Time-Global-Forum" ähnliche Gedanken zum Ausdruck: "Wir brauchen jetzt keinen abstrakten neuen Gesellschaftsvertrag, sondern konkrete Ideen und entschlossenes Handeln, das allen Menschen zugute kommt und eine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit gibt."

Antwort auf die drängenden Fragen finden sich beim WEF und beim "Council for Inclusive Capitalism" (Rat für inklusiven Kapitalismus), einer gemeinnützigen Organisation zur Förderung eines "humanen" Kapitalismus. Auf seiner Website verweist dieser Rat stolz darauf, daß er 10,5 Billionen Dollar an Vermögen verwaltet, 2,1 Billionen in Marktkapitalisierung hält und 200 Millionen Arbeiter in 163 Ländern vertritt. Gegründet wurde die Organisation von Lynn Forester De Rothschild, zugleich auch CEO. Hauptunterstützer sind die Ford Foundation und E. L. Rothschild. Am 8.12.2020 kündigte dieser Rat eine neue Partnerschaft zwischen dem Vatikan und Wirtschaftsführern aus aller Welt an.

Was für eine merkwürdige Allianz!

Für den deutsch-amerikanischen Autor und Wirtschaftsjournalisten William Engdahl handelt es sich bei dem "Rat" "wohl um eine der zynischsten und mit Blick auf die Teilnehmer gefährlichsten Schwindeleien, seit der Weltwirtschaftsforum-Guru und Henry-Kissinger-Protegé Klaus Schwab den "Großen Neustart" für die kapitalistische Weltordnung ausgerufen hat." Der "Neustart" wird in eine Welt totaler Kontrolle und Unterordnung unter die Diktatur des digital-finanziellen Komplexes führen.

Am 29. Dezember 2020 verabschiedete der Vatikan ein 20-Punkte-Papier zu Corona-Impfungen und forderte katholische Institutionen auf, sich an der weltweiten Impfkampagne zu beteiligen. Dieses Papier liegt voll auf der Linie von Bill Gates. Impfmittel, die mit Hilfe abgetriebener Föten hergestellt werden, wurden ausdrücklich zugelassen. Impfgegner werden als unsozial kritisiert, da die verweigerte Immunisierung zum Risiko für andere werden könnte.

Durch den Schulteranschluß mit den weltweiten Bestrebungen der Macht- und Finanzelite begibt sich Papst Franziskus auf ein Terrain, das seinem offiziellen Auftrag und seinem Amt diametral entgegensteht. Von der Botschaft Jesu Christi, der sich nie auf die Seite der Mächtigen gestellt hat, daß Demut und Liebe der Kern des Glaubens seien und nicht der Kampf gegen vermeintliche Schädlinge, ist diese Haltung weit entfernt.

"Build back better"

Inzwischen wurde von Biden der Slogan "Build back better" ausgegeben und gleich von Greta Thunberg, Gates, Clinton und Obama öffentlichkeitswirksam nachgeecho. Dabei haben Clinton und Biden 1999 die Ausplünderung der Erde mit der Aufhebung des Trennbankensystems erst möglich gemacht - die Folge war ein unkontrollierter Raubtier- und Spekulationskapitalismus, der in die Bankenkrise 2007/8 führte. Unter Obama/Biden wurden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die Banken wurden mit gigantischen Hilfspaketen aus Steuergeldern gerettet.

Clinton ist auch verantwortlich für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und Obama für die illegalen Kriege gegen Libyen und Syrien.

Wir brauchen keinen Rückbau durch Politiker, die diesen Planeten ruiniert haben, wir brauchen eine Zukunft, in der sich unser Planet von Krieg und Ausbeutung erholen kann!

Ausblick

Das Jahr 2020 könnte als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem eine kleine Wirtschafts- und Finanzelite mit der im Irakkrieg angewendeten US-Taktik der Schockwirkung ("Shock and Awe") den Gegner, also den Rest der Menschheit, nachhaltig verunsicherte, weitgehend willenlos machte und in Ketten legen konnte.

Kernziel der Vertreter einer NWO - Bilderberger, Club of Rome, CFR, Trilaterale Kommission und die diversen Foundations (Rockefeller, Ford, Bill & Melinda Gates, Clinton, Soros usw.) - dürfte die Zerstörung der bisherigen Gesellschaftsstrukturen sein. Wirtschaftlich geht es dabei um die Zerstörung von Eigenständigkeit und regionaler Versorgung, gesellschaftlich um das Aufweichen traditioneller und familiärer Bindungen sowie der Einbettung in Vereine und kulturelle Gemeinschaften.

Die Vision einer Welt von isolierten, bindungsarmen und finanziell wie psychisch abhängigen Einzelpersonen läßt Erinnerungen an die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts aufkommen. Die Menschen, die das "Dritte Reich" oder die Diktaturen in Osteuropa erlebt haben, erkennen in den Demonstrationsverboten, Reisebeschränkungen, Zensur und Diffamierungen, die bis zum Existenzverlust gehen, durchaus Parallelen und äußern sich oft auch kritisch und besorgt.

Der Großteil der im Wohlstand aufgewachsenen deutschen Bildungsbürger läßt sich dagegen durch immer mehr zu Propagandainstrumenten verkommene Medien und deren Frontorganisationen wie "Faktencheck" oder "Correctiv" manipulieren. Die Kollateralschäden der rigiden Corona-Maßnahmen werden ausgeblendet, die Fassade steht ja noch! Dabei gibt es schon Nachbarn, die kein Einkommen mehr haben oder keine Perspektive, Firmen, die insolvent sind und völlig isolierte alte Menschen.

Zur Transformation Europas gehört auch die gezielte Entwurzelung einerseits und die Überfremdung andererseits durch Migration. Einige alte weiße Multimilliardäre - die im Übrigen auch hinter Organisationen wie "Black Lives Matter" stehen und sie finanzieren - wollen Gott spielen und mittels KI und Transhumanismus den Menschen mit der Maschine verschmelzen. Das bedeutet die totale Kontrolle.

Der Weg dahin geht über soziale Distanz und menschliche Entfremdung hin zu einer Verschmelzung des westlichen Neoliberalismus mit der modernen Form des chinesischen Kommunismus. Die forcierte Impfung incl. Diffamierung der Kritiker und Deklassierung der Nichtgeimpften ist bereits ein Mittel dazu.

Bei den mRNA-Injektionen liegt der Verdacht nahe, daß die Impfkation in eine genetische Manipulation münden könnte. Fällt es den Menschen nicht auf, daß Informationen unterdrückt und sogar Wissenschaftler von internationalem Rang diffamiert werden, die Voraussetzungen für eine freie, demokratische Gesellschaft also nicht mehr gegeben sind?

Sogar der Publizist Heribert Prantl hofft, daß die Gesellschaft aufwacht. Er beobachtet mit Sorge, daß schon derjenige, der Grundrechte verteidigt, sich wappnen muß.

Schon der Schriftsteller und Politiker Ferdinand Lassalle (1825-1864) schrieb:

"Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Die Demokratie ist in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und soll mit dem Reset ganz abgeschafft werden. Eine machtbesessene Gruppe von Plutokraten steuert hinter dem Vorhang der Pandemiebekämpfung auf einen internationalen Totalitarismus zu - und das weitgehend unbemerkt von einer schlafenden und gebannt auf das Virus starrenden Öffentlichkeit.

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, setzt sich als Autor seit Jahrzehnten engagiert für den Frieden ein. Wichtige Bücher von ihm zum Thema:

"Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Willy Wimmer) und "Schwarzbuch EU & NATO" (2020).

Im April 2022 erschien von ihm das Buch "Die unterschätzte Macht: Von Geo- bis Biopolitik - Plutokraten transformieren die Welt", von dem der obige Artikel gewissermaßen eine gedrängte Zusammenfassung ist. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte.</u> Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): Frieden ohne Rüstung? Herford/Bonn, 1989.

x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x132	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenbergs Personenlexikon 20. Jahrhundert. 1. Auflage. Dortmund 1991.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: <u>Daten der Weltgeschichte</u> . Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6</u> . In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x193	Josephy jr., Alwin M. u.a.: <u>Die Welt der Indianer</u> . Geschichte, Kunst, Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): <u>Nationalhymnen</u> . Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5</u> . Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3</u> . Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4</u> . Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x262	Ebeling, Hans (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band III</u> . Die Europäer gewinnen den Erdball. Geschichte der Neuzeit bis 1789. Braunschweig 1969.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER</u> . Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.

x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
------	--

Internet

x807	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 7. Band: Gehir - Haini. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x808	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 8. Band: Hainl - Iria. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x814	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 14. Band: Rue - Soda. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x818	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 18. Band: Jahres-Supplement 1890-1891. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021
x1.041	https://dserver.bundestag.de/btd/19/268/1926898.pdf – Januar 2022
x1.060	https://www.rubikon.news/artikel/die-globalismus-erfinder – Januar 2022